

Bezugspreise:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“ mit „Siedlung und Reingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumzeitung 0,70 Goldmark, Restzeitung 1.- Goldmark. „Kleinanzeigen“ das fertige Blatt 0,20 Goldmark (unfähig zwei fertige Blätter). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenplätze das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Heller gestellt durch 100.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S 39 18, Lindenstraße 5, abgegeben werden. Öffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 30. September 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 375 36 - Postkonto: Direktion der Postkontogesellschaft, Postfach 1000, Berlin S 39 18

Die deutsche Völkerbund-Denkschrift.

Uebersichtung an die Regierungen im Ausland.

Paris, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag vormittag, kurz vor Zusammentritt der Ministerrats, erschien der deutsche Botschafter von Hoersch bei Ministerpräsident Herriot und übergab ihm das Memorandum der Reichsregierung zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wie wir erfahren, stellt das Schriftstück keine Bedingungen, sondern es erläutert lediglich die deutsche Auffassung in der Form von Anfragen. Die Kriegsschuld wird darin nicht ausdrücklich erwähnt, sondern nur indirekt gestreift. Der deutsche Botschafter gab zu dem Memorandum wehlungsgemäß nähere Erläuterungen und betonte den unterschiedlichen und aufrichtigen Willen Deutschlands, im Völkerbund mitzuarbeiten. Herriot erbat sich angesichts der Wichtigkeit der Materie eine gewisse Frist zur Beantwortung des deutschen Schriftstückes. Es wird angenommen, daß das deutsche Memorandum bereits in der Sitzung des Kabinetts am Montag nachmittag im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen zur Erörterung gelangt ist, daß aber eine endgültige Stellungnahme erst in der nächsten Kabinettsitzung am Donnerstag erfolgen wird. Die deutsche Denkschrift ist gestern, Montag, allen beteiligten Regierungen überreicht worden.

Genf, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) In Genf verfolgt man aufmerksam die Völkerbundspolitik der deutschen Regierung. Die Meinung, daß das deutsche Memorandum den Artikel 16 des Völkerbundes, wenn auch in gewandener Form, für „untragbar“ erklärt oder wenigstens keine Abänderung verlangt, hat in wachsenden Kreisen des Völkerbundes einiges Erstaunen erregt, da man die Befürchtungen der deutschen Regierung, sie könne im Falle der in diesem Artikel vorgesehenen Sanktionen in gefährliche kriegerische Abenteuer verwickelt werden, nicht versteht. Der Anhang des Artikels 16 sieht im wesentlichen wirtschaftliche Maßnahmen mit sofortiger Wirksamkeit vor. Ueber die Art möglicher militärischer Sanktionen ist in ihm nichts Endgültiges bestimmt. Die Ausführungen des Genfer Protokolls sollen die notwendigen Ergänzungen in militärischer Hinsicht schaffen, aber auch hier ist die Ratifikation des Protokolls, die freigestellt wird, Voraussetzung für die Durchführung der militärischen Sanktionen. Außerdem bestimmt ein Zusatzartikel, daß auf die besondere Lage der einzelnen Staaten Rücksicht genommen werden soll. Deutschland könnte also im Falle von Sanktionen mit vollem Recht und mit Aussicht auf Erfolg unter Hinweis auf seine relativ schwache Armee seine Nichtteilnahme an militärischen Sanktionen beim Völkerbund beantragen. Das Protokoll ist noch in weiter Ferne und völlig unabhängig von der anderen Frage, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund betrifft.

Schwierigkeiten in Genf.

Die Ausschüßberatungen über einen kriegsverhindernden Schiedsgerichtsvertrag, der die Abrüstung ermöglichen soll, sind fast zum Schluß auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen. Japan fordert nämlich, daß auch zwischenstaatliche Streitfälle, die aus der inneren Politik eines Staates hervorgegangen sind, der völkerbündlichen Regelung und dem Schiedsgericht unterliegen sollen. Das geht besonders auf das nordamerikanische Einwanderungsverbot gegen Japaner. Begreiflicherweise sträuben sich die Regierungen aufs äußerste gegen eine solche Möglichkeit, innere Maßnahmen eines Staates gegen die Bürger eines anderen Staates internationaler Nachprüfung und vielleicht sogar der Aufhebung von außen her zu unterwerfen. Japan will aber im Falle der Unmachbarkeit der anderen die ganze Regelung nicht mitmachen. Zunächst ist die schon angekündigte Beendigung der jetzigen Völkerbundtagung hinausgeschoben.

Vortäufig sieht der Entwurf folgendes Verfahren vor:

Sobald der Streitfall entsteht, tritt das Schiedsgerichtsverfahren ein. Wird der Schiedspruch nicht anerkannt und der Krieg begonnen, oder werden die angeordneten kriegsverhindernden Maßnahmen nicht beachtet, so schreitet der Völkerbundrat ein. Der Rat stellt fest, wer der Angreifer ist. Gegen diesen Staat werden alle wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Sanktionen sofort und ohne weitere Entscheidung begonnen. Für die Durchführung der Sanktionen legt der Rat im voraus fest, mit welchen Truppenstärken sich die Staaten beteiligen müssen. Diese Festsetzung der Truppenkontingente kann gleichzeitig der Maßstab für die Abrüstung sein, da dann jeder Staat weiß, wieviel Militär ihm zu Hilfe kommt, falls er angegriffen wird. Die Sonderabkommen zwischen einzelnen Staaten zum gegenseitigen Schutz sind als Hilfsmittel zu betrachten; die Bestimmungen über die Schiedsgerichtsbarkeit und die Sanktionen treten nur in Kraft, wenn der Abrüstungsplan, der eine spätere Konferenz beschäftigen soll, angenommen wird.

Der Völkerbundsversammlung ist auch noch folgende Entscheidung zur Annahme vorgeschlagen worden: Die Versammlung möge, nachdem sie mit Befriedigung von den Berichten der ersten und dritten Kommission Kenntnis genommen und den Text des Protokolls gebilligt hat, beschließen: 1. allen Völkerbundsmitgliedern die Annahme dieses Protokolls zu empfehlen; 2. allen Mitgliedern, die jetzt schon unterzeichnen können, das Protokoll zur sofortigen Unterzeichnung vorzulegen und anderen Staaten zur Unterzeichnung offen zu lassen; 3. den Rat zu ersuchen, eine internationale Abrüstungskonferenz nach Genf einzuberufen; 4. den Rat aufzufordern, ohne Verzug ein Komitee mit der endgültigen Festlegung des Textes für Zusätze zum Friedenspakt zu beauftragen, wie sie im Protokoll vorgegeben sind.

Außer Japan scheinen alle Beteiligten zur Annahme entschlossen zu sein. Der französische Ministerrat hat Unterzeichnung beschlossen; er beglückt wünscht sogar die Genfer Verhandlungsteilnehmer zu ihrem Wert.

Völkerbündliche Militärkontrolle.

Der vom Völkerbundsrat endgültig genehmigte Untersuchungsplan für die Ausübung des Untersuchungsrechtes in Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien bestimmt im wesentlichen: Die in Verfall, St. Germain, Trianon und Neuilly vorgesehenen Untersuchungen (Entwaffnungen) müssen, wenn der Rat es entscheidet, sich auf die Demilitarisierung von Gebieten beziehen können, die in den genannten Verträgen eventuell vorgesehen sind, auf alle Militärklauseln dieser Verträge für das Militärwesen zu Lande, in der Luft und zu Wasser und vor allem auf folgende Punkte:

- a) Befehlsgewalt (Militärgefes und Haushalt)
b) effektive Bestände
c) bestehendes oder im Bau befindliches Material (eingebunden das Luftschiffmaterial, Munitionsfabriken und Kriegsmaterial)
d) Instruktionen und Ausbildung für den Kriegsdienst
e) Bau von neuen Kriegsschiffen.

Jeder Staat, der nicht dem Rat angehört, und Nachbarstaat eines Staates, der sich auf Grund eines Friedensvertrages ihm gegenüber verpflichtet hat, sich der Untersuchung zu unterwerfen, wird in der

Ständigen beratenden Militärkommission

vertreten sein. Die Kommission wird vom Rat beauftragt, die Organisierung der vom Rat beschlossenen Untersuchung vorzubereiten. Sie wird jedes Jahr, wenn es notwendig ist, dem Rat für das kommende Jahr ein Entwaffnungsprogramm unterbreiten. Dieses Programm gründet sich auf die Berichte (I) oder die Mitteilungen, die sie offiziell erhalten hat. Auf jeder Tagung des Rates kann die ständige beratende Kommission ihren Zusatz unterbreiten, den sie zu dem Untersuchungsprogramm für notwendig erachtet; falls erhaltene Berichte die sofortige Einberufung der Kommission zur Folge haben, wird die Kommission über die von ihr zu beratenden Fragen dem Rat ein begründetes Gutachten zu stellen. Der Rat kann die Kommission damit beauftragen, eine Untersuchung vorzubereiten.

Die Untersuchungskommissionen werden aus einer Liste von Sachverständigen gewählt. Die ständige beratende Kommission wird eine Liste aufstellen. Diese Liste muß Sachverständige enthalten, die von den Regierungen der im Völkerbundsrat vertretenen Staaten bezeichnet werden. Jeder Staat wird eine gleiche Zahl von Sachverständigen angeben. Wenn es nötig ist, für einen bestimmten Staat eine Untersuchungskommission zu wählen, wird die ständige beratende Kommission dem Rat die neue Zusammenlegung der Untersuchungskommission vorschlagen; letztere wird aus Sachverständigen gebildet, die besonders für die ins Auge gefasste Untersuchung qualifiziert sind. In dieser Untersuchungskommission werden die Staaten vertreten sein, die im Augenblick der Anordnung einer Untersuchung dem Rat angehören. Die Angehörigen des Staates, die der Ausübung des Untersuchungsrechtes unterworfen sind, können keiner Untersuchungskommission angehören. Um der Untersuchung den Charakter der Ueberraschung zu bewahren, dürfen die Präsidenten der Untersuchungskommissionen erst im letzten Augenblick den genauen Gegenstand jeder Untersuchung enthüllen. Die Untersuchungskommissionen können im Verlaufe der vom Rat festgesetzten Periode ihre Arbeiten entweder ohne oder mit Unterbrechung ausführen; sie müssen sich darauf beschränken, die materiellen Tatsachen festzustellen; wenn im Laufe einer Untersuchung eine Schwierigkeit auftritt, rufen die Kommissionspräsidenten in jedem Falle den Rat an und im Falle technischer Schwierigkeiten die ständige beratende Kommission; letztere macht, falls sie für die Frage zuständig ist, dem Präsidenten der Untersuchungskommission ergänzende Angaben oder bietet ihm die notwendige technische Unterstützung. Die ständige beratende Kommission wird keine Befehle erteilen, die ursprünglich vom Völkerbundsrat festgesetzten Instruktionen verändern kann.

In den vom Rat festgesetzten Fristen und mit Zustimmung des Rates können die Präsidenten der Untersuchungskommissionen an gewisse Punkte der

entmilitarisierten Zone.

an denen die Kontinuität der Untersuchung notwendig ist, gewisse ständige Elemente abordnen. Die oben vorgeschlagene Organisation muß vor Zurückziehung der internationalen Kontrollkommission bereit sein, um für jeden der Staaten, die dem Untersuchungsrecht unterworfen sind, ihre Arbeit aufnehmen zu können.

Diese ganze Regelung muß erst von der Völkerbundsversammlung genehmigt und von den am Völkerbund beteiligten Regierungen ratifiziert werden, ehe sie in Kraft treten kann. Sigt Deutschland erst im Völkerbundsrat, so hat es ein sehr bedeutendes Mitbestimmungsrecht auch für die weitere Handhabung der Entwaffnungskontrolle, deren Ziel natürlich ihre Ausdehnung auf alle Länder sein muß, wenn sie wirklich dem Weltfrieden und nicht der Bereinigung des Unfriedens dienen will.

Aufwertung.

Allerlei Manöver und kein Ergebnis.

Von Wilhelm Reil.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstages ist mit einem Eifer und einer Gründlichkeit an die Lösung des Aufwertungsproblems herangegangen, die ihn gegen jeden Verdacht schützen, als ob er seine Aufgabe nicht mit heiligem Ernst zu erfüllen suche. Zunächst hat er zahlreiche Vertreter der verschiedenen Zweige des wirtschaftlichen Lebens gehört. Wenn dabei die Wortführer der deutschen Industrie, des deutschen Großhandels, der Banken und der Landwirte, überwiegend Mitglieder der Deutschnationalen Partei, die sich als die besondere Beschützerin der Opfer der Inflation aufspielt, im Endergebnis zu dem Schluß kamen, daß eine Erhöhung der Aufwertungsätze der 3. Steuernotverordnung für private Schuldforderungen von der deutschen Wirtschaft nicht getragen werden könne und in Rücksicht auf die notwendige Beruhigung des wirtschaftlichen Lebens die Wiederaufstellung des ganzen Aufwertungsproblems höchst unerwünscht sei, so hat sich der Ausschuß dadurch nicht abhalten lassen, in eine mehrere Tage ausfüllende allgemeine Erörterung der schwierigen Streitfrage einzutreten.

Ein Fehler war es freilich, daß an dieser Aussprache die Reichsregierung nicht aktiv beteiligt war. Der Reichsfinanzminister war in jenen Tagen durch die Neuordnung der Reparationslasten so in Anspruch genommen, daß er im Ausschuß nicht erscheinen konnte und seinen Vertretern fehlte es an der nötigen Autorität, um dem von ihnen beigebrachten Tatsachenmaterial Beachtung zu verschaffen. Erst ganz am Schluß der Generaldebatte des Ausschusses fand der Finanzminister die Möglichkeit zu der kurzen Erklärung, daß er bereit sei, nach besten Kräften in einem engeren Kreise an der Lösung der aufgeworfenen Frage mitzuarbeiten. Dieser engere Kreis wurde gebildet durch Einsetzung eines Unterausschusses, dem die folgenden vier Fragen zur Beantwortung unterbreitet wurden:

- 1. Inwiefern ist eine Verzinsung der öffentlichen Anleihen (Reich, Länder, Gemeinden) und der Vermögensanlagen der 3. Steuernotverordnung möglich?
2. Inwiefern ist eine Erhöhung des Umwertungsfußes von 15 Proz. bei den Vermögensanlagen der 3. Steuernotverordnung möglich?
3. Inwiefern ist eine Rückwirkung der Aufwertungsordnungen möglich?
4. Was hat zu geschehen, um im Gegensatz zur 3. Steuernotverordnung eine gleichartige Behandlung aller Gläubiger herbeizuführen?

In den drei ausgedehnten Sitzungen, die der Unterausschuß vom 24. bis 26. September abgehalten hat, ist er über die Ziffer 1 noch nicht hinausgekommen. Was die Verzinsung der Reichsanleihen betrifft, so sagte die Mehrzahl der Ausschußmitglieder ihre Aufgabe dahin auf, daß sie bei Bejahung der gestellten Frage zugleich Vorschläge über das Maß der Verzinsung und über die Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel zu machen hätten. Von deutscher nationaler Seite wollte diese Verpflichtung nicht anerkannt werden. Man hielt sich für berechtigt, die Frage nach der Verzinsungsmöglichkeit mit ja zu beantworten und dann der Regierung die Aufgabe, Deckungsvorschläge zu machen, zuzuweisen. Lag in dieser Haltung das versteckte Geständnis der Deutschnationalen, daß sie selbst Vorschläge zur Beschaffung der Mittel nicht zu machen vermochten, so sprachen die Vertreter fast aller übrigen Parteien offen aus, daß sie, so schmerzlich es auch sei, im Hinblick auf die gesamte Finanzlage des Reiches keine Quelle zu nennen wüßten, aus der die Hunderte von Goldmillionen geschöpft werden könnten, die für eine auch nur den Bruchteil eines Prozents betragende Verzinsung der Reichsanleihen erforderlich wären. An Kriegsschulden und Kriegsschadensleistungen sind zurzeit noch rund 52 Milliarden im Umlauf. Dazu kommen 5 Milliarden Vorkriegsschulden und 4 Milliarden Sparprämienanleihen. Daneben haftet das Reich für die von den Ländern mit Eisenbahnbesitz übernommenen Eisenbahnschulden von 14,2 Milliarden. Die Gewährung eines Zinsfußes von nur einem halben Prozent für diese Gesamtschuld von 75,2 Milliarden, wie ihn der Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer schon in den ersten Ausschußdebatten vorgeschlagen hatte, würde eine Steuererhöhung von rund 375 Millionen pro Jahr erfordern!

Die sozialdemokratischen Vertreter, die sich von Anfang an zur Förderung jedes brauchbaren Aufwertungsorschlags bereit erklärt hatten, ließen keinen Zweifel darüber, daß sie einer Mehrbelastung der schon bisher überbürdeten und von der Inflation selbst schwer betroffenen Lohn- und Gehaltsempfänger den schärfsten Widerstand entgegensetzten und daß sie keinen Schritt unterstützen würden, der eine neue Defizitwirtschaft im Reichshaushalt und damit eine neue Währungsstafastrophe heraufbeschwören geeignet sei. Den Stein der Weisen glaubte nun Dr. Fleischer gefunden zu haben. Er wollte die Verzinsung der Reichsanleihen ohne Erhebung neuer allgemeiner Steuern möglich machen. Die Gewährung eines Zins-

des von 0,5 Proz. — später ging er auf 0,2 Proz. herunter — werde, so kalkuliert er, den Kurs der Kriegsanleihen auf nahezu 10 Proz. des Goldwertes hinaufzutreiben. Das bedeute für die Besitzer und Käufer der Anleihen einen enormen Wertzuwachs, den man sofort bei der Zinszahlung wieder wegsteuern könne. Auf diese Weise würden sich weit größere Erträge aus der Besteuerung der Spekulationsgewinne erzielen lassen als zur Zinszahlung erforderlich seien.

Je weniger Gläubige diese finanzpolitische Spekulation des Herrn Dr. Fleischer im Unterausgang fand, desto größer war die Wirkung, die er mit der in Aussicht gestellten Verzinsung der Kriegsanleihe an der Börse erzielte. Seit Wochen wandte sich die Börsenspekulation im ganzen Umfang der Rentenwerten, vor allem den Reichsanleihen, zu; der Kurs stieg und stieg und fast schien es, als ob die Hoffnungen Fleischers auf einen großen steuerlichen Fischzug des Reiches in Erfüllung gehen sollten. Ein leiser Windhauch genügte aber, um das ganze Kartenhaus zusammenzublasen. Die Erklärung des Ministers Dr. Luther, daß sowohl heute als in aller absehbarer Zukunft jede Verzinsung der Reichsanleihen einfach ein Ding der Unmöglichkeit sei, und die im Ausschuss sich verbreitende Erkenntnis, daß das fleischerische Verzinsungsgebäude auf Flugland gebaut sei, hatte zur Folge, daß der Kurs der Reichsanleihe in wenigen Stunden auf ein Drittel seines Höchststandes zusammenbrach.

Soweit es noch nötig war, trug die Dürftigkeit des vom Reichsfinanzminister gemachten Ersparvorschlages zur Ernüchterung spekulationsstrunkener Gemüter bei. Es muß wirklich übel um die finanzpolitische Zukunft Deutschlands bestellt sein, wenn Herr Luther glaubt, nicht mehr bieten zu können. Annehmbar ist von diesem Ersparvorschlag eigentlich nur der Grundgedanke, der die Verpfändung des Reiches, den in Not befindlichen durch die Papiergeldflut ihrer Spargroschen beraubten Kriegsanleihezeichnern beizustehen, anerkennt. Diesen Gedanken hat er gemeinsam mit dem von den sozialdemokratischen Vertretern gemachten Vorschlag einer sozialen Aufwertung und mit Anträgen der Kommunisten und des Demokraten Dr. Dernburg. Man fragt sich aber, warum die Hilfe, die das Reich leisten soll, beschränkt bleiben soll auf den kleinen Kreis der Geschädigten, die noch im Besitz selbstgezeichneter Kriegsanleihe sind. Eine Regelung dieser Art, die also bedürftige Anleihezeichner, die in der schlimmsten Not ihre Papiere gegen eine lächerlich geringe Bezahlung hergegeben haben oder die im Besitz von nicht selbst gezeichneter, sondern schon in der Kriegszeit käuflich erworbener Anleihestücke sind, von der Fürsorge ausschließen würde, ließe sich dem Volksempfinden nicht verständlich machen.

Hinzu käme die Frage, was mit den kleinen Sparern werden soll, die bei Kriegsausbruch ihre Ersparnisse den Sparloosen beliehen und neue hinzufügten in dem Bewußtsein, daß sie von den Spartassen in — „Mündelschere“, wie feierlich verkündet wurde — Kriegsanleihe verwandelt wurden. Soweit die Hypothekenaufwertung nach den Vorschriften der 3. Steuerreformordnung den Spartassen zugute kommt, ermöglicht sie diesen im Reichsdurchschnitt eine Aufwertung der Spareinlagen von etwa 2 Proz.!! Sollen die vielen kleinen Sparer damit abgespeist werden? Was soll mit den Besitzern anderer öffentlicher Anleihen als Kriegsanleihen, etwa alter Reichsanleihe oder von Länderanleihen werden? Sollen sie, auch wenn sie am Hungertuche nagen, kalt abgewiesen werden?

Der Grund, den Herr Luther für die enge Begrenzung seines Planes angibt, nämlich daß die Deckungsmittel, die er zur Verfügung stellen könne, eine weitere Ausdehnung nicht erlauben, lenkt nur die Aufmerksamkeit auf die Willkür, mit der der Kreis rentenberechtigter Anleihezeichner ausgewählt werden soll. Wenn der Reichsfinanzminister schon einen Eingriff in den Reichshaushalt zur Beschaffung der Mittel für die den Anleihezeichnern zu gewährenden Renten für zulässig hält, so entsteht die Frage, ob man genau bei den 40 Millionen stehen bleiben muß und ob sich nicht noch andere Quellen er-

schließen lassen zur beträchtlichen Vermehrung der Mittel, die den betrogenen Gläubigern und Sparern zustießen sollen.

Löst sich trotz des eifrigsten Bemühens, das von Vertretern aller Parteien bekundet wurde, eine geordnete Wiederaufnahme des Zinsendienstes der öffentlichen Anleihen nicht ermöglichen, so wird kein anderer Weg übrig bleiben, als alle erschließbaren Quellen, auch in den Ländern und Gemeinden, zur Stärkung des sozialen Fonds heranzuziehen und so die Mittel zu beschaffen zur Wüderung der Not all derer, die auf öffentliche Hilfe angewiesen sind.

Westarp in Bereitschaft.

Deutschnationale Ministerkandidaten.

Die Fraktion Halb und Halb hat am Montag bis in die Abendstunden getagt. Man hat sich sehr „angeregt“ unterhalten, was durchaus begrifflich erscheint. Um doch endlich vor dem Vertretertag, der heute beginnt, zu irgend einem Beschluß zu kommen, hat sich die Mehrheit, wie ein Nachrichtenbureau meldet, dahin entschieden, „daß die Fraktion sich Verhandlungen über die Regierungsabteilung, die gemäß den Erklärungen des Reichskanzlers von der Reichsregierung an sie herantreten könnten, nicht versagen wird.“ Die für etwaige Verhandlungen in Betracht kommenden Personen stehen fest. Es sind die Abgg. Graf Westarp, Hergt, Schiele und Behrens.

Zu den für die „Futtertruppe“ in Bereitschaft Gestellten gehören also die beiden neinsagenden Führer Westarp und Hergt! Daneben hat man den Abwehrminister Schiele-Scholte, der bei der Abstimmung vom 29. August unseres Wissens nicht anwesend war, und als einzigen Jassager den Stöcker-Mumm-Schüler Franz Behrens vorgezogen. Von dem letzteren, der noch immer im christlichen sogenannten Landarbeiterverband als Vorsitzender geduldet wird, vermutet man wahrscheinlich, daß er ohnehin nicht in Betracht kommt. Von dem Reichskanzlerkandidaten Tirpitz, der auch der Sechstage bloß ist, wird nicht mehr gesprochen, während man sich doch seinerwegen schon das englische „Agreement“ eingeholt hatte. Auch Bismarck, der Entel mit der Sozialistenvernichtungsbroschüre, ist nicht in Betracht gezogen. Nur Westarp, Hergt und Schiele!

Stelle man sich einmal vor, daß die Sehnsuchtssträume der Fraktion Halb und Halb in Erfüllung gehen und vier ihrer Mitglieder auf Ministerstühle berufen würden: was würde die Wirkung sein? Zwei der heftigsten Gegner der internationalen Verständigung sollten dann berufen sein, den eben abgeschlossenen Londoner Vertrag auszuführen. Daß sie dabei bestrebt sein würden, diesen Vertrag ebenso gewissenhaft zu sabotieren, wie sie auf Erfüllung des „Berliner Paktes“ bestanden, ist nach allen bisherigen Aufhebungen der Parteipresse und sonstiger parteioffizieller Kundgebungen ganz zweifellos. Schreibt doch die „Kreuzzeitung“ erst am Montagabend in einer Polemik gegen das „hinterfüchtere Stresemanns“ wieder, daß ein Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung einem Kurswechsel gleichkommen müsse:

Dazu gehört außenpolitisch, wenn auch Politik der Zukunft nur auf Grund der geschaffenen Tatsachen betrieben werden kann, daß bei der Durchführung des Londoner Abkommens den deutschnationalen Gesichtspunkten entscheidend Rechnung getragen, d. h. darauf hingewirkt wird, daß wir unter allen Umständen, und zwar möglichst bald zu einer Revision der untragbaren Bestimmungen dieses Abkommens gelangen.

Bevor also überhaupt an die Ausführung des Londoner Abkommens gedacht worden ist, wollen die Deutschnationalen es schon wieder „revidieren“. Als Minister würden ihre Vertrauensmänner also dafür sorgen, daß es nicht durchgeführt wird, damit dann neue Maßnahmen getroffen werden müssen. Welcher Art diese Maßnahmen sein würden, berührt die Herrschaften aus dem Osten ja nicht, denn das

Ruhrrevier gehört ja nicht zu ihrer Domäne. Aber das gesamte deutsche Volk wohnt nicht nur in Hinterpommern, Ostpreußen und im Kreise Boms, wo die Westarpe sich heimisch fühlen.

Aber vier deutschnationale Ministerfraktionen bilden ja wohl den Kaufpreis, den die Volkspartei der Fraktion Hergt verprochen hat für den Fall, daß sie den Dames-Besuchen zur Annahme verhilft und die Verantwortung für die verfallene Erfüllungspolitik übernimmt. Nun haben aber nur 48 Deutschnationalen bei einem einzigen der Besuche mit Ja gestimmt, alle anderen mit Nein, so weit sie anwesend waren. Würde ein kaufmännisch reelles Geschäft gemacht werden sollen — über die juristische Seite der Frage hat sich der alte römische Rechtslehrer Justinian hier ja sehr deutlich ausgesprochen, — so müßte doch wohl der Kaufpreis dem Grad der Lieferung angepasst werden. Also da für 100 deutschnationale Stimmen vier Ministerfraktionen verprochen waren, aber nur weniger als die Hälfte der Stimmen geliefert wurden, könnten auch nur weniger als die Hälfte der versprochenen Plätze an der Futtertruppe als Entgelt gewährt werden.

Aber auch diese Rechnung hat noch ein Loch. Die Fraktion Hergt verlangt für 48 Stimmen 4 Sitze, also auf jedes Dutzend einen! Doch selbst die 48 gelieferten Stimmen sind nicht von einwandfreier Qualität. Sie gelten nur für ein Gesetz, während sie doch für alle gelten sollten. Da sie aber bei acht Abstimmungen siebenmal mit Nein gestimmt haben, so können sie doch nur den achten Teil ihres im Kaufpreis ausgedrückten Wertes in Anspruch nehmen.

Die glatte Rechnung würde sich also so stellen:

Angebot: für 100 volle Stimmen — 4 Minister.

Geliefert: 48 Stimmen geteilt durch 8 = 6!

Also Kaufpreis für sechs Hundertstel der versprochenen Ware: sechs Hundertstel von 4 = ein Viertel Ministerposten!

Das heißt, so würde die Rechnung aussehen, wenn die Volkspartei ebenso energisch auf ihren Pakt bestünde, wie die Deutschnationalen. Aber die Stresemänner drängen sich ja förmlich zum Experiment, wie ihre „Magdeburgische Zeitung“ ihnen bescheinigt.

Wobei von solcher Aufstellung nicht vergessen werden darf, daß der ganze Berliner Pakt eine Schande für die Paktierenden und diejenigen ist, die ihn dulden!

Auflösung des Reichstags!

Eine Forderung des Republikanischen Reichsbundes.

Am Sonntag, den 28. September, traten in Frankfurt die Landesverbandsvorsitzenden mit dem Reichsvorstand des Deutschen Republikanischen Reichsbundes zu einer Sitzung zusammen. Prof. Dr. Hugo Einzeimer, Frankfurt, der das politische Referat über das Thema: „Republikanische Politik“ übernommen hatte, gab in seinen von hohem sittlichen Ernst getragenen Ausführungen ein anschauliches Bild der politischen Verhältnisse in Deutschland. Die mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen legten in allererster Linie dar, daß republikanische Politik neben der Demokratie vor allem des Inhalts und der Innerlichkeit bedürfe. Der Inhalt republikanischer Politik wäre es, den beiden Hauptfragen: Der Sicherung des Bestehenden und der Befriedigung sozialwirtschaftlicher Gegensätze zu dienen. Eine neue Epoche der Politik hat begonnen. Das ständige Gewissen der Welt und der allgemeine Drang zum Frieden und zur Verständigung beginnt die Politik zu beherrschen. Die Innerlichkeit der republikanischen Politik bedinge, daß an die Lösung aller dieser Aufgaben mit jenem Ernst herangetreten werden müsse, den diese entscheidenden Probleme der Menschheitsentwicklung fordern würden. Aus diesen Gründen müsse auch in Deutschland der republikanische Geist endlich beginnen, die Politik zu beherrschen, denn die Widersacher der republikanischen Politik seien nun zugleich die Widersacher der Menschheit. Die Forderung der Stunde lautet deshalb: Fort mit diesem Reichstag und dann Schaffung des großen Blocks der Linken als des Bahnbrechers auf dem Weg zu

Hunger.

Großstadterlebnisse von Ertold.

L.

In das schlaftrübe Liden der Uhr, die müde Mittagsstille der Amtsstube sang verbes Klopfen. Die Tür öffnete sich. Vor mir stand ein Feuerwehmann, der nach hastigem Laufen tief atmete und sich den Schweiß von der roten Stirn wusch. „Kind Anna H., 5 Jahre, aus dem Fenster gestürzt. Verunglückt ist noch dem Virchow-Krankenhaus übergeführt. Man bittet um nähere Aufnahme des Totbestandes.“

In wenigen Minuten war ich am Ort des Geschehens. Ein haufen Reugieriger drängte sich um eine Blutlache, die sich in dünnen Streifen langsam zum Kanstein zog. Die herumstehenden horrten mit mitleidigem Blick, der sich mit Reugier und Sensationshungern so häßlich mischt, darauf hin.

Mit der geschwägigen Wirtin keuchte ich fünf Stockwerke hinauf. — Schmutzige Treppen, graue Wände, in deren Einzelkinderhände die alten und ewig neuen Gestalten und Worte hinein-gezeichnet hatten.

Endlich eine Tür, die sich freischend öffnete. Ich war in einem dumpfen Raum, in einem Winkel des Glends. Der Schmutz zog sich träge durch die enge Dachstube, fetterte die Wände empor und mochte das Fenster treibe und undurchsichtig. Am Fenster stand noch der Stuhl, auf den sich ein Kind gestellt und nach der Mutter ausgeblid hatte.

Heber allem lag die schmutzige Decke des Glends, des Hungers. In einer Ecke lagen verstreut einige Holzklöße und daneben ein grüner Scherben. Ich versank in Nachdenken und wußte, daß dieser Scherben eine ganze Welt bedeutet hatte.

Die Stimme der Wirtin weckte mich: „Das arme Kind,“ sie wachte sich die trockenen Augen und seufzte tief, „vielleicht ist es so am besten, es war auch zu schwer für die Mutter.“ Sie wollte in einen großen Redeschwall ausbrechen. Ich unterbrach sie: „Wann kommt die Mutter von der Arbeit? Sie möchte sofort zum Amt kommen.“ Ich streifte noch einmal die ganze Decke des Raumes und ging.

„Ohne Vorladung Frau H.“ meldete der Diener. Die Mutter stand vor mir. Sie hatte den tiefen Blick der Entsetzung und — des Hasses. In ihrem Gesicht spiegelte sich nichts von Muttersehmerz; es lag wie eine bleierne Schwäche über ihrer ganzen Gestalt. Nach einigen trockenen dienlichen Progen klingelte das Telephon. „Das Kind Anna H. ist toben verstorben.“ Die Mutter sah stumpf vor sich hin. Ich zwang meine Stimme zu einem trockenen Ton und machte ihr die Mitteilung.

Kein Schmerz zog über ihr Gesicht, kein Erschrecken ging durch ihre Gestalt. Sie sah mich mit demselben stumpfen Blick wie vor-

her er. Noch einmal wiederholte ich meine Worte. Da kam endlich Bewegung in sie. Wie ein Aufatmen der Erleichterung entstrangen sich die Worte: „Ihr ist wohl!“

II.

Der zweite Gang führte mich in ein Maleratelier. Kurz und trocken sagte die dienstliche Meldung: „Malerin I. in ihrem Atelier tot aufgefunden.“ Todesursache: „Unterernährung“ — hatte der Armenarzt neroös darunter gefügt. — Vor mir lag dieses Mal ein weiter Kellerraum. Das Licht drang durch die großen Fenster und beleuchtete hell und grausam die gähnende Leere. Kein Tisch, kein Stuhl belebte wohllich den Raum, nur in einer Ecke lagen einige Lumpen.

„Da hat sie gelegen,“ sagte der Wirt, der neben mir stand, „alles hat sie verfehlt, so, es ist eine schlechte Zeit für Künstler.“ fügte er mit einer latter Bewegung hinzu.

Auf der Erde lagen verstreut einige Skizzen. Ein lachendes Selbstporträt aus früheren Tagen, über das nun die Schuhe der Leichenträger hinweggegangen waren. An einer Wand hing ein unvollendetes Bild der hübschen Madonna mit dem Jesusknaben. Sie lächelte milde auf alles herab.

Noch einmal sah ich beim Gehen über die Lumpen in der Ecke und das Madonnenbild darüber.

Das Gesicht der hübschen Maria schien jetzt zur grinsenden Frage des Hungers verzerrt, und das Jesuskind hockte wie ein häßlicher Kobold auf ihrem Schoß.

Frühling schloß ich die Tür.

Neue Wege zur Heilung der Tuberkulose.

Aus wissenschaftlichen Kreisen wird der „Information“ geschrieben:

Das Pasteur-Institut zu Paris hat in letzter Zeit zur Heilung der Lungenschwindsucht neue Wege eingeschlagen, die von der bisherigen Art der Behandlung und Bekämpfung dieser Volksseuche wesentlich abweichen. Die übliche Bekämpfung der Lungenschwindsucht bestand bisher, abgesehen von diätetischen Mitteln und von dem Aufenthalt der Kranken in reiner Höhenluft, in einer Bekämpfung der Tuberkelbazillen durch ein Serum. Man weiß, daß Professor Koch der Begründer dieser Art von Heilbarkeit der Lungenschwindsucht war. Alle Verbesserungen dieser Methode bezogen sich stets auf die Dosierung oder auf ähnlidche Maßnahmen, die im wesentlichen aber und im grundsätzlichen von der alten Art der Tuberkulosebehandlung nicht verschieden waren. Jetzt erst hat man wirklich neue Wege eingeschlagen, von denen man die Erreichbarkeit des Zieles erhofft.

Die Tuberkelbazillen befinden sich in einer Wachshülle, durch die sie schwer angreifbar gemacht werden. Die neue Methode richtet sich nun darauf, diese Wachshülle der Tuberkulosebazillen zu zerstören, da damit die Lebensfähigkeit der Bazillen beeinträchtigt wird. Den Weg dazu wies die Tatsache, daß in den Wachswaben der Bienenstöcke sich Parasiten ansiedeln, die das Wachs zerstören, da sie Ge-

fährde in sich haben, die geeignet sind, eine Flüssigkeit zur Verdaulichung des Wachses abzusondern. Man hat Versuche gemacht, diese Tierchen mit Tuberkulosebazillen, das heißt, eigentlich mit dem Wachs der Tuberkelbazillen zu ernähren und hat dazu eine Menge von Bazillen verwendet, die ausreichen, um ein Meerschweinchen an Lungenschwindsucht erkranken zu lassen. Zuerst sind bei dem Wurm Kratzeerscheinungen aufgetreten, die aber bald überwunden worden. Eine Untersuchung ergab, daß die Verdauungssäfte ausreichten, um die Wachshülle zu zerstören. Nun beabsichtigt man, diese Säfte zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht nutzbar zu machen. Die Versuche befinden sich erst im Anfangsstadium, so daß über die Erfolge noch nichts mitgeteilt werden kann. Man hofft aber, in kurzer Zeit günstige Ergebnisse mit dieser Art der Bekämpfung der Lungenschwindsucht zu erzielen.

Neue Inseln. In der Danziger Bucht haben sich an der Mündung der Weichsel zwei neue Inseln gebildet, von denen die eine 30 Hektar mißt, während die andere etwa 6 Hektar groß ist. Der Senat des Freistaates Danzig hat die Inseln in Besitz genommen und läßt sie mit Strandpflanzern und Weiden bepflanzen. Sie dienen den Fischern hauptsächlich zum Aufstellen der Boote und als Standort für die Garnfischerei. Wie verlautet, hat es unter den Fischern bereits allerlei Eigentumsstreitigkeiten gegeben. Das hat eben den Danziger Senat veranlaßt, die Inseln zum Staatseigentum zu erklären. Der Name der Inseln steht noch nicht fest.

Ein „Kreuzzug“ gegen die New Yorker Theater. Zu einem Kreuzzug gegen Raubbau, Unsitlichkeit und Ausschweifung auf der Bühne ruft der Bürgermeister von New York, Mr. Hylan, wie aus New York berichtet wird, auf. Der offenen Kampfansage soll zunächst der Versuch einer gütlichen Einigung mit den Theaterleitern vorangehen, zu welchem Zwecke eine Versammlung einberufen wird. Den Anlaß zu dieser Aktion haben die in der letzten Zeit allzu zahlreichen Beschwerden über die Entartung des New Yorker Theaterslebens gegeben. Sollte der Versuch, die Theaterleiter zur freiwilligen Besserung zu bewegen, erfolglos bleiben, dann würde ein Kreuzzug gegen die Theater einziehen, der, nach den Worten Mr. Hylans, den Theatern so viel Schaden zufügen würde, wie jetzt gewisse Stücke anrichten. Es soll auch eine Kommission, bestehend aus den hohen Vertretern des Heeres, der Marine und der Polizei, einberufen werden, die gegen die Verpötlung der amerikanischen Marine, wie sie eben jetzt in einem vielgespielten Stücke zutage tritt, einschreitet.

Die deutschen Klassiker und die Franzosen. Aus Paris kommt die Nachricht, daß dort kürzlich die wertvolle Bibliothek eines verstorbenen Herrn von Bethmann, der ein hoher französischer Beamter des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg war, unter den Hammer gelangte. Bethmann wurde in Nordaux geboren und sammelte kostbare Erlösgegenstände der Weltliteratur. Für die Erlösgegenstände von Goethes Werken (acht Bände, ausgelegt in den Jahren 1787 bis 1790) wurden 13 000 Frank — das sind nach unserer Währung über 2000 Goldmark — bezahlt. Allerdings sammelte diese seltene Erlösgegenstände aus Herders Werk; und der große Weimarer hat das Vorjahrhat des ersten Bandes mit einer Widmung versehen. Goethes „Faust“, gedruckt im Jahre 1790, ergierte 3500 Frank

Frieden und Freiheit. Einziger schloß mit den Worten: „Es lebe der Einheitsblock nach der Reichstagsauflösung.“

Die Konferenz nahm daraufhin einstimmig die folgende Entschliessung an:

Der Reichsverband des Deutschen Republikanischen Reichsbundes und die versammelten Vorsitzenden der Landesverbände sprechen sich mit allem Nachdruck gegen den Einheitsblock eines Bürgerblocks aus. Der Bürgerblock wäre der Ausdruck einer inneren Unwahrhaftigkeit, weil er derjenigen Partei maßgebenden Einfluß auf die weitere Führung der deutschen Politik geben würde, die ihre bisherige Richtung mit allen Mitteln bekämpft hatte und deswegen keine Gewähr für die notwendige Führung dieser Politik im Sinne der Sicherung des Friedens auf demokratischer Grundlage bieten kann. Der entscheidende Punkt der deutschen Politik liegt heute in einer am Geiste des Völkerverständnisses innerlich orientierten Politik, welche die Grundlage für die Lösung aller anderen politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen ist. Diese Politik zum Siege zu führen, ist heute die deutsche Lebensfrage. Sie kann nur auf dem Grunde eines wirklichen republikanischen Blockes, der sich in der Hauptfrage innerlich einig ist, entschieden werden. Der Block muß daher mit allen Mitteln im Gegensatz zum Bürgerblock erreicht werden. Ihn im heutigen Reichstag in einer gesicherten und unabhängigen Stellung zu erreichen, die nicht in jeder Stunde durch deutschnationalen Einfluß geschwächt werden kann, ist aber nicht möglich. Deshalb fordern wir die Auflösung des Reichstags zur Herbeiführung eines freien, unabhängigen, effektiven, republikanischen Blockes. Die Versammlung erwartet, daß die in Betracht kommenden Parteien nicht zögern, schnellstens die hiernach notwendige Entscheidung herbeizuführen.

Republikanischer Tag in Mecklenburg.

Schwerin, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Die ehemalige großherzogliche Residenz hatte am Sonntag einen großen Tag. Außerlich merkten die ersten Besucher noch nicht viel. Denn in der Brauentstadt gibt es ebenso wenig Fahnen in den Reichsfarben wie andernorts. Nur einzelne waren zu sehen. Unter dem monarchistisch-schwangeren Ministerium v. Brandenstein getraut sich keiner als offener Befürworter der Republik. Als aber die ersten Frühzüge eintrafen, da änderte sich das Bild sofort. Aus Rostock, Wismar, Grevesmühlen, Hagenow und vielen kleineren Orten kamen mit den Lübeckern, die auf 12 Lastkraftwagen mit Anhänger erschienen, rund 4000 Reichsbannerleute zusammen. Es galt die Bannerweihede der Ortsgruppe Schwerin zu feiern und dann vor allem eine Heerschau über die Republikaner abzuhalten. Den Bürgern der Republik, denen die Kommunisten gerade in Mecklenburg durch ihre Parteipolitik so schöne Beihilfe leisteten, mußte einmal bewiesen werden, daß sie auch in Mecklenburg mit ernstlichen Gegenkräften zu rechnen haben. Es formierte sich sowohl vormittags wie nachmittags ein Festzug, in dem über 50 Reichsbannertruppen und der mit einem Dutzend Musik- und Trommler- und Pfeifertorps durchsetzt war. Auf dem Marktplatz fand die Weihe und Begrüßung statt. Es sprachen Studienrat Woeller-Rostock, Polizeipräsident Krüger-Magdeburg, Polizeioberst a. D. Lange und der frühere thüringische Minister v. Brandenstein. Aus allen Reden erklang der Ruf zum größten Zusammenhalt, um den sich wieder neu formierenden Bataillonen der Gegenrevolution jederzeit gegenüberstellen zu können. Freilichliche Entwicklung des Staatsbürgers und vor allem Schutz der Verfassung sei oberster Beistand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das, wie Genosse Krüger mitteilte, bereits über 3 Millionen Mitglieder zählt, von denen 90 Proz. Frontkämpfer sind.

Der republikanische Tag in Schwerin hat deswegen Bedeutung über den Ort hinaus, weil die Hakenkreuzer aller Schattierungen gerade in Mecklenburg zahlreich vertreten sind, die das Land unter dem Schutze der Junker und der deutschnationalen Regierung von rächtlichen Gnaden als eventuelles Aufmarschgebiet betrachten. Der Schweriner Tag gab den zahlreichen verteilten Gruppen des Landesgebietes neuen Auftrieb. Sie sehen, daß sie nicht allein stehen. An den Reichspräsidenten wurde ein Telegramm geschickt, das sofort beantwortet wurde. Das am Orte erscheinende Parteiblatt, „Das freie Wort“, hatte eine besondere Festnummer herausgebracht, die viel Anklang fand.

(785 M.). Die „Leiden des jungen Werther“. Ausgabe des Jahres 1774, wurden mit 5000 Frank bewertet (1125 M.). Ebenfalls brachten „Die Räuber“ von Schiller, gedruckt im Jahre 1781. Wielands sämtliche Werke (erschienen 1794 bis 1802) gingen für 8100 Frank (rund 1800 M.) in andere Hände über. Schließlich wurde noch Goethes gedruckte Doktorarbeit für 4100 Frank (nahezu 1000 Mark) verkauft.

Bei kürzlich stattgefundenen Klassiker-Erstdruckversteigerungen in Deutschland wurden nicht annähernd so hohe Preise erzielt!

Ein Neger als vorbildlicher Arbeiter. Der frühere belgische Arbeitsminister Joseph Bauers hat kürzlich ein Buch veröffentlicht (Le Congo au travail), in dem er die Ergebnisse einer im letzten Jahre unternommenen Studienreise durch den belgischen Kongo zusammenfaßt. Die Schrift enthält mancherlei Interessantes über die Lebensverhältnisse und Gewohnheiten der Eingeborenen, von deren Wohlverhalten in steigendem Maße nicht nur das moralische Ansehen der kolonialen Regierungen, sondern zum guten Teil auch der Ertrag der an überlebensfähigen Unternehmungen beteiligten kapitalistischen Gesellschaften abhängt. Der Verfasser bemüht sich, darzutun, daß die Behandlung der Neger als Arbeiter seit der unruhigen Zeit Leopolds im ganzen humaner geworden ist, daß aber das Prinzip ungeschicklicher Schöpfung der unorganisierten Lohnkassen noch keineswegs ernsthaft angefaßt wurde. Die Unternehmung im Kongo, seien sie belgischer, amerikanischer oder portugiesischer Herkunft, entziehen den Eingeborenen kümmerlich genug, so kümmerlich, daß ein schwarzhäutiger Kollege, der sich am Kwango, einem Nebenfluß des Kongo, etabliert hat, ihnen an Großmütigkeit entschieden überlegen ist. Dieser vom Äquator stammende Konkurrent, der die verschiedensten Unternehmungen ins Leben gerufen hat, macht sehr gute Geschäfte. Seine europäischen Nachbarn hegen gegen ihn die bittersten Gefühle, weil er, wie dem Verfasser mitgeteilt wurde, für des Eisenblechs und die Palmkerne zu hohe Preise bietet und keine Arbeiter zu reichlich entlohne und damit ein schlechtes Beispiel gibt!

In dem Buch wird auch die tragisch-komische Geschichte eines Auswanderers, des Propheten Sibanga, erzählt, der bei den Missionsvätern in die Schule ging und die Weisheiten der Bibel in allzu konkretem Sinne erlernte. Er rief die Arbeiter zum Streik auf, weil ihm eine Stimme verstanden habe, daß sich in der Gegend der großen Katarakte das Wunder der Veredelung der Brote und der reichlichen Fischzüge erneuern werde. Armer Prophet! Die christlichen Richter der Kolonie verurteilten ihn wegen angeblicher politischer Umtriebe zum Tode, doch begnadigte ihn der Gouverneur zu langjähriger Verbannung nach dem entfernten Katanga, wo er jetzt seine Vorstellungen revidieren und inne werden kann, daß im kapitalistischen Wirtschaftssystem das Manna nicht vom Himmel fällt, sondern auch die Krume Brot in harter Arbeit erworben werden muß.

Die Jungfernkunstschau wird voraussichtlich am 11. Oktober im Landesausstellungsgelände eröffnet.

Neben einer vorbildlichen unterirdischen Gasse, der bei Princeps Lohrer in Berlin entdeckt wurde, wird mitgeteilt, daß er etwa 70 Fuß lang und 5 Fuß hoch ist. Er führt zu einem ersten Raum, der sich unter einer alten Kapelle befindet. Nach der Ansicht Sachverständiger handelt es sich um eine Anlage, die viele tausend Jahre alt ist und man rechnet mit sehr interessanten Funden.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Rückgang der Kommunisten.

Halle, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) In Rönneberg bei Halle fand am gestrigen Tage eine Neuwahl zum Stadtverordnetenkollegium statt, die notwendig geworden war infolge der Auflösung durch das preussische Staatsministerium. Trotz wirksamer Agitation sowohl der Bürgerlichen als auch der Kommunisten hat unsere Partei einen glänzenden Sieg davongetragen. Gegenüber der letzten Reichstagswahl vom 4. Mai haben die Vereinigten Bürgerlichen 120, die Kommunisten 108 Stimmen verloren, während unsere Partei 128 Stimmen gewann. Die Kommunisten, die bisher im Stadiparlament sieben Stadtverordnete hatten, haben jetzt noch deren vier, ebensoviel wie unsere Partei, die ein Mandat gewann. Das Wahlergebnis ist um so bemerkenswerter, als es sich um eine kommunistische Hochburg dacht vor den Toren Pseudoproskowsk handelt. Die Verstärkung bei den Kommunisten ist groß, was um so verständlicher ist, als das Kommunistenblatt nach vor einigen Tagen in hochtönenden Worten verächtlich hatte, daß der kommunistische Gedanke marschiere. Die Wahlbeteiligung betrug 81 Proz.

„Jesuitische Verschlagenheit“.

Ludendorffs Frontbann.

München, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Bemühungen der Kreise um Ludendorff, darzutun, daß der Frontbann absolut offen und loyal aufgebrochen worden sei, widerlegt am Montagmorgen das Justizministerium durch Mitteilungen aus beschlagnahmten Briefen und Verfügungen des Frontbann-Kommandos. In einem dieser Briefe an einen jetzt verhafteten Frontbann-Führer heißt es u. a.: „Die Sache steht nun folgendermaßen: Röhm war beim Innenminister und will nun auch noch zum Reichsinnenminister gehen. Ebenso sind Verhandlungen mit Seidl im Gange, um die ganze Geschichte in aller Öffentlichkeit aufzuheben zu können, ohne Gefahr laufen zu müssen, daß die Geschichte gleich mit dem ersten Aufbruch, der in der Zeitung erscheint, ein Verbot enthält. Die Aussichten betreffs Gestaltung sind nicht gerade schlecht, weil wir die ganze Sache als Abwehrmaßnahme gegen die Kommunisten hinstellen, auch ist der Presseausdruck, den Schromm (Verteidiger Röhm im Hitler-Prozess. Die Red.) mit echt jesuitischer Verschlagenheit verfaßt hat, den Ludendorff auskorrigiert und genehmigt hat, so staatsreu abgefaßt, daß der Herr Innenminister ganz erstaunt war, daß er uns anscheinend so lange verkannt hatte.“ In einem weiteren Briefe, den Röhm an eine außerhalb Bayerns wohnende Persönlichkeit geschrieben hat, heißt es: „Sonst geht hier alles seinen alten Trott. Arbeit, die allmählich schon keine Beschäftigung mehr ist, wie ich es eigentlich liebe, und recht wenig Erfreuliches, das heißt nicht aus unserem Verband. Da scheint die Geschichte so langsam wieder hochkrabbeln zu wollen. Aber sonst hat man viel Ärger mit der Regierung und mit den übrigen Hochverratern. Gestern war ich beim Herrn Innenminister und habe mich in empfehlende Erinnerung gebracht. Am Montag werde ich dem Ministerpräsidenten Größ Gott! sagen. Nun, so hat man aber seine Sorgen um den Frontbann. Nur siehe ich es aber doch durch. Die Herren in Bayern, die werden staunen, wie staatsreu ich auf einmal geworden bin.“

Keine Haftentlassung Hitlers am 1. Oktober.

München, 29. September. (Ll.) Nachdem die Staatsanwaltschaft heute gegen die Bewilligung der Bewährungsfrist für Hitler und Kriebel Beschwerde eingereicht hat, kommt eine Haftentlassung Hitlers und Kriebels am 1. Oktober noch nicht in Frage, da die Beschwerde eine aufschiebende Wirkung hat. Wann das Oberste Landesgericht seinen endgültigen Entscheid fällen wird, steht noch nicht fest.

Die Stahlhelmschießereien in Altona.

General Ledebur reizt zum Bürgerkrieg auf.

Hamburg, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag abend veranstaltete die Ortsgruppe Altona des „Stahlhelmbundes“ eine Fohnenweihede, deren Auswirkungen zu einem blutigen Zusammenstoß führten. General a. D. Freiherr von Ledebur führte in seiner Festrede u. a. aus: „Wer von uns heute von Pazifismus redet, sügt sich selbe in sein Los und verdient die Verachtung der Welt. Noch können wir uns der Schmach und Schande nicht erwehren, aber es kommt der Tag! Wir werden nicht ruhen, bis alle deutschen Brüder wieder mit uns vereint sind. Wenn wir auch jetzt noch nicht das Schwert ziehen können, um uns vom äußeren Feind zu befreien, so ist uns doch im Lande selbst ein neuer tödlicher Feind entstanden: das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Wir werden den Kampf gegen es mit rücksichtsloser Schärfe führen. Diese tiefbeschämende Bewegung arbeitet demütigt oder unbewußt im Dienst unserer Feinde. Das Treiben dieser Leute ist schändlicher Volks- und Landesverrat. Mögen sich alle Deserteure und Drückeberger in dieser Kampfgruppe wohl fühlen! So lange wir nicht das Blut haben, den Kampf gegen den äußeren Feind zu führen, werden wir in fester Front stehen gegen die Anhänger des Klassenkampfes.“

Eine halbe Stunde später, nachdem diese von der Versammlung mit klärendem Beschlusse aufgenommene Rede gehalten worden war, entwickelte sich aus noch nicht aufgeklärter Ursache in der Nähe des Altonaer Hauptbahnhofes eine Schießerei zwischen Teilnehmern an der „Stahlhelmschießerei“ und anderen Leuten. Als die Polizei erschien, wurden dem amtlichen Polizeibericht zufolge zwei junge Leute verfolgt. Nach Aussagen der Kriminalpolizei soll sowohl von den Verfolgten als auch von den Verfolgten geschossen worden sein. Tatsächlich festgestellt ist nach dem amtlichen Bericht bisher nur, daß von den Verfolgten (die zu den „Stahlhelmschießereien“ gehörten) Schüsse abgegeben worden sind. Der Polizeibeamte Meyer wurde getötet, vier Personen wurden verletzt. Die vom „Hamburger Fremdenblatt“ auf Grund eines Wolff-Telegramms verbreitete Ansicht, als seien Reichsbannerleute von der Polizei als Schützen festgenommen worden, ist nach Erkundigungen bei der Polizei von dieser als unrichtig bezeichnet worden.

Altona, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Die bisherigen Ermittlungen aus dem blutigen Zusammenstoß am Freitag abend zwischen Angehörigen des Stahlhelmbundes und anderen Leuten im Anschluß an die Fohnenweihede des Stahlhelms haben ergeben, daß bei der Schießerei (durch die ein Polizeibeamter getötet und vier Personen schwer verletzt wurden) die Stahlhelmsleute als Täter in Frage kommen. Ein amtlicher Polizeibericht, der am Montag mittag herausgegeben wurde, befragt, daß zwei Mitglieder der Hamburger Ortsgruppe des Stahlhelms, ein 19jähriger Kaufmannslehrling und ein 23jähriger Handlungsgehilfe, auf Grund der Vernehmung und Zeugenaussagen unter dem dringenden Verdacht, die Schüsse abgegeben zu haben, dem Gericht zugeführt worden sind. Gegenüber der von WTB am Sonnabend verbreiteten Meldung sei nochmals festgestellt, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit dem Zusammenstoß nichts zu tun hat und bisher nicht einmal festgestellt ist, ob einzelne Mitglieder des Reichsbanners

in den Zusammenstoß verwickelt sind. Ein zunächst unter dem Verdacht, geschossen zu haben, festgenommener Arbeiter ist bereits am Sonnabend wieder freigelassen worden.

Liefert Ungarn aus?

Budapest, 29. September. (WTB.) Wie die Gerichtsstaatsanwaltschaft in der Uffäre Förster-Schulz ber, daß dem Auslieferungsbegren Folge gegeben werden müsse, weil die Ermordung Erzbergers nicht als politisches Verbrechen anzusehen sei. Die Verhandlung des Auslieferungsenats soll morgen vormittag unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden.

Budapest, 29. September. (WTB.) Der Berliner ungarische Gesandte Enrich hatte heute mittig eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen. Wie die Blätter melden, stand der Besuch mit dem Auslieferungsbegren der deutschen Regierung gegen die Würder Erzbergers in Zusammenhang.

Der Wiener Bankskandal.

Gastbefehl gegen Castiglioni.

Wien hat seinen neuen Bankskandal. In seinem Mittelpunkt steht der bekannte Inflationsschwärmer Castiglioni, der als reichster Mann Oesterreichs gilt und mit dem verstorbenen Hugo Stinnes in engen Geschäftsbeziehungen stand. Gegen Castiglioni wird der Vorwurf erhoben, daß aus seiner Bank, der Wiener Depositenbank, Aktien verschwunden sind, die sich auf verschiedene Geschäfte beziehen. Die Bank war kürzlich zusammengebrochen und stand unter Geschäftsaufsicht. Gegen sie wurde überdies eine Untersuchung wegen eines betrügerischen Spiritusgeschäfts, das sie noch unter dem Vorsitz Castiglionis mit tschechischen Industriellen abgeschlossen hatte.

Gegen Castiglioni und die beiden Generaldirektoren der genannten Bank ist nun der Haftbefehl erlassen worden. Alle drei haben sich außerhalb der österreichischen Grenze begeben. Das Haus Castiglioni erläßt eine Erklärung, in der es eine Flucht Castiglionis leugnet. Auffallend ist jedoch, daß ein anderer Direktor, der der Depositenbank angehört, namens Pila, beim Bekanntwerden der neuer Untersuchung Selbstmord verübt hat. Die Firma Castiglioni bestreitet außerdem, daß zwischen dem Verschwinden der Aktien und dem Hause Castiglioni irgendwelche Zusammenhänge bestehen. Die Polizei hat in den Wohnungen der Beschuldigten Hausdurchsuchungen abgehalten und dabei im Palais von Castiglioni wertvolle Juwelen beschlagnahmt.

Man vermutet, daß der Aktienraub durch Beauftragte erfolgt ist. Die gerichtliche Untersuchung wird über eigenartigen Vorgänge Aufschluß suchen. Wie sehr man bemüht ist, die Zusammenhänge zu vertuschen, geht aus einer Mitteilung der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ hervor, wonach der Sekretär Castiglionis, Lederer, der nunmehr polizeilich bewacht wird, der Regierung gedroht habe, daß für den Fall eines gewaltsamen Vorgehens schwere Folgen für einzelne wirtschaftliche Unternehmungen zu befürchten seien. Die „Arbeiter-Zeitung“ verlangt eine genaue Mitteilung über die ganze Angelegenheit und mocht alle, insbesondere die Regierung und den Polizeipräsidenten, auch nur den geringsten Versuch einer Vertuschung machen zu wollen.

Wien, 29. September. (WTB.) Wie das „6-Uhr-Blatt“ meldet, seien die Haftbefehle gegen den Präsidenten der Depositenbank, Goldstein, und Generaldirektor des Castiglioni-Kongern, Reumann, dadurch notwendig geworden, daß gegen sie der Verdacht der Veruntreuung und des Betrugs vorliegt.

Gewerkschaften und Einwanderung.

Prag, 29. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Rahmen des Internationalen Sozialpolitischen Kongresses fand heute eine Beratung des Exekutivkomitees statt, in welcher die Resolutionen für das Kongressprogramm und die Frage des Kongressortes erörtert wurden. Gleichzeitig tagte eine vom Internationalen Gewerkschaftsbund und Amsterdam einberufene Konferenz über Aus- und Einwanderung, die vom Minister für soziale Fürsorge Genossen Fadrman begrüßt wurde. Lagerle-Tschechoslowakei betonte, dort hätten fremde Arbeiter gleiche Rechte wie die einheimischen und verlangte, daß alle Gewerkschaftsorganisationen daskelbe in ihren Ländern durchsetzen. Vorsitzender Merens-Belgien wies darauf hin, daß Arbeiteremwanderung nicht selten die Arbeitsbedingungen der Einheimischen verschlechtert. Der Kongress müsse Maßnahmen zur internationalen Einwandererfürsorge vom Standpunkt der Arbeiterschaft festlegen. Knoll-Deutschland führte aus, daß Deutschland vor 20 Jahren unter der Einwanderung von polnischen und italienischen Arbeitern ebenso gelitten habe, wie heute Frankreich. Wenn der gegenwärtige Stand der Auswanderungsfrage so dringend sei, so liege die Schuld bei den Friedensverträgen. Sollte sich die Durchführung des Dawes-Plans als unmöglich erweisen, dann hätte Deutschland 20 Millionen Menschen mehr als es ernähren könne. Gurion-Polastina behauptete, daß Amerika nicht vertreiben sei, denn es sei der Brennpunkt des Auswanderungsproblems. Er empfahl gegenüber der Abschließung Amerikas in der Angelegenheit der Einwanderung zu protestieren. Schürmann-Deutschland schilderte die schmerzlichen Verhältnisse der ausgewanderten Intellektuellen, weil sie in den Ländern, wohin sie wandern, keine Organisationen haben, die sich ihrer annehmen können. Lagerle-Tschechoslowakei bemerkte, daß vor allem statistisches Material gesammelt werden müsse über die Arbeitsbedingungen in den Ländern, wohin der Auswanderungsstrom gehe. Die Auswanderung aus der Tschechoslowakei nach Deutschland sei zwar nicht so bedeutend, man müsse aber auf den Schutz der Saisonarbeiter bedacht sein, von denen jährlich 10 000 bis 15 000 nach Deutschland kämen.

Nochmals die Opfer beim Reichswehrmanöver. Zu der von uns veröffentlichten Berichtigung der Pressestelle des Reichswehrministeriums geht uns von der „Bremer Volkszeitung“ folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zu: „Unsere Meinung über die Opfer beim diesjährigen Reichswehrmanöver im westfälischen und holländischen Gebiet ist durch die Berichtigung der Pressestelle des Reichswehrministeriums in keiner Weise erschüttert. Wir halten berichtet, daß sieben Soldaten und eine Frau bei diesen Manövern von Geschützen der Artillerie überfahren und getötet worden seien. Und dazu weiß die Berichtigung der bezeichneten Pressestelle nur zu sagen, daß dieser Teil der Meldung falsch ist. Was besagt das? Soll das etwa heißen, daß nicht sieben, sondern vier, fünf oder gar acht Soldaten getötet wurden? Oder soll behauptet werden, die Opfer sind nicht von Geschützen der Artillerie, sondern von Wagen der Maschinengewehrabteilungen oder anderen Fahrzeugen überfahren oder getötet? Man kann sich beim Lesen der sogenannten Berichtigung denken was man will. Damit ist sie aber auch als ein Verlegenheitsprodukt gekennzeichnet. Es wird dem Reichswehrministerium nicht gelingen, die tödlich verunglückten Opfer durch eine „Berichtigung“ zu neuem Leben zu erwecken.“

Am übrigen hat weder das Bremer Reichswehrbataillon noch die Pressestelle des Reichswehrministeriums uns eine Berichtigung unserer Angaben zugesandt und bisher hat es auch keine bürgerliche Zeitung Bremens gezeigt, unsere Meldung zu veröffentlichen oder von sich aus als unwahr zu bezeichnen. Es liegt in der Hand der Reichswehr, durch Veröffentlichung des Tatbestandes in dieser Sache Klarheit zu schaffen.“

Gewerkschaftsbewegung

Die billigen Hände. Ein Kapitel der Berufslehre.

Der Kapitalismus huldigt dem freien Spiel der Kräfte. Die Rücksichtslosigkeit gegen seine „Hände“ ergibt sich aus seiner Verantwortungslosigkeit gegen sie. Diese Rücksichtslosigkeit zeigt sich auch auf dem Gebiete des Lehrlingswesens. Den um die Zukunft ihrer Kinder besorgten Eltern wird von allen Seiten bezeugt, sie sollen sie, über die gesetzlich bestimmte Schulzeit hinaus, etwas lernen lassen. An sich durchaus richtig. Wenn nicht alle Eltern von dieser Belehrung und Uebertragung den rechten Gebrauch machen können, sei es, daß sie zur Zeit der Schulentlassung eines Kindes arbeitslos sind oder verkümpert arbeiten, wie es gerade gegenwärtig häufig vorkommt, sei es, daß ihre Lohnneinommen trotz regelmäßiger Arbeit zu gering ist, um alle ihre Kinder bis zum 20. Lebensjahre und noch länger zu unterhalten, dann geht die große Welle der „öffentlichen Meinung“ darüber hinweg mit dem Troste, daß die große Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen ja doch aus ungelertenen bestche und bestehen müsse, eine Lehre für alle also nicht notwendig, schließlich nicht einmal erwünscht sei.

Das Prinzip der Auslese der Söhne und Töchter beschränkt sich also — bis auf weiteres — in der Hauptsache immer noch auf das Vermögen der Eltern, auf deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Die Ansprüche, die hinsichtlich des Vernehmens an die Eltern gestellt werden, sind nicht gering. Wir sehen hier ganz ab von dem Schul- und Hochschulstudium, obgleich im großen ganzen auch für dieses Vernehmens zutrifft, was über die Erlernung eines Handwerks oder eines kaufmännischen Berufes im Sinne der Belastung der Eltern zu sagen ist.

Ueber das Lehrlingswesen in den Kleinbetrieben des Handwerks und den Großbetrieben der Industrie ist in den letzten Jahren vieles geredet und geschrieben worden. Die Reformbedürftigkeit des Lehrlingswesens ist allgemein anerkannt. Der recht vorläufig gehaltene Entwurf zur Neuordnung liegt noch immer bei den Akten und scheint sich nicht herauszubringen. Doch selbst dann, wenn er in seiner ursprünglichen Fassung, mit weiteren Verbesserungen anstatt Verbesserungen angenommen werden würde, geht auch er an dem wirtschaftlichen Problem vorbei, das uns hier beschäftigt. Auch die Tötung der Industriellen, die sich in diesem Sommer mit der Lehrlingsausbildung für die Industrie befaßt und eine vierjährige Lehrzeit für notwendig erachtete, ging an der Frage der

wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Eltern

vollständig vorbei. In den Interessentengruppen, die für Lehrlinge Verwendung haben, gibt es als die selbstverständliche Voraussetzung, daß die Eltern für den gesamten Lebensunterhalt des Lehrlings aufkommen. Der Arbeiter oder Angestellte, der sich als Vater im Lehrvertrag dazu verpflichtet hat, ist nicht sicher davor, ob er nicht nach kurzer Zeit arbeitslos wird, sei es, daß er „stillgelegt“ oder weil er mit seiner Belegschaft eine Lohnzulage forderte, entlassen wird. Stirbt er gar vor Beendigung der Lehrzeit, dann bedeuert der Sohn für die Mutter statt einer Stütze eine große Last. Ist aber die Lehrzeit beendet, dann besteht weder für die Lehrenten noch sonst irgend jemand eine Verpflichtung, den Ausgelernten nun auch zu beschäftigen.

So haben wir in Berlin zurzeit Tausende junger Leute, die ausgebildet haben und mit dem Tage der Beendigung der Lehre auf die Straße fliegen. Bei den Banken ging es noch rascher. Sie zahlten den irrischgebundenen Bankgehilfen vielfach die Entschädigung für die letzten paar Wochen aus und ließen sie laufen. In einer recht ansehnlichen Zahl von Familien liegt der Vater heute seinem ausgelehrten Sohn arbeitslos auf dem Pfahle.

Die Eltern des Lehrlings haben nur zu entscheiden, ob sie ihren Sohn während der vorgeschriebenen Zeit in die Lehre geben wollen. Alles andere müssen sie dem Prinzipal überlassen bzw. seinem Interessentenverband. Die Innungen und Arbeitgeberverbände der Kleinbetriebe wehren sich mit Händen und Füßen gegen die Mitwirkung der Arbeiter bei der Regelung der Lehrlingsentschädigung, des sogenannten Kostgelds, das meist nur ein Fahrgehalt ist. Auch die Herrschaften, die am eifrigsten für die Wiedereinführung mittelalterlicher Zustände schwärmen, wollen nichts davon wissen, daß der Lehrling früher von seinem Meister in Kost und Logis gehalten wurde, nichts davon, nunmehr eine dementsprechende Entschädigung zu zahlen. Der Hinweis darauf, daß früher ja auch Lehrgeld von den Eltern gezahlt wurde, ist hinfällig, da dies wohl bei kürzerer Lehrzeit geschah, nicht aber bei einer vierjährigen Lehrzeit. Nur einigen wenigen Organisationen, wie z. B. im Buchdruck- und Baugewerbe ist es gelungen, eine tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung festzusetzen. Aber auch in diesen Verträgen wird die Lehrzeit der Ausgelernten oft noch um ein Jahr verlängert, indem für das erste Jahr nach der Lehre ein so niedriger Lohn gezahlt wird, daß er nur erst das Kostgeld darstellt. Schlimmer noch als die Rücksichtslosigkeit, mit der den Lehrlingseltern alle Lasten aufgebürdet werden, ohne ihnen auch nur die Garantie zu bieten, daß der Ausgelernte vom Lehrherrn mindestens so lange weiterbeschäftigt werden

muß, bis er eine andere gleichwertige Arbeitsstelle gefunden hat, ist die Verantwortungslosigkeit, mit der die jungen Leute in Berufe genommen werden, wo sie zwar als

unbezahlte Arbeitskräfte

zu Berrichtungen ausgenutzt werden, die sonst von bezahlten, wenn auch schlecht bezahlten Arbeitskräften vorgenommen werden müßten, wo ihnen jedoch nichts beigebracht wird, was sie späterhin verwerten können oder doch höchstens nur sozial, was sie sich als ungelernete, aber bezahlte Arbeitskräfte in der gleichen Zeit von selber angeeignet hätten.

Trotz aller Organisationen und Statistiken gibt man sich nicht erst die Mühe, einen ungefähren Ueberblick über den Bedarf an beruflichen Nachwuchs in den einzelnen Berufen und Branchen zu bekommen, damit die Annahme von Lehrlingen diesem Bedarf einigermaßen angepaßt, der zu starke Andrang zu einigen Konjunkturberufen verhütet und eine sorgfältige Verteilung und Auswahl getroffen werden kann, die sowohl dem Bedarf an Lehrlingen wie der besonderen Befähigung der jungen Leute entspricht. Da keine gesetzliche Verantwortungsfrist besteht, ein moralisches Verantwortungsgefühl aber gegen die Sucht nach billigen Händen nicht aufkommt, wird jedwede Oekonomie auf diesem Gebiete als überflüssig erachtet. Wo bleibt hier der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit auch nur vom Standpunkt der Interessenten? Die wenigen Großbetriebe mit Lehrwerkstätten, in die nur Meisterlöhne oder sonstige Produktionsänder hineinkommen, machen hier wohl eine Ausnahme. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit muß jedoch insbesondere auch vom Standpunkt der Eltern und der Lehrlinge aus gefordert werden. Den Eltern muß das Opfer der Lehre durch bessere Entschädigung bzw. höheres Kostgeld erleichtert, den passivierten Lehrlingseltern durch stärkere Verpflichtungen die Ausbeutung, auf die sie es lediglich abgesehen, erschwert werden. Den Ausgelernten aber und damit auch den Eltern muß mindestens eine gewisse Garantie geboten werden, daß sie Arbeit bekommen und nicht unmittelbar nach Beendigung der Lehre entlassen und dadurch wirtschaftlich und moralisch aufs schwerste geschädigt werden.

Eine Arbeitszeit von 20 Stunden!

In der Zentralmarkthalle der Reichshauptstadt.

Vom Deutschen Verkehrsband wird uns geschrieben: In der Zentralmarkthalle herrschen hinsichtlich der Arbeits- und Lohnverhältnisse Zustände, die geradezu fürchterlich sind und der Öffentlichkeit nicht länger verheimlicht werden dürfen. Soweit die Gruppe Obst und Gemüse in Frage kommt, beginnt die Arbeitszeit in den meisten Fällen um 11 Uhr nachts, hauptsächlich das Ausladen der Wohnwagen. Um 5 Uhr geht der eigentliche Handel in der Markthalle vor sich. Haben die Arbeiter bis dahin geschuftet, so geht nunmehr bei Eröffnung der Halle die eigentliche Schinderei erst los. Wenn der Erfinder des Taylorsystems hier Studien machen wollte, er würde vor Reiz sterben, wenn er sehen müßte, wie hier die Arbeiterknecht ausgebeutet wird. Um 1 Uhr nachmittags werden die Hallen geschlossen, aber die Arbeiter haben erst 1, auch 2 Stunden später Mittagspause bis gegen 4 Uhr, und dann wiederholt sich das Schauspiel von neuem bis abends gegen 10 Uhr, und dann ist Feierabend.

Eine tägliche Arbeitszeit von 19 bis 21 Stunden.

Wenn man bedenkt, daß jeder einzelne Arbeiter durch seine Leistung allein für drei Mann arbeitet, so kann man ermaßen, welche Zahl von Arbeitskräften hier eingestellt werden könnten, wenn der Markthallenarbeiter den Achtstundentag, welcher tariflich bis zum Jahre 1923 durch seine Zugehörigkeit zur Organisation erzwungen war, noch hätte. Vielleicht sieht sich die Markthallendeputation die Verhältnisse nur der Markthalle während der Zeit von früh 4 Uhr bis gegen Mittag näher an. Daß die sanitären Verhältnisse viel zu wünschen übrig lassen, sei nur nebenbei gesagt. Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter keine Ueberstundenbezahlung erhalten, so mutet es geradezu ungeheuerlich an, wenn behauptet wird, daß bei einer Arbeitszeit von 19 bis 21 Stunden teilweise noch

Löhne von 20 und 30 M. pro Woche

gezahlt werden. Da kann es ja nicht Wunder nehmen, wenn hier und dort Handlungen begangen werden, durch die der Betreffende mit dem Strafrichter Bekanntschaft macht. Es soll ohne weiteres zugestanden werden, daß den Markthallenarbeitern eine Konkurrenz durch die Arbeitslosen auch zum Teil derjenigen aus dem Ahn droht. Aber bei geregelter Arbeitszeit würde diese Konkurrenz durch Einstellung von Arbeitslosen fortfallen. Es ist geradezu beschämend, wenn man erzählt, daß es vorkommen soll, daß die eigentlichen Arbeiter sich billiger anbieten, als die Erwerbslosen.

Aber ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter ein gerütteltes Maß von Schuld an diesen ungläublichen Zuständen haben, weil sie der gewerkschaftlichen Organisation den Rücken kehren, so ist der Stand, daß die Aufsichtsbehörden derartige Zustände dulden, nicht minder groß.

Aus der Berliner Wach- und Schließgesellschaft.

Man schreibt uns: In den Berliner Wachgesellschaften versucht man jetzt, die Beseitigung der Betriebsräte und Ausmerzung der organisierten Wächterschaft in die Wege zu leiten. Besonders rigoros geht hier die Berliner Wach- und Schließgesellschaft vor. Unterstützt wird die Direktion dieses Unternehmens durch die Herren Inspektoren, besonders einen Herrn Ziegler von der Inspektion VI, der in seinem frühe-

ren Arbeitsverhältnis Betriebsrat war und sich nicht radikal genug gebärden konnte. Auch als er noch simpler Wächter war, ließ er in den Versammlungen keine Schmalreden ertönen. Mit dem Augenblick aber, wo er Kontrolleur wurde, d. h. Offiziersadjutante erhielt, und gar jetzt als Inspektor, wo man noch ein paar Sterne auf den Schultern und am Kragen trägt, wehrt der Herr gegen den Betriebsrat und die Organisation. Der Ton dieses Herrn macht in dieser Inspektion die Musik. Er findet natürlich Unterstützung bei denjenigen Wachangehörigen, denen das Beitragszahlen zu viel geworden ist und sich, das weiß Herr Ziegler sehr genau, ohne Organisation leichter am Gängelbande führen lassen. Der frühere Arbeiter- und Betriebsrat weiß genau, wie man sich einstellen muß, um die Günst der Direktion zu erwerben. Schnidiges Kustreten nach militärischem Aufzug gegenüber den Wächtern, das macht sicher Eindruck nach oben hin. Vor einiger Zeit wurde das Betriebsratsmitglied Bittner wegen eines Nachvergehens entlassen, obwohl er noch nicht verurteilt worden war und keinen Dienst seit Jahren zur Zufriedenheit versehen hat, andererseits kann man auch sehr nachsichtig sein. In der Inspektion VI (Hoher Steinweg) befinden sich Leute, die wiederholt schwer gegen die Dienstvorschriften verstoßen haben.

Für diese Leute gibt es nicht einmal eine Verwarnung. In dieser Inspektion ist auch ein Inspektor Radow tätig, der noch vor wenigen Monaten als Welt- und Direktionsumstürzer auftrat und heute seinem Herrn und Meister nachfolgt. Auch er hält es heute für notwendig, gegen Betriebsrat und Organisation, nur für die Interessen des Unternehmertums das große Wort zu führen. Ueber seine Dienstleistung ist er selbst im Bilde, aber er weiß ja, als Vorganisierter, als Mitspreiter gegen Betriebsrat und Verband kann er sich alles leisten.

Erfreulichweise scheint es auch in den Köpfen der Wächterschaft Licht zu werden. Man sieht langsam ein, daß man ohne Organisation nicht als freier Arbeiter angesehen wird, sondern dem Kadavergehorsam wieder unterworfen wird.

Aber nicht nur bei der Berliner Wachgesellschaft, sondern auch bei den anderen Gesellschaften ist es notwendig, daß die Angehörigen sich darauf besinnen, nicht nur an sich selbst zu denken, sondern mit der übrigen organisierten Wächterschaft innerhalb des Deutschen Verkehrsbandes dafür zu sorgen, daß sie nicht weiter nur als Ausbeutungsobjekte betrachtet werden.

Die Arbeitszeit in Holland.

Angelehnt des Interesses, welches in allen industriellen Ländern für die Frage der Arbeitszeit besteht, veröffentlicht das Internationale Arbeitsamt eine Reihe von Studien über die gesetzlichen und administrativen Maßnahmen sowie die Tarifverträge, durch welche in verschiedenen Ländern die Arbeitszeit geregelt wird. Die neueste dieser Veröffentlichungen gibt eine Uebersicht über die gegenwärtige Lage in Bezug auf den Achtstundentag in den Niederlanden.

In den Niederlanden ist die Arbeitszeit durch das Gesetz über die Arbeitszeit und die gefährlichen Industrien vom 1. November 1919, abgeändert am 20. Mai 1920, geregelt. Das Gesetz vom Jahre 1919, welches am 24. Oktober 1920 in Kraft trat, begrenzte die Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag und 45 Stunden pro Woche. Das Gesetz vom 20. Mai 1920 erweiterte diese Begrenzung auf achtstündigen Stunden pro Tag und 48 Stunden pro Woche.

Das Gesetz wird im allgemeinen auf alle in einem Unternehmen ausgeführten Arbeiten angewendet. Außerhalb des Anwendungsgebietes des Gesetzes fallen gewisse Arbeiten, z. B. landwirtschaftliche und hauswirtschaftliche Arbeiten.

Durch allgemeine Durchführungsbestimmungen können gewisse dauernde Ausnahmen genehmigt werden. So kann die Höchst-arbeitszeit auf 54 Stunden pro Woche und 144 Stunden für einen Zeitraum von drei aufeinanderfolgenden Wochen erhöht werden, wenn es sich um ununterbrochene Arbeiten handelt, die von verschiedenen Schichten ausgeführt werden.

Die Bestimmungen der Tarifverträge vervollständigen die Bestimmungen des Gesetzes nicht nur in Bezug auf die Verteilung der Arbeitsstunden, sondern auch in bezug auf die Begrenzung und Bezahlung der Ueberstunden. Bekanntlich ist in den Niederlanden das System der Tarifverträge sehr entwickelt, vor allen Dingen seit 1918. Eine vom Zentralstatistischen Amt aufgestellte Statistik zeigt am 1. Januar 1922 insgesamt 702 Tarifverträge, welche 20 887 Betriebe mit 257 552 Arbeitern erfassen.

Wachung, Zimmerer! Heute nachmittags 5 Uhr Vertrauensmännerversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 1. Alle Vertrauensleute und Betriebsräte des Buch-, Beton- und Tischgewerbes müssen erscheinen. Tagesordnung: 1. Fortleitung des Vertrages des Rollwagen-Triane. 2. Bericht von den letzten Verhandlungen. Zentralverband der Zimmerer, Köhler, Berlin.

Wetter für Berlin und Umgegend. Gmraß wärmer, zunächst noch heiter, später zunehmende Bewölkung mit Regen.

Verantwortlich für Politik: Gustav Reuter; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kunstleben: Dr. John Schittowski; Soziales und Sonstiges: Erik Hartlieb; Anzeigen: H. Giese; sämtlich in Berlin. Verlag: Schmidt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formdruks-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 3, Bismarck-Platz.

Sophien-Säle Saal frei für Versammlungen
Veranstaltungsbüro: Koraen 9295 **Sophienstr. 17**

HEVITAN Vitamin-Nährpräparat
Prof. Dr. Reyher
Bewährt bei nervösen Störungen, Appetit- und Körpergewicht nehmen zu — Wachstumsfördernd bei Kindern und Säuglingen, bewährt bei Ernährungsstörungen derselben in Apotheken und Drogerien, sonst direkt von der
Sarotti-Akt.-Ges., Berlin-Tempelhof.

Herbst- u. Winterkleidung

Herren - Ueberg. - Ulster 20.-
m. Rückengurt u. Falte, hdb., graugemust. Stoffe

Herren - Winter - Ulster 24.-
moderne Form, grau mit angewebter Abseite

Herren - Winter - Ulster 36.-
gute Flauchstoffe

Herren - Winter - Ulster 45.-
elegante Muster u. Ausführung 77.- 55.-

Burschen-Anzüge in modernen Mustern... 22.50 **19⁵⁰**

Burschen-Ulster in grau u. braun, Fischgräten-Muster 31.25 **29⁵⁰**

Herren-Winter-Joppen mit warmem Futter 22.50 **14⁵⁰**

Herren-Loden-Mäntel gute Qual. 30.- **24⁰⁰**

Herren-Gummi-Mäntel
in großer Auswahl zu billigsten Preisen

Herren-Sakko-Anzüge 29⁵⁰
farbig

Herren-Sakko-Anzüge 35.-
dunkel und graugestreift

Herren-Sakko-Anzüge 48.-
farbige, gediegene Stoffe

Herren-Sakko Anzüge 60.-
elegante Fassung, gute Verarbeitung 70.-

KLEIDER-VERTRIEB G. M. B. H.
Kommandantenstr. 80/81 — Osten, Warschauer Str. 33 — Lichtenberg,
Frankf. Allee 52 — Neukölln, Berl. Str. 47/48 — Norden, Müllerstr. 151

Der Weg der Milch.

Vom Pächter zum Verbraucher.

Um zwei Uhr morgens, wenn die Bewohner Berlins noch tief schlafen (falls sie sich nicht gerade erst niedergelegt haben), arbeitet bereits das Riesenwerk der Lebensmittelversorgung. Wieviel Eisenbahnzüge mit Gemüse, wieviel Herden von Kindern werden täglich in der Großmarkthalle am Bahnhof Alexanderplatz ausgeladen? Zu den Dingen, die täglich für den Bauch von Berlin herbeigeschleppt werden, gehört auch die Milch, die hier auf die mannigfaltigste Weise zur Verarbeitung gelangt. Folgen wir ihr für einige Augenblicke auf dem Weg vom Bahnhof in die größte Meierei Berlins, die, in Alt-Moabit gelegen, einem modernen Fabrikbetrieb gleicht.

Der Milchstrom.

Wie arbeitet diese Meierei im Fabrikformat? Die großen Anlagen in Alt-Moabit sind ein wahres Wunder an Organisation. Ein Land, wo Milch fließt in Strömen. Bei 200 000 Liter Milch täglich kann man mit einigem Recht von einem Milchstrom reden. An dem großen Gebäude laufen zwei Rampen entlang: eine äußere zur Anfuhr der rohen Milch, eine innere zur Verladung in die „weißen Wagen“. Zwischen diesem außen und innen wird die Milch bearbeitet. Autos und Wagen führen die Kannen der Bauern, Güter und Oeltonnen von den verschiedenen Bahnhöfen zu der äußeren Rampe. Der Inhalt der Kannen wird in große Behälter geschüttet, die mit einem engmaschigen Stahlgewir überspannt sind. Dies ist die erste primitive Reinigung von greifbaren Unreinlichkeiten. Aus diesen Behältern rinnt die Milch durch Röhren in große Sammelbecken, die im Keller sind. Mächtige Druckpumpen heben den Milchstrom in das erste Stockwerk, wo die eigentliche Entseimung, die Pasteurisierung, erfolgt. Eine große Halle mit mächtigen Retorten, die aussehen wie die Gasöfen in der Gasanstalt. Nur sind sie mit glasierten Ziegeln verkleidet. Ein Behälter fasst hier 30 000 Liter. Insgesamt können hier gleichzeitig 300 000 Liter untergebracht werden. Die Milch kommt zuerst in eine Zentrifugalmaschine, wo der letzte Schmutz herausgeschleudert wird. Eine Zentrifuge wird geöffnet: wir sehen am Rande des Reifels fingerdicken lehmigen Schlamm, die Beimengungen der rohen Milch.

Das Pasteurisieren.

Jetzt erst kommt die Milch in den „Pasteur“ genannten Kessel. Hier herrscht eine Temperatur von mehr als 60 Grad, eine Temperatur, die ausreicht, Tuberkelbazillen und andere schädliche Keime zu vernichten. Ein elektrisches Fernthermometer zeigt im Raum des Betriebsleiters an, ob die richtige Temperatur im „Pasteur“ eingehalten wird. Die Kurve dieser Temperatur wird selbsttätig aufgezeichnet, um jederzeit nachweisen zu können, daß luftgerecht pasteurisiert wurde. Die Milch wandert jetzt drei Stockwerke hoch, um von dort an der Außenwand langgestreckter Kühlröhren, in deren Innern eine Kältemischung fließt, sich in das Erdgeschoss hinunter zu bewegen. Wenn die Milch unten anlangt, hat sie eine Temperatur von 2 Grad. Im Erdgeschloß stehen die selbsttätigen Füller. Ein Hebeldruck — und genau 20 Liter strömen in die bereitgehaltenen Kannen. Auf kleinen Wägelchen rollen diese zur inneren Rampe, zu den „weißen Wagen“. In anderen Sälen: da werden Kannen automatisch gereinigt und Flaschen gefüllt, ohne daß ein Hand die Flasche zu berühren braucht auf dem Wege, den sie vom schmutzigen Zustand bis zur verkaufsfertigen Ausstattung zurückzulegen hat. Ja, das Datum von heute ist inzwischen irgendwo in dieser geheimnisvollen Maschine auf den Verschluss gestempelt worden. Es ist ein notwendiger Grundlag in diesem Betriebe, daß die Hände der Arbeiter mit der Milch nie in Berührung kommen. Es herrscht überall eine erschreckende Sauberkeit, die man dem Unternehmen nicht einmal als Tugend anrechnen kann — denn sie ist nichts wie eine selbstverständliche Voraussetzung.

Was gibt es da nicht noch alles zu sehen: In der Säuglingsmilchherzeugung wird die Erhitzung bis auf 86 Grad erhöht. Dies ist die äußerste Hygienegrenze, bei der die Milch noch nicht kocht. Da sehen wir die Joghurtmilchherzeugung, die Käsefabrik (hier duftet es recht gut), den Magermilchbetrieb im Anschluß an die Butterei und die Erzeugung aller Sorten von Sahne. Noch aus der Molkerei, der wasserartigen Flüssigkeit, die bei der Käsebereitung abfließt, wird Milchzucker erzeugt.

Am frühen Morgen.

Um 5 Uhr morgens verläßt der erste Wagen den Fabrikhof; um 7 Uhr ist der Hof leer und verlassen. Das dröhnende Klappern der Milchkannen hat aufgehört. Nur ein paar neue noch nicht in Betrieb genommene Automobile und einige Reservewagen stehen noch hier, und das „Benzinpfund“, ein Zugmotor für Lasten, raucht von überstandenen Strapazen. Die weißen Wagen und Autos, diese fliegenden Milchläden, eilen durch die ganze Stadt. An allen Ecken



warten die Kunden — die weißgeschürzten Köchinnen im Westen und die schlechtigärtneten Arbeiterfrauen im Osten — auf den Milchwagen, der seinen Unterschied macht zwischen Ost und West. Der Kutscher läßt das weiße Gewiss aus den Höhen an der Seite des Wagens in Kannen und Flaschen strömen; die mitfahrenden Jungen eilen inzwischen hinter die Häuser der Umgebung zu den ständigen Abnehmern. Dann geht die lustige Milchfahrt weiter. In den ersten Vormittagsstunden sind die äußersten Siedlungen am Rande der Stadt beliefert.

So geht es nun tagen, tagaus. Berlin ist unerfättlich, und wenn man beim Erleben dieses Betriebes einen Wunsch hat, so ist es der, daß der Verbrauch an Milch so gesteigert werden könnte, wie es der Wichtigkeit dieses Nahrungsmittels entspricht. Auch heute noch ist Milch für viele Großstädter ein Luxus, den sie sich nicht leisten können. Auch darin offenbart sich trotz des Angehens unserer wirtschaftlichen Verhältnisse.

Der tägliche Straßenbahnzusammenstoß.

Auch der Montag brachte einen nicht unglücklichen Straßenbahnzusammenstoß. So entgleitete gegen 10 1/2 Uhr vormittags in der Landsberger Allee, Ecke Petersburger Straße, der Seiwagen der in voller Fahrt befindlichen Linie 9 und legte sich über das Nebengleis. Unglücklicherweise war in demselben Augenblick aus der entgegengesetzten Richtung ebenfalls ein Straßenbahnwagen, der nun mit dem entgleitenden Anhänger zusammenstieß, wobei mehrere Fensterscheiben zertrümmert und sechs Fahrgäste mehr oder weniger erheblich verletzt wurden. Man schaffte sie nach der Rettungsstelle in der Warnemünder Straße, wo man ihnen Verbände anlegte.

Lange Abende.

Die Tage des herrlichen, heiteren Wetters sind vorüber, und die Sonne, die uns jetzt noch dann und wann lacht, leuchtet nicht lange. Früh wird es finster, und zwischen Feierabend und Schlafengehen bleiben ein paar leere Stunden. Auf dem Laubenland kann man sich in der Dunkelheit nicht mehr betätigen, und der Zeitvertreib der Bemittelten, Theater- und Konzertbesuch, hat keine Bedeutung für Arbeiterfamilien, weil ihnen für alle diese schönen Dinge das Geld fehlt.

Leider gibt es ja immer noch Menschen, die unter der Fron des Tages so schwer leiden, daß sie am Abend und nach endlich vollendeter Arbeit überhaupt keinen Sinn mehr haben für irgendwelche Zerstreuungen. Körper und Seele sind dermaßen abgelenkt und abgestumpft, daß sie nur Verlangen haben nach Ruhe, Ausruhen und Schlafen, um am nächsten Tag in aller Frühe wieder frisch zu sein zu neuer Schusterei. Glücklicherweise liegen jedoch nicht in allen Arbeiterfamilien die Verhältnisse so traurig und trostlos. Auch für Arbeiter kommt jetzt nach Feierabend, wenn die müden Hände ruhen, das Wetter und die Dunkelheit einen Aufenthalt im Freien nicht mehr zuläßt, eine gewisse Sehnsucht nach anregender Ueberwindung der Stunden bis zum Schlafengehen.

Die sorgenvollen Unterhaltungen, wie sie jetzt wohl vor Einbruch des Winters in Arbeiterfamilien geführt werden: wie wird es mit der Beschaffung der Winterkartoffeln werden, wie werden die Kohlenpreise sein, wie wird es möglich sein, warme Kleidung zu kaufen, alles das ist wahrlich nicht erheitlich und erheitend. Aber ein Mittel gibt es und eine Möglichkeit für Arbeiterfamilien, über die langen Abende mit Genuß und zugleich auch mit Vorteil für Herz und Gemüt hinwegzukommen. Dieses immer bewährte Hilfsmittel ist ein gutes Buch. Die Bibliothek der Partei in der Lindenstraße 3 (zweiter Hof 2 Treppen) bietet die Möglichkeit, sich gute Bücher zu verschaffen, und fast in jeder Familie wird es ein Mitglied geben, das aus dem Bibliotheksbuch vorlesen kann, so daß Mutter, die ja immer zu tun hat, zu ihrer Näh- oder Strickarbeit die allerbeste Unterhaltung hat. Schnell vergeht auf diese Weise die Zeit, rasch schlägt die Stunde zum Schlafengehen, und man freut sich, wenn man das Bett aufsucht, auf die Fortsetzung am nächsten Abend.

Um den § 218.

Der neue Prozeß gegen Apotheker Heiser.

In der weiteren Verhandlung gegen den Apotheker Paul Heiser und dessen Ehefrau ließ Landgerichtsdirektor Dr. Marquardt die Angeklagten sich eingehend über seine Handlungsweise äußern. Heiser mußte zugeben, daß er regelmäßig für seine Hilfeleistungen Geld empfangen habe. Es seien aber immer nur geringe Beträge gewesen, da es sich durchweg um Frauen von kleinen Leuten, Arbeitern, Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten gehandelt habe. Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden bestritt er jedoch, daß er, nachdem er aus der Haft entlassen worden sei, seine Tätigkeit fortgesetzt habe. Er lebe jetzt davon, daß seine Frau einen kleinen Parfümerieladen habe und von seiner Broschüre und dem Ertrag seiner Vorträge. Der Vorsitzende fragte den Angeklagten weiterhin, was er eigentlich zu erreichen gedachte, wenn er, um ein Gesetz zu besetzen, selbst strafbare Handlungen vornehme. Der Angeklagte erwiderte darauf, daß auf andere Weise die Sache nicht in Fluß kommen konnte. Es hätten genug Vereine auf diesem Gebiet gearbeitet, ohne etwas zu erreichen. Er habe nun einmal Sturm laufen und durch das Herausbeschwören eines großen Prozesses das Gemissen der Welt ermeden wollen. Mit Stolz verzeigte er, daß er durch keinen Prozeß erreicht habe, daß dem Reichstag wieder neue Anträge zugegangen seien. Der Staatsanwalt hält dem Angeklagten vor, daß er auf der Straße Zettel für das Schönheitsinstitut Autabor verteilt hätte, auf denen ein Storch mit einem Kind im Schnabel abgebildet sei. Der Angeklagte bestritt, diese Zettel auf der Straße verteilt zu haben. Das sei nur in seinen Vorstellungen gewesen. Schließlich bestritt der Angeklagte auch noch, daß er sich keinen Patientinnen in unzüchtlicher Weise genähert habe, während der Staatsanwalt ihm vorhält, daß das viele Zeuginnen bezeugt hätten und bekunden würden. Das bezeichnet Heiser als eine Verleumdung. Sehr energisch wendet er sich dann dagegen, daß er für geisteskrank gehalten werde. Es sei zwar richtig, daß

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.

Daher will ich schließen mit einem neunfachen Hoch auf den Herrscher, der ein Muster für alle Familienväter und Fürsten ist, dessen Herz bis in den ärmsten Winkel hin pocht, und dessen Name gesegnet wird in der Hütte wie auf dem Schloß. Der Volksherrscher Christian IX., er lebe hoch — hurra!

Der Festplatz hallte wider von neun donnernden Hurra-rufen.

Als es wieder still wurde, tönte halb ängstlich ein gellender Keirra von den Tannen herüber, dem ein vereinzelt Knabenhurra folgte.

Ein vernehmbarer Seufzer von Unwillen und Entsetzen durchzuckte die Versammlung, und es wurde so still, daß man deutlich das glucksende Lachen des dicken Mads hören konnte.

Der Bürgermeister bebte vor Zorn und verlor für eine Weile seine ganze repräsentative Würde. Jetzt ging es doch zu weit mit der Respektlosigkeit, jetzt hatte er als loyaler Unterthan die Pflicht, zuzupacken, selbst wenn seine ganze Popularität zum Teufel ging. Er gab dem Schutzmann Petersen und zwei Vertrauensmännern des konservativen Klubs einen Wink, und sie verschwanden im Dickicht, um die Verbrecher einzufangen.

Inzwischen sprach der Lehrer Schröder von dem bewährten Bauer und dem Frondienst, so daß den braven Bäuerinnen vor Mitleid mit ihren armen Stammväter das Wasser in die Augen trat. Doch jetzt sah der Bauer im königlichen Rate und helfe, Land und Reich zu lenken — und er sei selber ein kleiner Herrscher auf seinem eigenen Boden. Und das alles habe Dänemark der Verfassung, dem „Grundgesetz“, zu verdanken. Darum wolle er die Versammlung bitten, ein Hoch auf das Grundgesetz auszubringen, wobei man des allergnädigsten Schirmherrn der Verfassung, des Königs, gedenke, ohne den das Gesetz leerer Schall gewesen wäre. „Der Freiheitsbrief des dänischen Volkes, das Grundgesetz, es lebe hoch — hurra!“

Als die Hurraufe erstarben, diesmal ohne irgendeine Disharmonie, kam Schutzmann Petersen zurück und erklärte, er könne die Missetäter nicht finden.

Der Bürgermeister war enttäuscht. Er hatte berechnet, daß das Ereignis, wenn es in geeigneter Weise vorgebracht

wurde, ihn wohl eines kleinen Ordens würdig erscheinen ließ. Aber diese Aussicht schwand, wenn er die Schlingel nicht ausfindig machte und mit harter Hand zu Majestätsverbrechern stemmte.

Der Bericht des Schutzmanns stimmte denn auch nicht ganz mit der Wahrheit überein. Die drei Männer hatten nämlich zwei Knaben gefangen, die in dem Bewußtsein drohender Gefahr im Begriff waren, sich von den Bäumen hinabgleiten zu lassen. Doch bei einem in Eile ausgenommenen Verhör ergab es sich, daß die beiden Knaben nur in das Hoch mit eingestimmt hatten, das von dem eigenen Sohn des Bürgermeisters, Theodor, ausgebracht worden war. Der Schutzmann hielt es unter diesen Umständen für zweckdienlich, alle weiteren Nachforschungen einzustellen, indem er darauf baute, daß der Bürgermeister ihm für sein Verhalten Dank wissen werde.

Währenddessen sah man den Schneidermeister Frank in selbstbewußter Haltung auf die Rednertribüne zugehen. Er bewegte im Gang den Oberkörper in vornehmer Weise, sprach mit sich selbst und gestikuliert lebhaft. Dann stellte er sich abwartend unter der Rednertribüne auf und sah zu dem Bürgermeister empor; es war klar, daß er etwas sagen wollte.

Enttäuscht wandte sich der Bürgermeister von Petersen ab und nickte zustimmend zu Frank hinüber. Meister Frank hatte schon früher bei politischen Gelegenheiten Zeugnis abgelegt. Es machte einen guten Eindruck auf die Leute, einen von ihresgleichen unter den Vornehmen zu sehen, und dem Schneidermeister gedachte es gewöhnlich nicht an Worten.

Bei solchen Gelegenheiten harrte er hernach immer aus, bekam etwas Gutes zu trinken und diente zur Unterhaltung. Und Frank war nicht der Mann, der am Tage nach einem politischen Gelage darauf pochte, daß er mit Schultzeiß und Apotheker Bruderschaft getrunken hatte.

Würdig spazierte Frank auf die Rednertribüne, seinen Gebroch um sich zuckelnd, so daß die Umrisse einer Flasche sichtbar wurden. Die Leute sicherten und flüsternten.

Frank sah halb perfide, halb ernst aus, lachte plötzlich übers ganze Gesicht und war dann wieder ernst. Er war bekannt als großer Spasvogel, wenn er etwas im Kopf hatte, und die Leute warteten gespannt. Er artikuliert einige Male, doch ohne einen Laut hervorzubringen.

Wie immer bei solchen Gelegenheiten begann er, von der Liebe des Königs zum Volke und der Liebe des Volkes zum Könige zu reden, von dem König, der für alle Sorge, und

der Pflicht aller, dankbar gegenüber dem König zu sein und ihn gleich hinter Gott zu setzen. Es war eine etwas plumpe, aber gutgemeinte Aufwärmung der vorübergehenden Reden, die nicht die verbrecherische Absicht hatte, das Volk für den Absolutismus aufzuwiegeln, sondern nur darauf hinauslief, Frank selbst einen vernünftigen Abend zu schaffen.

Doch plötzlich stockte er, starrte über die Zuhörer hin und ließ den Blick unverwandt auf einer Gruppe kleiner Tannen verweilen. Dann streckte er hinüberweisend den Arm aus und rief:

„Da unten in den kleinen Tannen liegen zweiundzwanzig reine Jungfrauen und ein Schutzmann an jedem Ende.“

Die Versammlung brach in Lachen aus, doch Frank fuhr fort, beschwörend hinüber zu zeigen.

Dann kehrte er zu seiner Rede zurück, und man lauschte. Er machte einige abweisende Bewegungen vor seinem Gesicht und wandte sich zu einer Schar Bäuerinnen:

„Es ist Brei in der Luft, wider Wasserbrei. Rühr im Topf, Mutter, es kocht über!“

Man wandt sich vor Lachen.

„Bringt ihn herunter!“ kommandierte der Bürgermeister. „Der Mann hat ja das Delirium.“ Frank ließ sich bereitwillig forschaffen, von einem Schwarm von Neugierigen eskortiert, die sich über sein Gefasel freuten. Sein Mund stand keinen Augenblick still. Drüben auf der Grenzmark ließ der Schutzmann ihn los und befahl ihm brav nach Hause zu gehen.

Auf dem Festplatz begannen die Leute sich zu rühren. Sie sehnten sich nach einer kleinen Herzstärkung nach allen den ersten Dingen und machten ein paar Schritten nach dem dicken Mads hin. Als jedoch ein alter gichtkranker Schiffer auf die Rednertribüne hinkte, um die Redner zu interpellieren, lehrten sie auf ihre Plätze zurück.

„Sehen Sie, ich hab nie viel auf das Grundgesetz gegeben, das besagt, daß alle gleich sein und regieren und am Ruder stehn sollen. Und dann alle die Bauern im Rate des Königs! Ich habe immer die Ansicht gehabt, daß einer das Kommando auf einem Schiff führen soll, und daß die anderen das Maul halten und gehorchen sollen. Und wenn sie das nicht wollen, so sollen sie wegen Meuterei an Bord bestraft werden. Sehen Sie, so bin ich selber gefahren, und ich möchte wünschen, daß der König alle Reichstagsabgeordneten von der Kommando- brücke verjagte und selbst die Schute lenkte.“

(Fortsetzung folgt.)

sein Vater und seine Geschwister an Paralyse gestorben seien, er selbst aber sei vollkommen geistesklar und er lasse sich seine große Wision dadurch nicht herabwürdigen, daß man Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit erhebe. Es wurden dann die Frauen und Mädchen aufgerufen, die von Heiler in Behandlung genommen worden waren und die in erschütterlicher Verlegenheit über die Vorgänge berichten mußten. Wegen einer Reihe der Zeuginnen schwebt noch selbst ein Strafverfahren.

Berlin SO. bei Nacht.

Die abendlichen und nächtlichen Sicherheitsverhältnisse im inneren Südosten scheinen allmählich, begünstigt von der vollkommenen unzureichenden Beleuchtung, Formen anzunehmen, die einer Reichshauptstadt unwürdig sind. Es geht uns folgender Notzettel zu, den wir unverändert bringen:

„Eine immer größere Unsicherheit macht sich in den Straßen des Südostens bemerkbar. Es vergeht kaum eine Nacht, in der nicht irgend jemand vom Leben zum Tode befördert wird. Belästigungen von Passanten sind an der Nachtordnung. Für die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag waren zu verzeichnen: In der Grünauer Straße ein Notwehrakt, Resultat ein Toter. In der Wiener Straße eine Messerschere zwischen Jugendlichen, Resultat zwei Verletzte. Am tollsten ist es in der Büdlerstraße zugegangen. Dort wurde im Verlaufe eines Streites der hilfslosigste Friederich Julius durch einen Schuß in die rechte Kopfhälfte tödlich verletzt. Jedoch genügt dies dem Täter noch nicht, denn er schlug auf den im Sterben Liegenden noch ein und trat mit den Füßen nach ihm. Ein Passant, der gegen den Mordvorgang vorging, wurde mit der Schußwaffe bedroht. Der Verletzte erlag im Bethanienkrankenhaus noch in der Nacht seinen Verletzungen. Vermieden hätte diese Schicksale werden können, wenn auf die Alarmposten des Wächters Schuppel eingetroffen wäre.“

Dafür, daß dies hier von privater Seite geschilderte Zustände der Wirklichkeit entsprechen und daß die geäußerten Bedenken vollkommen zutreffen, liefert der folgende Bericht über ein geradezu entsetzliches Vorkommnis den Beweis: Die Gegend der Schillingstraße und das Engländer in der Nähe des Gärtnicher Bahnhofs ist der Treffpunkt von jugendlichen Bagabunden männlichen und weiblichen Geschlechts geworden. In späten Abendstunden sitzen hier auf dem Gelände der Burschen, päbeln vorübergehende an, und nicht selten kommt es hier zu Schlägereien mit Passanten, in deren Verlauf diesen die Bristeln oder sonstige Verletzungen entwendet werden. Jetzt ist es gelungen, einen der Burschen zu fassen. Das erbeutete Geld wird dann meistens mit den „Freundinnen“ auf dem benachbarten Kummelplatz an den Mann gebracht. Am Freitagabend mußte ein Herr mit seiner Frau, die hochschwanger ist, die auf dem Gelände stehende Korbkarre passieren. Die Burschen machten über die Frau unflätige Bemerkungen, und als das Ehepaar sich schnellen Schrittes entfernen wollte, sprang einer der Vagabunden herunter und verfechtete der Frau einen Schlag vor den Leib, der so heftig war, daß die Frau auf der Stelle zusammenbrach. Passanten, die den Vorfall beobachteten, eilten hinzu und veruchten, der Robbin festzunehmen. Es entstand jetzt eine allgemeine Prügelei, bei der die Burschen von ihren Gemahnen Jutzug erhielten. Besonders drei junge Blümmler taten sich hervor. Es gelang ihnen, auf die Straßenbahnlinie 3 zu springen. Die aufgeregte Volksmenge versuchte, jetzt den Wagen der Straßenbahn zum Halten zu bringen. Der Führer wollte dies auch tun, doch forderte der Schaffner ihn immer wieder auf, weiter zu fahren. An der Ecke der Köpenicker und Halleserstraße gelang es endlich der verlassenen Menge, den Wagen anzuhalten und die drei Burschen herauszuholen. Diese griffen jetzt zu ihren Parabolrevolvern und versuchten auf diese Weise, der Bahnstation zu entgehen. Inzwischen waren Schupo-Beamten hinzugekommen und hatten zwei festgenommen. Der dritte der Burschen war zu Boden geschlagen worden und von der wütenden Menge derzeitig bedroht, daß die Polizeibeamten für seinen Tod fürchten, ihn befechten. Diesen günstigen Augenblick hatten aber die beiden anderen benützt, um zu entkommen. Die Kriminalpolizei ist ihnen auf der Spur. Der mit knapper Not der Bahnstation entgangene Korbkarre ist der 24 Jahre alte Keilner Walter Jahn, der sich wohnungslos in Berlin umhertreibt. Die geschlagene Frau liegt schwer krank da nieder.

Es scheint in der Tat, daß dieser Stadtbezirk abends und nachts ein ganz anderer polizeilicher Schutz gewährt wird als bisher und die Bevölkerung ist der Ansicht, daß das auch möglich ist, wenn man die Schupo-Beamten von aller überflüssigen militärischen Ausbildung endlich befreit und sie lediglich zu Schupo-Beamten ausbildet.

Die Angst des Herrn von Eyern . . . oder volksparteiliche Kommunalpolitik.

Im Rathaus befragt sich Herr von Eyern, der volksparteiliche Landtagsabgeordnete und Rätegänger, Staatssekretär für die Bürgerblödschier. Seinen Schmerz darüber, daß er im Landtag die große Koalition immer noch nicht hat torpedieren können, löst er im Rathaus gründlich aus. Wenn irgendwas wieder einmal unmögliche Situationen im Rathaus entstehen, kann man hundert gegen eins wetten, daß Herr von Eyern, getreulich unterstützt von dem Demokraten Werten, seine Finger im Spiel hat. Ramentlich seitdem die Vorkämpferwahl schief gegangen ist, kennt die Mut keine Grenzen. Alles, was diese Herren kommunalpolitisch vorzubringen haben, läßt sich in dem einen Wort zusammenfassen: sie haben Angst davor, daß es der Stadt zu gut gehen könnte, daß sie ihren wirtschaftlichen Einfluß im Interesse ihrer Bewohner ausdehnen möchte. In der Inflationszeit haben die Volksparteiler als typische kapitalistische Partei Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um der Stadt auch die Werke zu nehmen. Jetzt hat Herr von Eyern auf dem Berliner Parteitag der Deutschen Volkspartei sich auch zu den schwebenden Fragen der Berliner Kommunalpolitik geäußert. Nach einer zutreffenden Schilderung der augenblicklich günstigen finanziellen Lage der Stadt fährt er beschwörend fort:

„Es werde aber versucht werden, zu verhindern, daß Berlin diesen einmaligen Zustand verwende, um Luxusausgaben damit zu befreiten oder seine privatwirtschaftliche Tätigkeit auszudehnen. Niemand denke daran (1), die Monopolwerke Berlins, Gas, Wasser, Elektrizitätswerte — der Privatindustrie zu überantworten. (Die Trauben hängen halt zu hoch. D. Red.) Aber andererseits sei die jetzige (1) demokratische Regierungsform wohl kaum geeignet, um der Stadt in weiterer Umgebung Wirtschaftsgüter in die Hand zu geben, wodurch ein Einfluß ausgeübt werden könnte, der vielleicht nicht immer frei von politischer Einseitigkeit sei. Die große Mehrheit der Fraktion der Deutschen Volkspartei habe deshalb auch der Begründung einer Stadtbahn widerprochen (1), obwohl anerkannt werden müsse, daß eine solche für den Mittelstand nicht ohne Bedeutung sei. Man wolle sich aber grundsätzlich (1) auf den Standpunkt stellen, daß die Stadt nicht dazu da sei, den eigenen Bürgern Konkurrenz zu machen.“

Das ist der typische Standpunkt des Haus- und Grundbesitzers. Als solche der kleinen Krämer von Schilda. Nur keine kommunalen Unternehmungen! Dazu ist die Stadt da! Allerdings um Nachtwächter anzustellen, Straßenlaternen zu beleuchten und zu verhindern, daß der Spießer in seiner Ruhe gestört wird. Alles andere ist vom Uebel. Mit diesen Argumenten haben Wirtschaftsparteiler und andere geistig Berwardte der Deutschen Volkspartei stets jeden Fortschritt auf kommunalpolitischem Gebiet zu verhindern gesucht. Jetzt, im Zeichen des allgemeinen Wahlrechts

und steigenden Einflusses der Bevölkerung auf die Gemeindeverwaltung, haben sie vor nichts so sehr Angst als vor Leistungen der Gemeinde. Es wird ihnen nichts nützen! Der Gedanke der Gemeindegewalt wird sich doch durchsetzen.

Billigere Tarife.

Strom 16, Wasser 17, Gas 16 Pfennig.

Der Aufsichtsrat der Berliner städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke U. G. hat gestern nach eingehender Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Werke eine durchgreifende Herabsetzung der Preise bei allen Werken beschlossen. Der Strompreis wird unter Beibehaltung der Grundgebühr von 18 Pf. auf 16 Pf. für die Kilowattstunde ermäßigt. Der Wasserpreis wird von 19 auf 17 Pf. herabgesetzt. Bei den Gaswerken wurde die Gebühr von 19 auf 16 Pf. ermäßigt und gleichzeitig Konsumenten mit erheblichem Verbrauch ein besonderer Rabatt zugebilligt. Ferner wurde beschlossen, eine nach Größe des Gasmessers gestaffelte Miete zu erheben, ähnlich, wie sie vor der Inflationszeit bestanden hat. Die durch die Herabsetzung der gesamten Werttarife der Bevölkerung erwachsene Ersparnis wird auf mindestens 8 Millionen Mark pro Jahr veranschlagt.

Unbequemes Eingeständnis.

Schon vor längerer Zeit haben wir als erstes Berliner Blatt eingehende Mitteilungen über die bevorstehende Tarifherabsetzung der Berliner kommunalen Werke gemacht. Allmählich sind diese Tatsachen schließlich auch bis zu den Redaktionen der bürgerlichen Blätter durchgedrungen. Wohl oder übel müssen sie ihren Lesern jetzt von diesen Dingen Mitteilungen machen, trotzdem das sehr schlecht zu der mit Eifer und Ausdauer, wenn auch ohne Erfolg gegen den Kommunalisierungsgedanken betriebenen Heße geht. Heute reiben wir uns erkundet die Augen, wenn wir ausgerechnet in der „Deutschen Zeitung“, deren kommunale Redaktion sich durch ungewöhnliche „Kenntnisse“ auszeichnet, folgendes „Eingeständnis“ finden:

„Zu der bevorstehenden Ermäßigung der Wasserpreise schreibt uns ein Beter: Vor einigen Tagen haben Sie berichtet, daß die Werttarife der Berliner Wasser- und Industriewerke ermäßigt werden sollten, was selbstverständlich begrüßt werden würde. Eigentümlich muß man es aber doch empfinden, wenn die kommunalisierten Betriebe zuerst mit dem Preisabbau beginnen. Im Gegenzug dazu muß man sich doch wundern, daß private Wirtschaftsbetriebe ihre Tarife, insbesondere die Charlottenburger Wasserwerke, bereits schon vor einiger Zeit erhöht haben. Z. B. zahlte wir hier in Neutölln bis Monats April pro Kubikmeter 0,21 M. Seit dieser Zeit ist der Tarif erhöht, und zwar bis 33 Kubikmeter — je 36 Goldpfennig, bis 100 Kubikmeter — je 21 Goldpfennig, über 100 Kubikmeter — 16 Goldpfennig, so daß wir uns doch früher bei Berechnung mit 21 Goldpfennig pro Kubikmeter weit besser gestanden haben. Ich habe z. B. in meinem Hause 114 Kubikmeter Wasser verbraucht und muß jetzt dafür laut Rechnung 28,19 M. zahlen, während es bei 21 Goldpfennig pro Kubikmeter nur 23,94 M. macht. Es wäre doch endlich am Platze, daß auch die privaten Wirtschaftsbetriebe ihre Preise endlich abbauen wollen, zumal die vom Magistrat bewilligten Zuschläge bei weitem nicht ausreichen.“

Die „Deutsche Zeitung“ hat, wenn sie überhaupt über kommunale Vorgänge Groß-Berlins etwas berichtet, Reumutigkeit ihres losbaren Papiers dazu verwandt auf die Sozialdemokratie zu schimpfen, weil sie mit Zähnen und Klauen das städtische Eigentum an diesen wichtigen Werken verteidigt hat zu einer Zeit, wo zu dieser Verteidigung Einsicht und auch Mut gegen über der allgemeinen Verheerung gehörte. Es geht eben mit diesen Dingen, für die die Sozialdemokratie zu einer noch ungenügenden Zeit eingetreten ist, genau so wie mit dem Kampf um Groß-Berlin. Allmählich bearbeitet auch der Dämmis: daß die sozialdemokratische Kommunalpolitik die richtige gewesen ist.

„Bankier“ Willi Bruh verhaftet.

Vor einigen Wochen wurde der Zusammenbruch des böllischen Bankhauses Willi Bruh, dessen Hauptgeschäft in der Brandenburgischen Straße in Wilmerdorff liegt, gemeldet. Der Zusammenbruch dieses Bankhauses, das von böllischen und nationalistischen Parteien und Verbänden protegert wurde und dessen Leiter der erst 25 Jahre alte Willi Bruh war, erregte großes Aufsehen. Bieviel Kapital verloren gegangen ist, steht bis jetzt auch noch nicht fest. Bruh hatte sich sofort wegen angeblicher Geisteskrankheit in ein Sanatorium nach Sautwig zurückgezogen. Dort ist er gestern verhaftet und sofort dem Untersuchungsrichter zugeführt worden.

Der 23. Weltfriedenskongress in Berlin.

Vom 2. bis 8. Oktober findet in Berlin der vom Internationalen Vorstand der Friedensgesellschaften einberufene 23. Weltfriedenskongress statt. Die öffentlichen Verhandlungen beginnen am Sonntag, den 5. Oktober, mit einer Gedenkfeier für die Toten der letzten zehn Jahre, die im Dienortungsfoale des Reichstages abgehalten wird und zu der Ferdinand Buisson-Paris, Mrs. Pethick-Lawrence, London und Paul Löbe-Berlin das Wort nehmen. Die Hauptthemen des Kongresses sind erstens die internationale Abrüstung, zu der der deutsche Völkerrechtler Dr. Hans Wehberg, der fran-

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 30. September.
Tageseinteilung. 10 Uhr vorm.: Bericht über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. 10.15 Uhr vorm.: Erste Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. 11.35 Uhr vorm.: Funkbörse (Die Notierungen der Berliner und Hamburger Produktionsbörse). 12.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Vorbörsen (nur Montag bis Freitag). 12.55 Uhr nachm.: Uebermittlung des Zeitzeichens. 1.05 Uhr nachm.: Zweite Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Wetterdienst. 2.15 Uhr nachm.: Kurzer Tendenzbericht der Berliner Börse (nur Montag bis Freitag). 3 Uhr nachm.: Funkbörse (Die amtlichen Notierungen der Berliner und Hamburger Produktions- und Viehbörse; amtliche Divisen). 4 Uhr nachm.: Funkbörse (Getreide eif. Hamburg; Berliner Kolonialwaren-Großhandelspreise).
4.30—6.25 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle).
1. An dich, Serenade, Czibulka, 2. Ouvertüre an der Oper „Zampa“, Herold. 3. O schöner Mai, Walzer, Joh. Strauß. 4. Träume, R. Wagner. 5. Fantasie aus der Oper „Hoffmanns Erzählungen“, Offenbach. 6. Hochzeitsständchen, Klöse. 7. Extravaganzen, Potpourri, Morena. 8. Lotosblumen, Walzer, Ohlsen. 9. Schade, Schatz, daß die Zeit so schnell vorbei war, Marsch aus der Operette „Die Frau ohne Kul“, Kollo. Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“. 6.30 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Röthemann: „Fünf Jahre Technische Nothilfe“ (anlässlich des fünften Jahrestages der Technischen Nothilfe). 7.45 Uhr abends: Vortragsreihe: „Der Naturschutz und seine Ausübung“. 3. Vortrag: Herr Dr. Hermann Helfer, Herausgeber der Zeitschrift „Naturschutz“; Ueber Naturdenkmäler und Naturschutzgebiete. 8.30—10 Uhr abends: Orchesterabend. Dirigent: Otto Uraek, früher Kapellmeister an der Berliner Staatsoper. 1. Ouvertüre „Floto Bursche“, Fr. v. Suppé. 2. Sylvis-Suite, L. Delibes, a) Prélude, b) Intermezzo et Pescapoleto (Vals lente), c) Piccino, d) Cortège de Bachus. 3. Intermezzo (III. Akt) aus der Oper „Carmen“, Bizet. 4. Suite II aus „Peer Gynt“, Grieg, a) Ingrid's Klage, b) Arabischer Tanz, c) Heimkehr, d) Solvöge Lied. 5. Fantasie aus der Oper „Aida“, Verdi. 6. Fantasie aus der Oper „Butterfly“, Puccini. Das Orchester besteht aus Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theatervor-

schiffe General Verray-Paris als Referenten und die deutschen Generale von Deimling und Freiherr von Schönau in der Debatte sprechen werden. Das zweite Hauptthema ist „Pan-Europa und Völkerbund“, zu dem der Begründer der Pan-Europa-Idee, Dr. Graf Coudenhove-Kalergi, selbst referiert, außerdem vom Standpunkt der speziellen Völkerbundarbeit aus der Abgeordnete Léon Blum-Paris und Professor Schücking-Berlin. Die Plenarsitzungen des Kongresses finden in Sitzungsfoale des Reichswirtschaftsrates statt. Es sind für den Kongress eine große Zahl von Delegationen aus allen Ländern angemeldet.

„Ich kenne die Person gar nicht!“ Das Schicksal einer Verführten.

Der eigentliche Angeklagte und Verurteilte war in einem Meinungsprozess, der vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen eine Frau Z. zur Verhandlung gelangte, der Mann, der die Anklage durch eine anonyme Anzeige ins Rollen gebracht hatte. Das Schicksal der Angeklagten erregte allgemeine Teilnahme und menschliches Mitleid.

Frau Z. hatte in Hamburg, wo sie verheiratet war, den Postinspektor Meyer kennen gelernt, der es verstand, sie so für sich zu gewinnen, daß sie sich mit ihm in nähere Beziehungen einließ, nachdem ihre eigene Ehe gescheitert war. Auch Meyer war verheiratet und lag in Scheidung. Später zog das Liebespaar nach Berlin und lebte hier zusammen, bis Meyer des Verhältnisses überdrüssig wurde und die Absicht begab, sich reich zu verheiraten. Frau Z. erfuhr, daß er sich verlobt hatte, und suchte die Braut auf. Hier traf sie auch ihren bisherigen Freund, der nun die Stirn halte, sie zu verleugnen und seiner Braut in Gegenwart der Z. zu erklären: „Ich kenne die Person gar nicht.“ Er ließ seine Geliebte durch keine zukünftige Schwiegermutter sogar aus der Wohnung werfen. Um nun das lästige Verhältnis loszuwerden, leitete er sich hin und erstattete eine anonyme Anzeige, monach Frau Z. in seinem Ehescheidungsprozess in Hamburg einen Meineid geleistet habe. Der Kriminalkommissar, der die Ermittlungen anstellte, war über das Verhalten des Meyer so empört, daß er die Akten der Postbehörde einlieferte. Wegen den Postinspektor schwebte schon ohnehin ein Disziplinarverfahren. Zur Rede gestellt, gestand er ohne weiteres ein, daß er die Anzeige selbst erstattet habe. Um allen weiteren Anfechtungen aus dem Wege zu gehen, verzichtete er auf Pension und Titel und schied aus dem Amte aus. In dem gefirgten Prozess war die Angeklagte geständig. Sanitätsrat Dr. Leppmann bezeichnete die Z. als eine Frau von großer Anständigkeit. Wenn man auch nicht von einem Heiratsverhältnis sprechen könne, so sei sie doch so stark von ihrem Geliebten abhängig gewesen, daß ihre Tat in außerordentlich mildem Lichte erscheinen müsse. Auch Staatsanwaltshofrat Haintr war der Meinung, daß der Angeklagten alle Milderungsgründe, die menschlich und gesetzlich vorhanden seien, zugebilligt werden müßten. Er beantragte 6 Monate Gefängnis und Bewährungsfrist. Das Gericht ging, entsprechend den Ausführungen des Verteidigers, noch unter dieses Strafmaß hinunter und erkannte auf 4½ Monate Gefängnis, für welche Strafe die Angeklagte Bewährungsfrist erhielt.

Schankeüberschuh oder Schankverlust.

Zu diesen Ausführungen wird uns von der Direktion des Café „Waterland“ eine Entgegnung übersandt, die wir aus Gründen der Loyalität im folgenden wiedergeben: „Kellner und Japfer haben in unseren Betrieben, bei Strafe sofortiger Entlassung, strengste Instruktion, die Biergläser voll gefüllt dem Publikum vorzusetzen. Das Publikum wird stets darauf hingewiesen, sich bei untermen Aufsichtspersonal zu beschweren, wenn die Gläser nicht voll sind. Die schnelle Abwicklung des Betriebes bringt es aber doch mit sich, daß manche Gläser dem Publikum nicht vollständig gefüllt werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß bei dem hektischen Bier 1½ bis 2 Liter übrig bleiben. An diesem Ueberschuh dürfen Japfer und Kellner natürlich keinen Anteil haben, denn das wäre ein Anreiz, nach Möglichkeit für ihre Taschen zu wirtschaften. Die beiden Jäger verließen 8 bis 10 Liter pro Hektoliter für sich zu vermerken und sind daher sofort entlassen worden. Der Japfer fand sich mit seiner sofortigen Entlassung ab. Der Kellner klagte in Höhe von 385 M. Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Gewerbegerichts hatte sich der Beklagte freiwillig bereit erklärt, 50 M. Abfindung zu zahlen, worauf der Kläger seine Klage zurückzog.“

Raffensfleischvergiftungen.

Im Bereich des im Polizeiamt Mitte belegenden 8. Polizeireviers sind gestern etwa 10 Personen infolge Fleischvergiftung erkrankt und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Erkrankten hatten sämtlich Schabefleisch gegessen, das aus einer Schlächterei in der Oranienburger Straße stammt. Näheres werden die ärztlichen Untersuchungen ergeben.

Todesprung aus dem fünften Stockwerk.

Montag vormittag um 11 Uhr stürzte sich im Hause Goltzstr. 25 in Schöneberg die 44 Jahre alte Frau Wilhelmine K. aus dem 5. Stockwerk gelegenen Kurfürstentier auf den gepflasterten Hof herab. Sie blieb mit zerstückelten Gliedern tot liegen. Das Motiv zu der Tat bedarf noch der Aufklärung.

Der Besuch der eisenbahntechnischen Ausstellung in Seddin bei Berlin hat in der letzten Woche dauernd zugenommen und betrug am Ende etwa 30 000 Besucher. Am letzten Sonntag waren es allein 85 000 Personen, die die Eisenbahn nach Seddin besichtigt hatte. In diesen Tagen fahren mehrere Diesellokomotiven, am nächsten Mittwoch werden voraussichtlich wieder die Turbomaschinen fahren.

Die Vereinigten Staaten von Europa und der Welt lautet das Thema einer öffentlichen Kundgebung im ehemaligen Herrenhause, Reppinger Str. 3 in Berlin, mit der die Internationale Gesellschaftung ihren Höhepunkt erreichen wird. Hauptredner ist der römische Professor Dreikano, der deutsch spricht. Von deutscher Seite reden: Dr. B. Fabian, Barrer Franke, Senatspräsident Argenmuth, Hellmut von Gerlach, Dr. H. Hergmann, R. H. H. Tom Wall, Prof. V. Duhde, Prof. Paul Dehrens, Hans Schwann, Ludia Eißner, W. D. A. Ströbel. Programm und Karten durch die „Berliner“, Berlin, Magdeburger Str. 7.

Prof. Victor Baisch-Paris trifft anlässlich des 23. Weltfriedenskongresses mit zahlreichen anderen Franzosen in Berlin ein. Er wird mit Hellmut von Gerlach am Mittwoch, den 1. Oktober, abends 9½, im ehemaligen Herrenhause (Reppinger Str.) sprechen über: Die europäische Lage und die deutsch-französische Verständigung. Karten (2 M.) im Bureau der Deutschen Liga für Menschenrechte, Wilhelmstraße 48 III.

Im Völkerischen Museum in Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 6—8, hält Kultus Dr. C. Ulrich Vorträge über „Ereignisse und Wirt.“ bis um 6½ Uhr abends; am Mittwoch, den 1. Oktober, über „Näherliegende, Norddeutsche, Eintritt ist 50 Pf. Ausst. über Bilge wird vorher täglich 9—1 Uhr (außer 4. Oktober) erteilt.“

Norwegische Jochisten sprengen ein Wasserwerk! Aus Kristiania wird gemeldet, daß auf die Wasserwerke von Aker ein Dynamitattentat verübt worden ist, wodurch die Hauptwasserleitung gesprengt und die Wasserversorgung für 60 000 Einwohner der Stadt lahmgelegt wurde. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß das Attentat das Werk eines schicksalhaften Provokateurs war, der die freitrenden Kommunalarbeiter Aker zu unbesonnenen Sabotageakten zu verleiten versuchte.

Schnelligkeitsrekord des „Cap Polonio“. Der Sonnabend in Rio de Janeiro eingetroffene Dampfer „Cap Polonio“ der Hamburg-Südamerica-Dampfschiffahrtsgesellschaft hat mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 18,13 Seemeilen die Strecke von Lissabon bis Rio de Janeiro in 6 Tagen 17 Stunden zurückgelegt und damit einen Schnelligkeitsrekord aufgestellt.

Wirtschaft

Die Selbstkosten des Eisenbahnbetriebes.

Der letzte Tag der eisenbahntechnischen Verhandlungen brachte neben r. in technischen Berichten über das Rangierwesen und Personenbahnhöfe auch ein Referat über die Selbstkosten des Eisenbahnbetriebes und die Maßnahmen zur Hebung des Wirkungsgrades. Die Notwendigkeit zum Sparen hat sich auch bei der Eisenbahn in sehr harter Weise bemerkbar gemacht. Mehr als ein Viertel der Eisenbahner wurde in der letzten Zeit abgebaut, ihre Zahl von einer Million auf 709 000 vermindert. Daneben wurden Maßnahmen getroffen, die auf eine starke Drosselung des bisherigen Verkehrs abzielen und die in bezug auf das gesamte Wirtschaftsleben nur zu bedauern waren.

In allen Ländern sind die Selbstkosten der Eisenbahnverwaltungen gestiegen. Gegenüber dem Stand von 1913 haben sie sich in England auf 230 Proz., in Dänemark auf 220, in der Schweiz auf 241 und bei der französischen Südbahn auf 207 Proz. erhöht. Bei der Reichseisenbahn sind die Selbstkosten für die Betriebsleistungen heute etwa doppelt so hoch wie früher. Der Vortragende, Ministerialrat Dr. Ing. Tecklenburg, führte diese Tatsache auf die Steigerung der Hinterbliebenenbezüge und die Mehrausgaben für soziale Fürsorge sowie auf die Steigerung der tatsächlichen Ausgaben zurück. Die Reichseisenbahn hat versucht, den Wirkungsgrad ihres Betriebes dadurch zu erhöhen, daß sie bestrebt war, die Betriebsleistungen so billig wie möglich herzustellen und sie so günstig wie nur irgend denkbar für den allgemeinen Verkehr auszunutzen. Für die Betriebsleistungen sind zunächst ausschlaggebend die Kosten für Zugförderung, Zugbildung und die Bereitstellung der Fahrzeuge. Zwischen diesen drei Faktoren muß ein Ausgleich angestrebt werden. Ferner müssen die Gesehungs-kosten für die eigentlichen Verkehrsleistungen, die Personen- und Tonnenkilometer niedrig gehalten werden. Die regelmäßigen Aufstellungen der Selbstkostenberechnungen, die die deutsche Eisenbahn jetzt durchführt, geht von der Betriebsleistung aus. Es hat sich dabei ergeben, daß beim Personenverkehr die Selbstkosten für die Betriebsleistungen um 24 Proz. gestiegen sind. Diese Ausgabenerhöhung konnte nicht durch Fahrpreiserhöhungen ausgeglichen werden. Die wirtschaftlichen Untersuchungen haben aber jetzt schon dazu geführt, daß die Ausnutzung der Betriebsmittel des Personenverkehrs, die früher 24,9 Proz. betrug, jetzt auf 37,7 Proz. gestiegen ist. Damit deckt der Personenverkehr endlich seine Selbstkosten, nachdem er in der vergangenen Zeit schwere Verluste erlitten. Beim Güterverkehr ist die bessere Ausnutzung der Betriebsleistungen durch die Erhöhung der Tragfähigkeit der Güterwagen, über die vor kurzem im „Vorwärts“ berichtet wurde, so wie auf tarifliche und betriebliche Maßnahmen zurückzuführen. Von bestimmendem Einfluß für die Wirtschaftlichkeit des Güterbetriebes ist der Weg, den die Sendungen zurückzulegen haben. Die Ruhebefehle forderte große Umstellungen. Dadurch wurde die

durchschnittliche Nutzlast je Wache auf 2,70 Tonnen herabgemindert, während sie früher 4,13 Tonnen betragen hatte.

Die eisenbahntechnische Tagung, auf der das gesamte Betriebswesen der Eisenbahn, sowohl vom technischen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt behandelt wurde, hat mit dem gestrigen Tage ihren Abschluß erreicht. Sie hat zum erstenmal der Öffentlichkeit einen Einblick in die Probleme gegeben, die hier zu lösen sind. Sie hat auch gezeigt, daß die Eisenbahnverwaltung bemüht ist, neue Wege zur wirtschaftlichen Ausnutzung aller ihrer Betriebsmittel zu beschreiten. Die Forderung, mit möglichst geringem Kraftaufwand zu den größten Leistungen zu kommen, hat eine Berücksichtigung gefunden, wie sie uns bei einem Unternehmen, das auf gemeinschaftlicher Grundlage aufgebaut ist, nur sympathisch sein kann. Wirtschaftliche Betriebsführung gemeinwirtschaftlicher Betriebe und die daraus sich ergebende starke Werbekraft für diese Betriebsform ist gerade vom sozialistischen Standpunkt aus besonders zu begrüßen.

Substanzvermehrung.

Das weite Zweige der Industrie während des Krieges und in der Inflation, also in der Zeit der größten Not des deutschen Volkes, ihr in Produktionsmitteln angelegtes Kapital wesentlich vermehren konnten, wird von einem Teil der Unternehmer immer noch bestritten. Die Goldmarkbilanzen industrieller Unternehmen, die jetzt nach und nach herauskommen, geben über den Stand der Dinge kein klares Bild, da sie oft recht willkürlich die Vermögenswerte erfassen. Trotzdem lassen sich jetzt wieder zwei neue Beispiele dafür vor, daß Großbetriebe in der Goldmarkbilanz die Substanzvermehrung zugeben.

So beschloß der Aufsichtsrat der Ludwig Loewe u. Co. Aktiengesellschaft, der Generalversammlung einen Antrag vorzulegen, das Aktienkapital von 30 Millionen Papiermark auf 15 Millionen Goldmark umzustellen. Vor dem Kriege betrug das Aktienkapital der Gesellschaft 7 1/2 Millionen Goldmark. Es wurde während des Krieges um 2,5 Millionen erhöht; die übrigen 20 Millionen Aktienkapital wurden 1919 bzw. 1921 geschaffen, zu einer Zeit, wo die Kapitalerhöhungen mehr den Sinn hatten, den Aktionären Bezugsrechte zuzuwenden, als den, neue Mittel dem Betrieb zu erschließen. Der Bestand an Sachvermögen ist also jetzt doppelt so hoch wie vor dem Kriege.

Die G. Lorenz- u. G. Telephon- und Telegraphenwerke in Berlin-Tempelhof hat während des Krieges und später noch mehr profitiert. Vor dem Kriege hatte sie 1,4 Millionen Goldmark Aktienkapital. Nach der Umstellung wird sie 6 Millionen Goldmark Aktienkapital haben. Das Kapital hat sich also mehr als verdreifacht.

So erfährt man allmählich, wo die den Rentnern und den Festbesoldeten mit Hilfe der Notenpresse entzogene Kaufkraft und das flüssige Betriebskapital der Unternehmen geblieben ist. Zu einem großen Teil hat es die Industrie an sich gezogen und in langfristige Anlagen verwandelt, die jetzt den Aktionären hohe Renten abwerfen sollen.

Die künftige Gestaltung der Umsatzsteuer.

Der Reichsminister der Finanzen hat in einer Denkschrift, die dem Reichstag, dem Reichsrat und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, zu den Problemen der Umsatzsteuer Stellung genommen. Die Denkschrift gibt einen Überblick über den Gang der bisherigen deutschen Umsatzsteuergesetzgebung seit 1916. Das deutsche System ist auf dem Grundsatz der Besteuerung jedes Umsatzes aufgebaut. Daneben stehen als Abänderungsvorschläge die Systeme der Fabrikats- oder Produktionssteuer, der in Österreich eingeführten Whafenpauschalierung, der Kleinhandelssteuer und der sogenannten Siemensschen veredelten Umsatzsteuer. Die Denkschrift bespricht diese Systeme und wägt die Vorteile und Nachteile ab, die sie im Verhältnis zueinander und zu dem deutschen System haben. Sie erörtert weiter die Frage, wie innerhalb des deutschen Systems dessen besonders nachdrücklich gefühlte Mängel, nämlich die teilweise Bevorzugung der Einfuhr und die Befreiung der Ausfuhr beseitigt oder gemildert werden könnten. Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß jedenfalls eine völlige Umstellung des geltenden Systems den besonderen Verhältnissen der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden könne und mit Rücksicht auf die starke Bedeutung des Umsatzsteueraufkommens für die deutschen Finanzen nicht erträglich sei. Die volkswirtschaftlich schädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer könnten vollständig nur durch eine allmähliche Senkung des Umsatzsteuersatzes behoben werden. Die Frage, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt diese übrigens bereits durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. September 1924 begonnene Senkung fortgesetzt werden könne, hänge eng mit der anderweitigen Deckung des Finanzbedarfs zusammen.

Diese amtliche Stellungnahme zum Umsatzsteuergesetz ist im Hinblick auf die vielen Abänderungsvorschläge, die in letzter Zeit erfolgt sind, von besonderem Interesse. Das Reichsfinanzministerium gibt die produktionschädlichen Wirkungen der Umsatzsteuer rundweg zu, erklärt jedoch, daß andere Systeme die Lage für die Wirtschaft nicht weniger nachteilig sind. Als Konsequenz bleibt in der Tat nur der Abbau und die Beseitigung der Umsatzsteuer.

Allerdings erscheint die Beseitigung der Umsatzsteuer noch in weite Ferne gerückt. Das Reichsfinanzministerium wehrt sich bekanntlich mit Händen und Füßen gegen eine Ausgestaltung der Besitzsteuern, insbesondere der Erbschaftsteuer, die vielleicht in absehbarer Zeit einmal den Einnahmeausfall bei Beseitigung der Umsatzsteuer weitmachen könnte. Auf der anderen Seite wird es von verschiedenen Interessentengruppen, so jetzt besonders von den Börseninteressenten, mit Resolutionen bombardiert, die den Abbau der auf ihnen ruhenden Steuern bezwecken. Es wird also darauf ankommen, neue, die Produktion und den Verbrauch weniger belastende Steuerquellen zu erschließen, um den Abbau der Umsatzsteuer zu beschleunigen.

Deutsch-italienische Handelsvertragsverhandlungen. Die italienische Regierung ist an die Reichsregierung mit dem Ersuchen um Abschluß eines Handelsvertrages herantreten.

ZUM QUARTAL

In allen Abteilungen

Nur soweit Vorrat!

Spezialangebote von unerreichter Preiswürdigkeit!

Mengenabgabe vorbehalten!

Damenkonfektion

- Hausblusen** guter Velour, helle und dunkle Muster, in allen Größen Stück 4.75 **3.90**
- Flanellblusen** reine Wolle, moderne Streifen Stück 11.50 **9.75**
- Kunstseid. Jumper** in vielen Farben Stück 6.50 **4.75**
- Schottenkleid** jugendliche Form Stück 1.50 **4.95**
- Kunstseid. Kleider** in verschied. Macharten Stück 12.75 **9.50**
- Gabardine-Kleider** mit Halb-Kragen, feine Form, Stück 19.75 **14.50**
- Sammet-Kleider** die große Mode, neueste Knopf-garnierung Stück 32.50 **22.50**
- Flausch-Mäntel** in solid. Qualitäten Stück 19.50, 14.50 **9.75**
- Vel. de laine-Mäntel** in mod. Farb. u. Formen, Stück 39.00 **29.00**

Kleider- u. Seidenstoffe

- Velour - Barchent** dunkle Muster Mtr. 1.25 **95 Pf.**
- Blusenflanell** verschiedene Streifen Mtr. 95 **75 Pf.**
- Welliné** für Morgenröcke, in allen Farben Mtr. **1.65**
- Schotten- oder Rockstreifen** 105 cm breit, aparte Dessins Mtr. **2.95**
- Blusenstoffe** gestreift, teils mit Kunstseide Mtr. 1.75 **1.25**
- Kostümstoffe** ca. 140 cm breit Mtr. 3.05 **2.95**
- Mantelstoffe** mollige Plauschware, uni u. gemust., Mtr. 6.50 **4.90**
- Mantelstoffe** Velour de laine, in vielen Farben Mtr. 11.50 **9.75**
- Crêpe de Chine** 100 cm breit, großes Farbensortiment Meter **6.90**
- Eolienne** Wolle mit Seide, 100 cm breit, in allen Farben Meter **7.50**
- Crêpe Marocain** 100 cm breit, eleg. Stoffe, Meter **3.90**
- Crêpe Marocain** bedruckt, entzückende Muster Meter **5.90**

Baumwollwaren

- Hemdentuch** 60 cm br., kräftige Ware Meter 0.76 **65 Pf.**
 - Renforcé** 60 cm breit, für Leibwäsche Meter 1.10 **85 Pf.**
 - Linon** 60 cm breit, Leinwandglänzende Ware Meter 1.10 **85 Pf.**
 - Linon** 130 cm breit Meter 1.95 **1.65**
 - Makotuch** 60 cm breit, für elegante Leibwäsche Meter 1.25 **95 Pf.**
 - Haustuch** für Laken, 140 cm breit Meter **1.95**
 - Bett satin** 60 cm breit Meter **1.45**
 - Bett satin** 130 cm breit Meter **2.45**
 - Hemd barchent** Meter 95 **85 Pf.**
- ### Wollwaren
- Blusenschoner** reine Wolle Stück **2.95**
 - Strandjacken** reine Wolle in allen Farben Stück 6.95 **4.95**
 - Sportwesten** f. Damen reine Wolle Stück 16.50, 12.50 **9.50**
 - Strickjacken** reine Wolle, einfarbig und gemustert, Stück 18.50 **14.50**

Damenwäsche

- Damen-Hemden** mit Stehkragen oder Langkragen Stück 1.95 **1.45**
 - Damen-Beinkleider** offen oder geschlossen, mit Hohlbaum oder Stehkragen Stück 3.25 **1.65**
 - Damen-Nachthemd** Schlafrockform mit Hohlbaum, Stück 4.75 **3.75**
 - Garnitur** Hemd und Beinkleid mit Stehkragen Stück 4.75 **3.95**
 - Herrenhemden** kräftige Qualität Stück 4.00 **3.90**
- ### Trikotagen
- Ein großer Posten Kinderschlüpfer** Gr. 30-45 Paar **55 Pf.** Gr. 50-60 Paar **75 Pf.**
 - Damenschlüpfer** in vielen Farben Paar 1.25 **95 Pf.**
 - Damenschlüpfer** mit angerauhtem Futter Paar **2.25**
 - Untertaillen** gestrickt, roh und geblickt Stück 2.05 **1.25**
 - Ein gr. Posten Normalhemden** mit doppelt. Brust in all. Größen, Stück **2.45**
 - Ein großer Posten Normalhosen** in allen Größen Paar **2.25**

Teppiche - Gardinen

- Etamine-Halbstores** mit Einlässen Stück 4.50 **2.95**
- Künstler-Garnitur** dreiteilig, aus gewebtem Tüll 6.95 **4.75**
- Künstler-Garnitur** dreiteilig, Etamine mit Einlässen 9.50 **6.95**
- Bettdecken** zweiteilig, mit Einlässen und Motiven Stück 13.50 **9.50**
- Tischdecken** doppelteilig Persermuster Stück 17.50 **12.50**
- Tischdecken** Gobelin, modern, Verduremuster, Stück 24.50 **19.50**
- Divandecken** moderne Muster Stück 16.50 **9.75**
- Divandecken** Gobelin, moderne Verdure- u. Persermust., Stück 37.50 **28.50**
- Kokosläufer** 67 cm br., Stück 3.65 90 cm br., Stück **4.90**
- Linoleumteppich** 300 x 300, große Auswahl Stück **35.00**

Ein großer Posten Damenstrümpfe

- Baumwolle** feinfädig, schwarz u. farbig Paar **38 Pf.**
- Baumwolle** verstärkte Ferse und Spitze Paar **65 Pf.**
- Florstrümpfe** Doppelstrümpfe und Hochferse, Paar **85 Pf.**
- Seidenflor** Doppelstrümpfe und Hochferse, in vielen modernen Farben Paar **1.25**
- Kunstseide** klare Gewebe, in allen Farben, Paar **1.25**



Ein großer Posten Herrensocken

- Baumwolle** grau und feinfarbig Paar **45 Pf.**
- Grau** wollgemischte gute Qualität Paar **68 Pf.**
- Baumwolle** uni und gemustert Paar **90 Pf.**
- Flor** aparte Muster Paar **1.45**
- Kunstseide** in vielen Farben Paar **1.95**

Berlin-Schöneberg **Hauptstr. 149/150**

Berlin-Nordosten **Landsberger Allee 29**

Berlin-Moabit **Turmstr. Ecke Oststr.**

Ein bedeutsamer Fortschritt.

Das Ergebnis des sechsten Deutschen Städtetags.

Von Ernst Reuter.

Die Stabilisierung der deutschen Währung wie die nähernde Festlegung der deutschen Reparationsverpflichtungen schaffen in Deutschland Raum für die Lösung einer ganzen Reihe seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten brennenden Fragen, zu deren Erledigung weder die Öffentlichkeit, noch die zentralen Parlamente in den vergangenen fünf Jahren heftigster außen- und innenpolitischer Auseinandersetzungen Zeit noch Ruhe fanden. Es ist kein Zufall, daß die unter dem Schlagwort „Wiederherstellung der Selbstverwaltung“ zusammengefaßten wichtigen Verwaltungsprobleme der Stadt- und Gemeindegewirtschaft, der Beziehungen zwischen den verschiedenen Selbstverwaltungskörpern und zu den staatlichen Instanzen der Länder und des Reiches auf allen Tagungen kommunaler Verbände und Interessenten im Laufe dieses Jahres immer wieder behandelt worden sind. Es ist zwar eine vollständige Verkennung der Zusammenhänge, wenn auf der Tagung der dem Zentrum angehörigen Kommunalpolitiker das Wort geprägt werden konnte: Die Demokratie ist der Feind der Selbstverwaltung, aber es kann nicht bestritten werden, daß die Nachkriegsjahre tief einschneidend und nicht immer günstig in die Entwicklung der Städte und Gemeinden und der übrigen Selbstverwaltungsvorstände eingegriffen haben. Daran ist keineswegs, wie überrückende und interessierte Einseitigkeit so gerne glauben machen möchte, die Erbergerische Steuerreform allein schuld, dieser Entwicklung liegen zahlreiche andere, nicht minder wichtige Tatsachen und Entwicklungstendenzen zugrunde. Es kann nicht bestritten werden, daß die deutsche Republik mit ihren zwanzig Länderregierungen, mit ihrem Wirrwarr von zahllosen Städte- und Gemeindeordnungen, mit ihrer ungewöhnlich großen Differenziertheit der unteren, mittleren und oberen Verwaltungsinstanzen, nicht nur in den Ländern, sondern sogar innerhalb eines einzelnen Landes, wie Preußen, von allen europäischen Großstädten die komplizierteste, am schwersten zu übersehende, für die Bevölkerung am wenigsten brauchbare und für die Finanzen weitaus teuerste Verwaltung hat. Wenn auch nicht verkannt werden darf, daß die Lösung dieser Fragen, namentlich in Preußen, nicht ohne Rücksicht auf die außenpolitische Situation und nicht ohne ständige Aufmerksamkeit für die Aufrechterhaltung der deutschen Einheit gefunden werden darf, so sind doch für die deutschen Städte und Gemeinden zahlreiche Fragen so brennend geworden, daß sie berechtigt sind, ihre Stimme zur Wahrung ihrer Interessen zu erheben.

Man kann darüber streiten, ob der Deutsche Städtetag in der heutigen Form seiner Besetzung und namentlich in der Zusammenlegung seines wichtigsten Organs, des Vorstandes, eine demokratischen Ansprüchen genügende Vertretung der deutschen Städte darstellt. Immerhin, er ist zurzeit die gegebene Vertretung, und wenn auch die Vorstände der sozialdemokratischen Delegation auf dem hannoverschen Städtetag zur weiteren Demokratisierung dieses bisher fast ausschließlich aus Oberbürgermeistern bestehenden Organs noch geschäftet sind, so hat doch jeder das Gefühl gehabt, daß die Gegner dieser Demokratisierung nur einen Pyrrhusieg erfochten, und daß die mit der Einführung eines freien Wahlrechts für die Gemeinden angebahnte Einbeziehung der weiten Volksmassen zur Anteilnahme an der Selbstverwaltung in kurzer Zeit auch hier sich durchsetzen wird. Es lag sicher an der jetzigen Struktur des Städtetages, daß den beiden Referaten, die bezeichnenderweise von Oberbürgermeistern gehalten wurden, im starken Maße ein schlagwortartiger Charakter anhaftete. Das galt auch von den Ausführungen des demokratischen Reichstagsabgeordneten und Dresdener Oberbürgermeisters Kütz. Im Grunde dieser bisher fast ausschließlich Träger der Selbstverwaltung bekam dieses so stolz klingende Wort — bewußt oder unbewußt — immer wieder die besondere Färbung, als ob es sich bei dem Kampfe für die Selbstverwaltung um den Kampf für die Autonomie der Selbstverwaltungsbehörden, der Magistrate und Bürgermeister und nicht um den Willen der in Gemeinden und Städten zusammengefaßten Millionen Massen zu demokratischer Ausgestaltung ihres Gemeindegewesens und zu weitgehender Autonomie bei der Regelung örtlicher Angelegenheiten handelte. Diese besondere „Bürgermeisterfärbung“ hat sicher in der Öffentlichkeit dem so notwendigen Kampfe für eine umfassende Erweiterung der gemeindlichen Funktionen sicher ebensowenig genügt, wie die etwas allzu schematische Behandlung dieser Probleme ohne Berücksichtigung der engen Zusammenhänge, die heute viel mehr als vor hundert Jahren das Leben in der Gemeinde mit dem Leben des Staates verflochten. Vielleicht wäre es auch in Hannover möglich gewesen, bei einer größeren Distanz zu den eigenen Interessen ein objektiveres Bild und ein klareres Programm zu entwerfen. Der Eindruck auf die Öffentlichkeit würde sicher nicht geringer gewesen sein, wenn von der Tribüne dieses Parlaments der Städte aus in den maßgebenden Referaten in diesem Sinne die Linie der geschichtlichen Entwicklung klarer gezeichnet und vom allgemeinen Schlagwort hinweg zu konkreten gangbaren Vorschlägen geschritten wäre.

So deutlich diese kritischen Einwendungen gegen die Behandlung der Themen des ersten Tages gemacht werden müssen, so wenig darf verkannt werden, daß der Vorschlag des Vorstandes, eine reichsgesetzliche Regelung des deutschen Städterechts anzustreben und zu dem Zweck der Regierung einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, ein für die

deutschen Verhältnisse immerhin bedeutender und geschichtlich sicher wirksamer Schritt war. Selbst dieser Städtetag hat trotz der Ablehnung durch die Deutschnationalen, die Volksparteier und leider auch das Zentrum den Mut und den richtigen Blick bewiesen, als er sich zu dem Gedanken eines Reichsstädterechts bekannte. Die Vertreter der deutschen Städte haben damit dem so stark gewordenen Partikularismus der Länder von sich aus ein Paroli geboten. Sie haben sich damit zweifellos bewußt zum Gedanken des kommenden Einheitsstaates bekannt. Die sozialdemokratische Delegation des Städtetages hat unbeschadet aller Bedenken gegen zahllose Einzelheiten des vorgelegten Entwurfs, den Standpunkt vertreten, daß der Gedanke einer Reichsstädteordnung allein schon eine Messe wert ist, und daß er, ebenso wie jeder andere politisch wirksame Schritt zur Reichseinheit, von allen Sozialdemokraten begrüßt und unterstützt werden sollte.

Wir glauben, daß es kein Zufall war, wenn es schließlich am Schluß der Tagung dem sozialdemokratischen Sprecher gelang, in dieser Versammlung vor einer zweifelhaft erscheinenden Abstimmung dem Gedanken der Reichseinheit zum Durchbruch und Siege zu verhelfen. Es zeigte sich hier wie bei anderen Gelegenheiten, in wie starkem Maße die Sozialdemokratie mit ihrer Praxis und ihrem Programm in der Arbeit der Städte und Gemeinden verwurzelt ist. Sie hat wohl kaum irgendwo einen so günstigen Boden für wirkliche Führung auch da, wo sie zahlenmäßig in der Minderheit ist. Das hat sich nicht zum wenigsten bei der interessanten Debatte über die Formen der später zu wählenden Stadtverfassung gezeigt. Nicht mit Unrecht konnte der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe darauf hinweisen, daß die Befürworter der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen höchstens nur noch Gradreden für diese sicher bald der Vergangenheit angehörenden Gemeindeverwaltungsform halten konnten. Es war zweifellos von bedeutendem Eindruck, daß der demokratische Oberbürgermeister von Ludwigshafen, Dr. Weiß, darauf hinweisen konnte, wie die unter dem sozialdemokratischen Ministerium Hoffmann aus der Pfalz auch nach Bayern verpflanzte demokratische Stadtratsverfassung, die unserer programmatischen Forderung des Einkammersystems in der Gemeinde am nächsten kommt, sich überall durchgesetzt hat, wie alle Parteien und alle Gruppen nicht mehr daran denken, auf die dadurch geschaffene vollverantwortliche Mitarbeit der Bürgerschaft an der Verwaltung der Gemeinden zu verzichten. Mag noch so sehr bei einzelnen Kreisen die Hoffnung bestehen, daß man vielleicht auf dem Umwege über das Reich einzelne Länder zügeln könne, so glauben wir doch, daß die innere Logik der Dinge auch hier wieder letzten Endes den sozialdemokratischen Auffassungen zum Siege verhelfen wird, weil sie aus dem Bedürfnis, wie aus der wirtschaftlichen Entwicklung heraus auf die Dauer die einzig mögliche Lösung dieser Fragen darstellen.

Jedenfalls stand am Schluß der Tagung des Städtetages wohl jeder unter dem Eindruck, daß diesem Bekenntnis zu einem einheitlichen deutschen Recht eine starke moralische und politische Bedeutung zukomme. Es stand aber auch wohl jeder, wie wir glauben, selbst der Gegner unter dem Eindruck, daß hier ein offensichtlicher moralischer Erfolg der sozialdemokratischen Gedankengänge zu verzeichnen war. Es wird an den sozialdemokratischen Vertretern in den deutschen Städten liegen, in der praktischen Arbeit diesen Erfolg auszubauen und mit dafür zu sorgen, daß durch planmäßiges und systematisches Zusammenarbeiten der sozialdemokratischen Gemeindevertreter und beruflich tätigen Kommunalpolitiker in immer stärkerem Maße dem so notwendigen Einflusse unserer Ideen freie Bahn geschaffen wird. Der Erfolg wird und kann nicht ausbleiben.

Internationaler Glasarbeiterkongress.

Vom 19. bis 23. September tagte in Prag ein internationaler Glasarbeiterkongress, auf dem folgende Länder vertreten waren: Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Tschechoslowakei, Polen. Ingesamt wurde die Frage des Arbeiterschutzes behandelt, weiter fand die Maschine in der Glasindustrie besondere Beachtung. Die wichtigsten Beschlüsse sind:

I. Sozialisierung der Produktionsmittel
Der internationale Glasarbeiterkongress erklärt sich für die Sozialisierung aller Produktionsmittel und die Verteilung der Produkte, fordert weiter die Arbeiter aller Länder auf, durch ihre Gewerkschaften und politischen Organisationen dafür zu kämpfen.
Da die Methoden des Kampfes bei den Gewerkschaftsorganisationen und bei den politischen Aktionen in den einzelnen Ländern verschiedenartig sind, liebt es jeder Nation überlassen, diejenigen Mittel für die Verwirklichung der Sozialisierung anzuwenden, die den ökonomischen Verhältnissen allgemein entsprechen.

II. Maschinelle Gasproduktion.
Prinzipiell können sich die Arbeiterorganisationen gegen die technische Entwicklung und den Fortschritt nicht aussprechen. Es muß aber konsequent das Interesse der Arbeiterschaft gewahrt werden, damit die Maschine von den Kapitalisten nicht gegen die Arbeiterschaft mißbraucht wird.

III. Arbeiterschutz.
Zur Förderung des Arbeiterschutzes spricht sich der Kongress für die folgenden Richtlinien aus:
1. Die Arbeitszeit am Ofen für die Glasarbeiter 45 Stunden wöchentlich, inklusive aller Vorbereitungsarbeiten. Für alle übrigen Arbeiter darf die Arbeitszeit im Höchstfalle 48 Stunden wöchentlich betragen.
2. Sonntagsgarbeitsverbot ist verboten. Nur das zur Aufrechterhaltung des ununterbrochenen Betriebes notwendige Personal arbeitet am Sonntag.

3. Kinder unter 14 Jahren dürfen in der Glasindustrie nicht beschäftigt werden. Ebenso dürfen Frauen am heißen Ofen und des Nachts nicht beschäftigt werden. Frauen und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren dürfen in Bergwerken und bei Apparaten, wo das Glas mit Säure raffiniert wird, keine Verwendung finden.

4. Die Betriebsstätten sind hygienisch so auszugestalten, daß die Gesundheit und Arbeitskraft der Beschäftigten keinerlei Schaden erleidet.

5. Die Erfindung der pneumatischen Pfeife zum Bloßen des Glases bedeutet einen gewaltigen Fortschritt für die Gesundheit der Glasarbeiter. Die hervorragendsten ärztlichen Forscher haben ihr Gutachten zugunsten der Pfeife abgegeben. Die Glasarbeiter, die sich mit allem Ernst der Erfindung widmeten, erkannten, daß die Arbeit durch die pneumatische Pfeife erleichtert wird und die Erfindung einen bedeutenden kulturellen Fortschritt darstellt.

Weiter wurde die Wissenschaft und Technik bisher nur in ganz geringem Umfange in den Dienst der Glasindustrie gestellt und es muß ausgesprochen werden, daß Industrielle und Arbeiter der pneumatischen Pfeife nur geringe Beachtung schenken, trotzdem erwiehen wurde, daß die Produktion quantitativ und qualitativ mit der pneumatischen Pfeife gesteigert wurde.

Der internationale Glasarbeiterkongress von Prag fordert deshalb, daß die Industrie die Mittel zur Beschaffung der pneumatischen Pfeife zur Verfügung stellt und die Regierungen aller Länder werden aufgefordert, die Einführung der pneumatischen Pfeife zu fördern.

6. Die Landesorganisationen erhalten den Auftrag, für die Arbeiter einen angemessenen, bezahlten Erholungsurlaub unter besonderer Berücksichtigung der Jugendlichen gesetzlich anzustreben.

IV. Fürsorge für die beschäftigungslosen Arbeiter.
Es ist in allen Ländern mit Nachdruck von den Regierungen eine ausreichende Fürsorge für die Arbeitslosen zu fordern.

V. Technische Fortbildung.
Für die fachliche Bildung der Arbeiter ist in allen Staaten die Errichtung von Fach- und Fortbildungsschulen anzustreben.

VI. Die Einführung der Maschine in der Glasindustrie.

1. Der Internationale Glasarbeiterkongress in Prag wendet sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Maschine in der Glasindustrie dazu verwendet wird, daß die menschliche Arbeitskraft auch am Sonntag ausgenutzt wird, und verlangt, daß die Arbeit an den Maschinen auch am Sonntag zu ruhen hat.

2. Es wird eine 36stündige Arbeitsunterbrechung in allen Betrieben wöchentlich gefordert. Diese Arbeitsunterbrechung soll ohne Ausnahme allgemein durchgeführt werden. Eine Ausnahme ist nur dann zu berücksichtigen, wenn aus technischen Gründen es nicht möglich sein sollte. Der Kongress fordert aber, daß in diesem Falle die Erzeugung in 4 Schichten zu 6 Stunden eingeteilt wird.

3. Das Internationale Arbeitsamt in Genf wird ersucht, diesen Standpunkt des Internationalen Glasarbeiterkongresses bei den angeschlossenen Staaten zu fördern und zu verwirklichen zu trachten.

VII. Internationale Aktion der Glasarbeiter.

Der Kongress beauftragt die Landesorganisationen, durch eine einheitliche internationale Aktion seine Forderungen für die Glasarbeiter zu befähigen, und zwar:

1. Am 20. November 1924 werden in allen Ländern die Forderungen des Internationalen Glasarbeiterkongresses in Form eines Memorandums an die zuständigen Unternehmerorganisationen und bei den Landesorganisationen überreicht und ihre Erfüllung verlangt. Es sind insbesondere die in den Punkten II, III, IV und V der Programmresolution aufgeführten Forderungen durchzuführen und die Resolution über die Maschine in der Glasindustrie in Anwendung zu bringen.

2. Das Memorandum hat gleichzeitig der internationale Sekretär an das Internationale Arbeitsamt in Genf vorzulegen. Ferner wird er beauftragt, das Memorandum auch beim Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam vorzulegen und namens der internationalen Glasarbeiterorganisation zu ersuchen, es tätigst zu unterstützen.

3. Sollte diese Aktion zu keinem ansehnlichen Erfolge führen, wird das Exekutivkomitee beauftragt, stärkere Maßnahmen zur Förderung der Beschlüsse dieses Kongresses zu treffen und sich für deren Durchführung bei den Landesorganisationen einzusetzen.

4. Die Beschlüsse des Kongresses, insbesondere über diese internationale Aktion sind in der Fachpresse aller Länder eingehend zu behandeln, damit sich die Glasarbeiterschaft auf einen erneuerten schärferen Kampf im Interesse ihrer Existenz entsprechend vorbereiten kann.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckellstraße, 37/38, Hof 3 Tz.
Kameradschaft Lehndorf. Am Mittwoch, den 1. Oktober, monatliche Hauptversammlung bei Schöner, Lehndorf-Mitte, Reichstraße 10. Anfang pünktlich 8 Uhr. Wichtigste Angelegenheiten für alle Kameraden, einschließlich der übergebenen Mitglieder. Tagesordnung mit am Abend kommendes. Mitglieder für Kameradschaften mitzubringen. — Kameradschaft Köpenick. Am Donnerstag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Gumpeloh, Köpenick. Schlußreden. — Kameradschaft am Wannensee. Am Donnerstag, den 1. Oktober, abends 8 Uhr. Zusammenkunft aller Kameraden im Restaurant „Rennbahn“.

Freiwerber-Volkshochschule. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr. Nationalsozialistischer Gymnasium, Berlin SW. Kallische Str. 24 (am Bahnhofs-Bahnhof). Arbeitsgemeinschaft über Wehrer Athenäum: Von kommenden Dingen. Leiterin: Wenzel, Wda. Teil.

Reichsbund deutscher Meister, Ortsgruppe Köpenick. Die Monatsversammlung fällt aus. Die Oktobermiete beträgt 60 Pfennig der reinen Produktionsmiete ohne Zuschlag der sogenannten Schmelzreparaturen. — Der Vorstand.

Republikanischer Jugendbund „Schwarz-Rot-Gold“. Die Ortsgruppe Berlin, Bezirk SW, veranstaltet am Mittwoch, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Tiergartenhof (am Bahnhof Tiergarten), Berliner Str. 1, einen Vortragsabend mit dem Thema „Was ist der Völkerring?“

Berlin der Reichsbanner für Kameradschaft, e. V. Kreuzberg, 6. Straß. Mittwoch, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Deutschen Hof, Ludwigs-Str. 10, Mitgliederversammlung in 4 Abt. Freitag, den 4. Oktober, Berliner-Str. 10, Reichsbanner-Damm, von 8 bis 10 Uhr, den 6. Oktober, Kochstraße, Köpenick, die gleiche Veranstaltung.
Spezial-Verein Berlin. Mittwoch, den 1. Oktober, 8 Uhr, im Harmoniumsal, Engelstr. 33, Vortrag: „Eine Welt — eine Menschheit — eine Sprache.“ Schriftführer: Heinrich Zimmermann. Mitglieder und Kinder im Übermaß.

Vorzüge von MAGGI'S Würze: Größte Würzekraft, deshalb sehrausgiebig und im Gebrauch die billigste!

„MAGGI's gute, sparsame Küche“.

Arbeiter-Sport

Ein Arbeiter-Schwimmfest.

Es ist selten, daß die Arbeiter ihre Feste so recht aus dem Herzen kommend feiern. Um so mehr sei es dem glücklichen Zufall gedankt, der mich dem Abendschwimmen der Freien Schwimmer Ubarslebenburg in der Badeanstalt Jungfernhöhe beimohnen ließ. Ein solches Volksfest war es, das die freie Natur mit Luft und Wasser, Balken und Winden und dem Spiel sich durchämpfender Sonne und die schöne Einrahmung durch den Park ihr Gepräge gab. Ein Nachmittags mit Blasmusik, Schwimmvorführungen, Paddelbootfahren, Kunstspringen, kurz mit einem auf du-und-du-Bertrauen mit dem nassen Element. Nach dieser Schau, in der Kinder und Erwachsene ihr Bestes gaben, begann der buchstäblich Teil, der dauernd die Vorkühler in Bewegung hielt. Ausfluchtstour und Kunstschwimmen, Liebesinsel und Kahnfahrt, ein Riesenschiff, ein Stern-Hieferschiff mit phantastischem Sternmuster, ein Portier zu allen Altaktionen und der Herr Direktor. Dann die einzelnen Typen, Liebespaare, Athleten, Wanderclubs usw. die pantomimisch ihren zuweiligen Gefühlen Ausdruck gaben, bis die ganze Burleske zu einer einzigen großen Kirtungsaktion wurde, denn aus mehr oder weniger wichtigen Beweggründen, aber mit entschiedener Ueberzeugungskraft hatten sie einander in die tüfteln Fluten befördert. Die Wasserleichen wurden auf den "Abdeckerkarren" geladen, um dann durch eine Wunderkur, das Kippen ins Wasser, wieder blickartig zum Leben zu erwachen und kriechend vom Schaulustigen ihrer Laten zu verschwinden. Den materialisch schönsten Teil gab der Abend, wo ein Schwimmtreiben mit bunten Glühlampen geschwommen wurde. Ein zauberhaftes Bild, das den Blick gefangen nahm und durch den über der Wond von dunklen Bäumen purpurrot aufsteigenden Mond noch verklärt wurde. Der figurenreiche Reigen bildet zum Schluß noch dem Ufer zu einen feurigen Spiel, um dann plötzlich zu verschwinden. Den Abschluß machten die Paddelboote, deren Champions geheimnisvoll über dem dunklen Wasser schwebten und deren Menschen nur geipenstlich zu sehen waren, wenn sie den breiten Silberstreifen des Mondes überquerten. Ein Fackelschwimmen beendete das Fest. Stolz schmetterte die Musik, noch heißer trugen die Kinder ihre Fackeln und löhnte der Gesang und fort ging es in langen leuchtenden Zug durch die aufgehende Jungfernhöhe. B. S.

Tagung der Arbeitersportinternationale.

Im Wiener Parteihaus tagte das internationale Bureau der Arbeitersportinternationale, um über wichtige Fragen der Olympiade und des Verhältnis zu Moskau zu verhandeln. Vorerst nahm das Bureau den Bericht entgegen über die Reuepeilung der Organisationsverhältnisse in Österreich und Ungarn. In Österreich ist ein neuer, alle Arbeitersportverbände umfassender Spitzenverband gegründet worden. Nur der Fußballbund, dem zurzeit noch bürgerliche Verbände angehören, bleibt noch außerhalb des neuen Verbandes, bis er sich von den bürgerlichen getrennt hat. Schließlich steht er zu uns in einem Hospitantenverhältnis. Ungarische Teilnehmungen ist mit Zustimmung der Franzosen zu einer selbständigen Sektion der Internationale geworden. Die deutschen Vorkämpfer für die Olympiade wurden in allen Teilen gutgeheißen. Das Fest findet nun bestimmt in den Tagen vom 19.-25. August 1925 in Frankfurt a. M. statt. Das Frankfurter Stadion wird bestimmt mit allen seinen Anlagen fertig. Während einer sich an die Wiener Tagung anschließenden Sitzung in Frankfurt a. M. wurden die Anlagen besichtigt. Man nahm hochbefriedigt von dem rüstigen Fortschreiten der Arbeit Kenntnis.

Einigen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Aussprache über das Verhältnis zu der Moskauer Sondergründung der sogenannten "Roten" Sportinternationale ein. Im April hatte eine internationale Konferenz beschlossen, mit den Moskauer Verbänden über eine Verleihung einzustimmen. Der Moskauer Leistung, die in Berlin ihren Sitz hat, ging das gegen den Strich, sie wollte keine Einigung, sondern nur die offizielle Teilnahme an der Olympiade. Aus dem gestrigen Briefwechsel geht deutlich hervor, daß unter allen Umständen die Teilnahme als gleichberechtigter Partner durchgedrückt werden sollte. Schon während der Verhandlungen bekämpfte der Berliner Leiter der Moskauer, ein Bruno Vieste, in der heftigsten Weise die Luzerner Richtung und erbrachte damit selbst den Beweis, daß ein Weiterführen dieser Verhandlungen zwecklos war. Nach eingehender Aussprache über das internationale Bureau einstimmig auf Vorschlag der deutschen Mitglieder folgenden Beschluß:

Die 1. Internationale Arbeitersportinternationale ist eine Veranstaltung der Internationale von Luzern. Es können darum nur Verbände daran teilnehmen, die dieser Internationale angehören. Jedem Lande steht es frei, der Internationale beizutreten, wenn es deren Grundzüge anerkennt und sich verpflichtet, danach zu handeln.

Damit ist endlich Klarheit in dieser Frage geschaffen. Die Viesteische Internationale wird nun vor die Entscheidung gestellt, sich zu verschmelzen oder Frankfurt fernzublenden. Eine im Anschluß an die tagende internationale Sitzung der deutschen Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege hat diese Beschluß gegen den Widerspruch eines Mitgliedes einstimmig gutgeheißen. Nunmehr ist eine reinliche Klärung des Verhältnisses zu der Moskauer Gründung in Deutschland in Kürze zu erwarten.

Die Lehrschule der MSV.

Die MSV (Märkische Spielvereinigung) ist die Organisation der märkischen Arbeiterfußballer und bildet den 7. Bezirk des 1. Kreises von Arbeiter-Turn- und Sportbund. Seit einiger Zeit hat sich die MSV. eine Lehrschule für Fußball eingerichtet, in der eine kleine Anzahl Spieler theoretisch und praktisch nach einem festgelegten Plan ausgebildet werden, um das Gelernte dann wieder an die anderen Vereine zu übertragen und so die Spielstärke der Gesamtheit zu heben. Der Gedanke, das Fußballspiel auf eine technische Höhe zu bringen, fand sofort lebhaften Beifall, als es sich aber herausstellte, daß ein erstklassiger Fußballspieler auch die anderen Sportarten, Lauf, Sprung usw. gut beherrschen muß, also eine allseitige Körperausbildung Voraussetzung ist, fand sich nur eine kleine Zahl, die sich diesem systematischen Training unterzog. Der "Arbeiter-Fußball", das Organ der MSV., weist daher auf die Anfangsschwierigkeiten hin, die sich der Schule entgegenstellten, so daß zunächst nur der Bezirk Südwesten

die günstige Gelegenheit ausnutzte und vier Spieler stellte, während die Bezirke Norden und Osten nur je einen Schüler entsandten. Der Leistungsstand der Schule ist aber interessant genug, so daß weitere Kreise daran Anteil nehmen sollten. Der "Arbeiter-Fußball" schildert in anschaulicher Weise eine Leistungsstunde in ihrer Vielseitigkeit: Begonnen wird mit dem Steigerungslauf. Kurze Strecken von 35 bis 40 Meter werden vom langsamsten bis zum schärfsten Tempo fünf- bis sechsmal durchlaufen, der kurze Start und das Stoppen geübt, dann folgen Frei- und Atemübungen, um den Körper wieder zu beruhigen. Dann folgt das Training mit dem Ball, aber nicht in Fußballstiefeln, sondern in Turnschuhen, und nicht ein wildes Balltreiben auf das Tor, sondern ein systematisches Beherrschen des Balles nach einer bestimmt gestellten Aufgabe. Zunächst kommt das Lieben im geraden Band, etwa 30 Meter lang und 75 Zentimeter breit. Die Aufgabe besteht darin, den Ball treibend zwischen die beiden Linien vor- und zurückzuführen, ohne daß derselbe die Grenzen überschreitet. Hier werden noch Spezialaufgaben gestellt, z. B. den Ball nur von den Außen- oder Innenseiten zu stoßen, seitwärts zu laufen nach rechts oder links usw. Gleiche oder ähnliche Übungen werden auch im Ahter, d. h. einer gegeneinander 8 ähnelnd, ausgeführt. Zur Erlernung einer richtigen Fußballhaltung beim Stoß dient das Pendel, wobei sich der Ball schwebend an einer Schnur befindet. Das Pendel bietet nicht nur Gelegenheit, die verschiedenen Stöße mit dem Fuß systematisch zu erlernen, sondern ist auch für das Kopfspiel geeignet. Zu diesen Hilfsmitteln kommt noch das Oval und das Viereck, Schieb- und Stopplübungen werden an der schrägen Wand geübt. Nach diesen Vorbereitungen kommt dann die eigentliche Praxis an die Reihe: Stellungswechsel, Wochwechsel, Einwürfe, Ziehschüsse usw., und dann folgt das Seilspringen oder Hammerschwingen, um die leichte Beweglichkeit der Glieder zu fördern. Zu alledem kommt der theoretische Unterricht als Hauptbestandteil des Mannschaftstrainings.

Das Programm der Lehrschule darf also als ein recht vielseitiges bezeichnet werden und wird sicher seine Früchte tragen. Notwendig ist aber, daß die Beteiligung seitens Lern- und Lehrfreudiger eine größere wird, wenn im nächsten Frühjahr der zweite Kursus beginnt. Die Erfolge des bürgerlichen Fußballsports sind zu einem großen Teil auf das planmäßige Leben unter Leitung angestellter Trainer zurückzuführen, die sich die Arbeiterfußballvereine natürlich nicht leisten können. Die Heranbildung von "Kanonen" ist auch nicht Aufgabe unserer Vereine. Aber die Gewinnung immer weiterer Kreise für dieses "Volksspiel" im wahren Sinne legt faire Spielweise und technische Kunst voraus, und zur Erreichung dieser Ziele ist die Lehrschule geradezu unentbehrlich. Ihre Förderung seitens aller Vereine ist daher das Gebot der Stunde.

Herbst-Kreiswettbewerb des ersten Kreises.

Auch in diesem Jahre findet der Herbst-Kreiswettbewerb des 1. Kreises statt, und zwar in Zehlendorf-West, Lokal Wolfschlucht, zwischen der Alten Fischerhütte und der Krümmen Banke. Der Wettkampf war am 21. September, aber dennoch zogen es verschiedene Vereine vor, diesen Termin zu überschreiten. 17 Männermannschaften (3 Mann = 1 Mannschaft) werden im 5000-Meter-Lauf zeigen, was sie den Sommer über gelernt haben. So auch die Jugend: 18 Mannschaften sind hier im 3000-Meter-Lauf am Start. 8 Vereine werden mit ihren Männern, Frauen und Jugendlichen gesammelt zu einem Sternpropagandalauftreten. Heraus zum Herbst-Kreiswettbewerb am 12. Oktober, Beginn 3 Uhr.

Schwimmfest der Berliner Schwimman-Union 1913.

Am Sonntag, den 5. Oktober, findet im Stadtbad Kreuzberg und Stadtbad Friedrichshagen ein Schwimmfest statt. Im Stadtbad Kreuzberg, Pöhlstraße, und dort um 10 Uhr Stadtblauf im Wasserballspiel. Die Ausübungsübungen sind: 100 Meter, 500 Meter, 1000 Meter, 1500 Meter, 2000 Meter, 2500 Meter, 3000 Meter, 3500 Meter, 4000 Meter, 4500 Meter, 5000 Meter, 5500 Meter, 6000 Meter, 6500 Meter, 7000 Meter, 7500 Meter, 8000 Meter, 8500 Meter, 9000 Meter, 9500 Meter, 10000 Meter, 10500 Meter, 11000 Meter, 11500 Meter, 12000 Meter, 12500 Meter, 13000 Meter, 13500 Meter, 14000 Meter, 14500 Meter, 15000 Meter, 15500 Meter, 16000 Meter, 16500 Meter, 17000 Meter, 17500 Meter, 18000 Meter, 18500 Meter, 19000 Meter, 19500 Meter, 20000 Meter, 20500 Meter, 21000 Meter, 21500 Meter, 22000 Meter, 22500 Meter, 23000 Meter, 23500 Meter, 24000 Meter, 24500 Meter, 25000 Meter, 25500 Meter, 26000 Meter, 26500 Meter, 27000 Meter, 27500 Meter, 28000 Meter, 28500 Meter, 29000 Meter, 29500 Meter, 30000 Meter, 30500 Meter, 31000 Meter, 31500 Meter, 32000 Meter, 32500 Meter, 33000 Meter, 33500 Meter, 34000 Meter, 34500 Meter, 35000 Meter, 35500 Meter, 36000 Meter, 36500 Meter, 37000 Meter, 37500 Meter, 38000 Meter, 38500 Meter, 39000 Meter, 39500 Meter, 40000 Meter, 40500 Meter, 41000 Meter, 41500 Meter, 42000 Meter, 42500 Meter, 43000 Meter, 43500 Meter, 44000 Meter, 44500 Meter, 45000 Meter, 45500 Meter, 46000 Meter, 46500 Meter, 47000 Meter, 47500 Meter, 48000 Meter, 48500 Meter, 49000 Meter, 49500 Meter, 50000 Meter, 50500 Meter, 51000 Meter, 51500 Meter, 52000 Meter, 52500 Meter, 53000 Meter, 53500 Meter, 54000 Meter, 54500 Meter, 55000 Meter, 55500 Meter, 56000 Meter, 56500 Meter, 57000 Meter, 57500 Meter, 58000 Meter, 58500 Meter, 59000 Meter, 59500 Meter, 60000 Meter, 60500 Meter, 61000 Meter, 61500 Meter, 62000 Meter, 62500 Meter, 63000 Meter, 63500 Meter, 64000 Meter, 64500 Meter, 65000 Meter, 65500 Meter, 66000 Meter, 66500 Meter, 67000 Meter, 67500 Meter, 68000 Meter, 68500 Meter, 69000 Meter, 69500 Meter, 70000 Meter, 70500 Meter, 71000 Meter, 71500 Meter, 72000 Meter, 72500 Meter, 73000 Meter, 73500 Meter, 74000 Meter, 74500 Meter, 75000 Meter, 75500 Meter, 76000 Meter, 76500 Meter, 77000 Meter, 77500 Meter, 78000 Meter, 78500 Meter, 79000 Meter, 79500 Meter, 80000 Meter, 80500 Meter, 81000 Meter, 81500 Meter, 82000 Meter, 82500 Meter, 83000 Meter, 83500 Meter, 84000 Meter, 84500 Meter, 85000 Meter, 85500 Meter, 86000 Meter, 86500 Meter, 87000 Meter, 87500 Meter, 88000 Meter, 88500 Meter, 89000 Meter, 89500 Meter, 90000 Meter, 90500 Meter, 91000 Meter, 91500 Meter, 92000 Meter, 92500 Meter, 93000 Meter, 93500 Meter, 94000 Meter, 94500 Meter, 95000 Meter, 95500 Meter, 96000 Meter, 96500 Meter, 97000 Meter, 97500 Meter, 98000 Meter, 98500 Meter, 99000 Meter, 99500 Meter, 100000 Meter, 100500 Meter, 101000 Meter, 101500 Meter, 102000 Meter, 102500 Meter, 103000 Meter, 103500 Meter, 104000 Meter, 104500 Meter, 105000 Meter, 105500 Meter, 106000 Meter, 106500 Meter, 107000 Meter, 107500 Meter, 108000 Meter, 108500 Meter, 109000 Meter, 109500 Meter, 110000 Meter, 110500 Meter, 111000 Meter, 111500 Meter, 112000 Meter, 112500 Meter, 113000 Meter, 113500 Meter, 114000 Meter, 114500 Meter, 115000 Meter, 115500 Meter, 116000 Meter, 116500 Meter, 117000 Meter, 117500 Meter, 118000 Meter, 118500 Meter, 119000 Meter, 119500 Meter, 120000 Meter, 120500 Meter, 121000 Meter, 121500 Meter, 122000 Meter, 122500 Meter, 123000 Meter, 123500 Meter, 124000 Meter, 124500 Meter, 125000 Meter, 125500 Meter, 126000 Meter, 126500 Meter, 127000 Meter, 127500 Meter, 128000 Meter, 128500 Meter, 129000 Meter, 129500 Meter, 130000 Meter, 130500 Meter, 131000 Meter, 131500 Meter, 132000 Meter, 132500 Meter, 133000 Meter, 133500 Meter, 134000 Meter, 134500 Meter, 135000 Meter, 135500 Meter, 136000 Meter, 136500 Meter, 137000 Meter, 137500 Meter, 138000 Meter, 138500 Meter, 139000 Meter, 139500 Meter, 140000 Meter, 140500 Meter, 141000 Meter, 141500 Meter, 142000 Meter, 142500 Meter, 143000 Meter, 143500 Meter, 144000 Meter, 144500 Meter, 145000 Meter, 145500 Meter, 146000 Meter, 146500 Meter, 147000 Meter, 147500 Meter, 148000 Meter, 148500 Meter, 149000 Meter, 149500 Meter, 150000 Meter, 150500 Meter, 151000 Meter, 151500 Meter, 152000 Meter, 152500 Meter, 153000 Meter, 153500 Meter, 154000 Meter, 154500 Meter, 155000 Meter, 155500 Meter, 156000 Meter, 156500 Meter, 157000 Meter, 157500 Meter, 158000 Meter, 158500 Meter, 159000 Meter, 159500 Meter, 160000 Meter, 160500 Meter, 161000 Meter, 161500 Meter, 162000 Meter, 162500 Meter, 163000 Meter, 163500 Meter, 164000 Meter, 164500 Meter, 165000 Meter, 165500 Meter, 166000 Meter, 166500 Meter, 167000 Meter, 167500 Meter, 168000 Meter, 168500 Meter, 169000 Meter, 169500 Meter, 170000 Meter, 170500 Meter, 171000 Meter, 171500 Meter, 172000 Meter, 172500 Meter, 173000 Meter, 173500 Meter, 174000 Meter, 174500 Meter, 175000 Meter, 175500 Meter, 176000 Meter, 176500 Meter, 177000 Meter, 177500 Meter, 178000 Meter, 178500 Meter, 179000 Meter, 179500 Meter, 180000 Meter, 180500 Meter, 181000 Meter, 181500 Meter, 182000 Meter, 182500 Meter, 183000 Meter, 183500 Meter, 184000 Meter, 184500 Meter, 185000 Meter, 185500 Meter, 186000 Meter, 186500 Meter, 187000 Meter, 187500 Meter, 188000 Meter, 188500 Meter, 189000 Meter, 189500 Meter, 190000 Meter, 190500 Meter, 191000 Meter, 191500 Meter, 192000 Meter, 192500 Meter, 193000 Meter, 193500 Meter, 194000 Meter, 194500 Meter, 195000 Meter, 195500 Meter, 196000 Meter, 196500 Meter, 197000 Meter, 197500 Meter, 198000 Meter, 198500 Meter, 199000 Meter, 199500 Meter, 200000 Meter, 200500 Meter, 201000 Meter, 201500 Meter, 202000 Meter, 202500 Meter, 203000 Meter, 203500 Meter, 204000 Meter, 204500 Meter, 205000 Meter, 205500 Meter, 206000 Meter, 206500 Meter, 207000 Meter, 207500 Meter, 208000 Meter, 208500 Meter, 209000 Meter, 209500 Meter, 210000 Meter, 210500 Meter, 211000 Meter, 211500 Meter, 212000 Meter, 212500 Meter, 213000 Meter, 213500 Meter, 214000 Meter, 214500 Meter, 215000 Meter, 215500 Meter, 216000 Meter, 216500 Meter, 217000 Meter, 217500 Meter, 218000 Meter, 218500 Meter, 219000 Meter, 219500 Meter, 220000 Meter, 220500 Meter, 221000 Meter, 221500 Meter, 222000 Meter, 222500 Meter, 223000 Meter, 223500 Meter, 224000 Meter, 224500 Meter, 225000 Meter, 225500 Meter, 226000 Meter, 226500 Meter, 227000 Meter, 227500 Meter, 228000 Meter, 228500 Meter, 229000 Meter, 229500 Meter, 230000 Meter, 230500 Meter, 231000 Meter, 231500 Meter, 232000 Meter, 232500 Meter, 233000 Meter, 233500 Meter, 234000 Meter, 234500 Meter, 235000 Meter, 235500 Meter, 236000 Meter, 236500 Meter, 237000 Meter, 237500 Meter, 238000 Meter, 238500 Meter, 239000 Meter, 239500 Meter, 240000 Meter, 240500 Meter, 241000 Meter, 241500 Meter, 242000 Meter, 242500 Meter, 243000 Meter, 243500 Meter, 244000 Meter, 244500 Meter, 245000 Meter, 245500 Meter, 246000 Meter, 246500 Meter, 247000 Meter, 247500 Meter, 248000 Meter, 248500 Meter, 249000 Meter, 249500 Meter, 250000 Meter, 250500 Meter, 251000 Meter, 251500 Meter, 252000 Meter, 252500 Meter, 253000 Meter, 253500 Meter, 254000 Meter, 254500 Meter, 255000 Meter, 255500 Meter, 256000 Meter, 256500 Meter, 257000 Meter, 257500 Meter, 258000 Meter, 258500 Meter, 259000 Meter, 259500 Meter, 260000 Meter, 260500 Meter, 261000 Meter, 261500 Meter, 262000 Meter, 262500 Meter, 263000 Meter, 263500 Meter, 264000 Meter, 264500 Meter, 265000 Meter, 265500 Meter, 266000 Meter, 266500 Meter, 267000 Meter, 267500 Meter, 268000 Meter, 268500 Meter, 269000 Meter, 269500 Meter, 270000 Meter, 270500 Meter, 271000 Meter, 271500 Meter, 272000 Meter, 272500 Meter, 273000 Meter, 273500 Meter, 274000 Meter, 274500 Meter, 275000 Meter, 275500 Meter, 276000 Meter, 276500 Meter, 277000 Meter, 277500 Meter, 278000 Meter, 278500 Meter, 279000 Meter, 279500 Meter, 280000 Meter, 280500 Meter, 281000 Meter, 281500 Meter, 282000 Meter, 282500 Meter, 283000 Meter, 283500 Meter, 284000 Meter, 284500 Meter, 285000 Meter, 285500 Meter, 286000 Meter, 286500 Meter, 287000 Meter, 287500 Meter, 288000 Meter, 288500 Meter, 289000 Meter, 289500 Meter, 290000 Meter, 290500 Meter, 291000 Meter, 291500 Meter, 292000 Meter, 292500 Meter, 293000 Meter, 293500 Meter, 294000 Meter, 294500 Meter, 295000 Meter, 295500 Meter, 296000 Meter, 296500 Meter, 297000 Meter, 297500 Meter, 298000 Meter, 298500 Meter, 299000 Meter, 299500 Meter, 300000 Meter, 300500 Meter, 301000 Meter, 301500 Meter, 302000 Meter, 302500 Meter, 303000 Meter, 303500 Meter, 304000 Meter, 304500 Meter, 305000 Meter, 305500 Meter, 306000 Meter, 306500 Meter, 307000 Meter, 307500 Meter, 308000 Meter, 308500 Meter, 309000 Meter, 309500 Meter, 310000 Meter, 310500 Meter, 311000 Meter, 311500 Meter, 312000 Meter, 312500 Meter, 313000 Meter, 313500 Meter, 314000 Meter, 314500 Meter, 315000 Meter, 315500 Meter, 316000 Meter, 316500 Meter, 317000 Meter, 317500 Meter, 318000 Meter, 318500 Meter, 319000 Meter, 319500 Meter, 320000 Meter, 320500 Meter, 321000 Meter, 321500 Meter, 322000 Meter, 322500 Meter, 323000 Meter, 323500 Meter, 324000 Meter, 324500 Meter, 325000 Meter, 325500 Meter, 326000 Meter, 326500 Meter, 327000 Meter, 327500 Meter, 328000 Meter, 328500 Meter, 329000 Meter, 329500 Meter, 330000 Meter, 330500 Meter, 331000 Meter, 331500 Meter, 332000 Meter, 332500 Meter, 333000 Meter, 333500 Meter, 334000 Meter, 334500 Meter, 335000 Meter, 335500 Meter, 336000 Meter, 336500 Meter, 337000 Meter, 337500 Meter, 338000 Meter, 338500 Meter, 339000 Meter, 339500 Meter, 340000 Meter, 340500 Meter, 341000 Meter, 341500 Meter, 342000 Meter, 342500 Meter, 343000 Meter, 343500 Meter, 344000 Meter, 344500 Meter, 345000 Meter, 345500 Meter, 346000 Meter, 346500 Meter, 347000 Meter, 347500 Meter, 348000 Meter, 348500 Meter, 349000 Meter, 349500 Meter, 350000 Meter, 350500 Meter, 351000 Meter, 351500 Meter, 352000 Meter, 352500 Meter, 353000 Meter, 353500 Meter, 354000 Meter, 354500 Meter, 355000 Meter, 355500 Meter, 356000 Meter, 356500 Meter, 357000 Meter, 357500 Meter, 358000 Meter, 358500 Meter, 359000 Meter, 359500 Meter, 360000 Meter, 360500 Meter, 361000 Meter, 361500 Meter, 362000 Meter, 362500 Meter, 363000 Meter, 363500 Meter, 364000 Meter, 364500 Meter, 365000 Meter, 365500 Meter, 366000 Meter, 366500 Meter, 367000 Meter, 367500 Meter, 368000 Meter, 368500 Meter, 369000 Meter, 369500 Meter, 370000 Meter, 370500 Meter, 371000 Meter, 371500 Meter, 372000 Meter, 372500 Meter, 373000 Meter, 373500 Meter, 374000 Meter, 374500 Meter, 375000 Meter, 375500 Meter, 376000 Meter, 376500 Meter, 377000 Meter, 377500 Meter, 378000 Meter, 378500 Meter, 379000 Meter, 379500 Meter, 380000 Meter, 380500 Meter, 381000 Meter, 381500 Meter, 382000 Meter, 382500 Meter, 383000 Meter, 383500 Meter, 384000 Meter, 384500 Meter, 385000 Meter, 385500 Meter, 386000 Meter, 386500 Meter, 387000 Meter, 387500 Meter, 388000 Meter, 388500 Meter, 389000 Meter, 389500 Meter, 390000 Meter, 390500 Meter, 391000 Meter, 391500 Meter, 392000 Meter, 392500 Meter, 393000 Meter, 393500 Meter, 394000 Meter, 394500 Meter, 395000 Meter, 395500 Meter, 396000 Meter, 396500 Meter, 397000 Meter, 397500 Meter, 398000 Meter, 398500 Meter, 399000 Meter, 399500 Meter, 400000 Meter, 400500 Meter, 401000 Meter, 401500 Meter, 402000 Meter, 402500 Meter, 403000 Meter, 403500 Meter, 404000 Meter, 404500 Meter, 405000 Meter, 405500 Meter, 406000 Meter, 406500 Meter, 407000 Meter, 407500 Meter, 408000 Meter, 408500 Meter, 409000 Meter, 409500 Meter, 410000 Meter, 410500 Meter, 411000 Meter, 411500 Meter, 412000 Meter, 412500 Meter, 413000 Meter, 413500 Meter, 414000 Meter, 414500 Meter, 415000 Meter, 415500 Meter, 416000 Meter, 416500 Meter, 417000 Meter, 417500 Meter, 418000 Meter, 418500 Meter, 419000 Meter, 419500 Meter, 420000 Meter, 420500 Meter, 421000 Meter, 421500 Meter, 422000 Meter, 422500 Meter, 423000 Meter, 423500 Meter, 424000 Meter, 424500 Meter, 425000 Meter, 425500 Meter, 426000 Meter, 426500 Meter, 427000 Meter, 427500 Meter, 428000 Meter, 428500 Meter, 429000 Meter, 429500 Meter, 430000 Meter, 430500 Meter, 431000 Meter, 431500 Meter, 432000 Meter, 432500 Meter, 433000 Meter, 433500 Meter, 434000 Meter, 434500 Meter, 435000 Meter, 435500 Meter, 436000 Meter, 436500 Meter, 437000 Meter, 437500 Meter, 438000 Meter, 438500 Meter, 439000 Meter, 439500 Meter, 440000 Meter, 440500 Meter, 441000 Meter, 441500 Meter, 442000 Meter, 442500 Meter, 443000 Meter, 443500 Meter, 444000 Meter, 444500 Meter, 445000 Meter, 445500 Meter, 446000 Meter, 446500 Meter, 447000 Meter, 447500 Meter, 448000 Meter, 448500 Meter, 449000 Meter, 449500 Meter, 450000 Meter, 450500 Meter, 451000 Meter, 451500 Meter, 452000 Meter, 452500 Meter, 453000 Meter, 453500 Meter, 454000 Meter, 454500 Meter, 455000 Meter, 455500 Meter, 456000 Meter, 456500 Meter, 457000 Meter, 457500 Meter, 458000 Meter, 458500 Meter, 459000 Meter, 459500 Meter, 460000 Meter, 460500 Meter, 461000 Meter, 461500 Meter, 462000 Meter, 462500 Meter, 463000 Meter, 463500 Meter, 464000 Meter, 464500 Meter, 465000 Meter, 465500 Meter, 466000 Meter, 466500 Meter, 467000 Meter, 467500 Meter, 468000 Meter, 468500 Meter, 469000 Meter, 469500 Meter, 470000 Meter, 470500 Meter, 471000 Meter, 471500 Meter, 472000 Meter, 472500 Meter, 473000 Meter, 473500 Meter, 474000 Meter, 474500 Meter, 475000 Meter, 475500 Meter, 476000 Meter, 476500 Meter, 477000 Meter, 477500 Meter, 478000 Meter, 478500 Meter, 479000 Meter, 479500 Meter, 480000 Meter, 480500 Meter, 481000 Meter, 481500 Meter, 482000 Meter, 482500 Meter, 483000 Meter, 483500 Meter, 484000 Meter, 484500 Meter, 485000 Meter, 485500 Meter, 486000 Meter, 486500 Meter, 487000 Meter, 487500 Meter, 488000 Meter, 488500 Meter, 489000 Meter, 489500 Meter, 490000 Meter, 490500 Meter, 491000 Meter, 491500 Meter, 492000 Meter, 492500 Meter, 493000 Meter, 493500 Meter, 494000 Meter, 494500 Meter, 495000 Meter, 495500 Meter, 496000 Meter, 496500 Meter, 497000 Meter, 497500 Meter, 498000 Meter, 498500 Meter, 499000 Meter, 499500 Meter, 500000 Meter, 500500 Meter, 501000 Meter, 501500 Meter, 502000 Meter, 502500 Meter, 503000 Meter, 503500 Meter, 504000 Meter, 504500 Meter, 505000 Meter, 505500 Meter, 506000 Meter, 506500 Meter, 507000 Meter, 507500 Meter, 508000 Meter, 508500 Meter, 509000 Meter, 509500 Meter, 510000 Meter, 510500 Meter, 511000 Meter, 511500 Meter, 512000 Meter, 512500 Meter, 513000 Meter, 513500 Meter, 514000 Meter, 514500 Meter, 515000 Meter, 515500 Meter, 516000 Meter, 516500 Meter, 517000 Meter, 517500 Meter, 518000 Meter, 518500 Meter, 519000 Meter, 519500 Meter, 520000 Meter, 520500 Meter, 521000 Meter, 521500 Meter, 522000 Meter, 522500 Meter, 523000 Meter, 523500 Meter, 524000 Meter, 524500 Meter, 525000 Meter, 525500 Meter, 526000 Meter, 526500 Meter, 527000 Meter, 527500 Meter, 528000 Meter, 528500 Meter, 529000 Meter, 529500 Meter, 530000 Meter, 530500 Meter, 531000 Meter, 531500 Meter, 532000 Meter, 532500 Meter, 533000 Meter, 533500 Meter, 534000 Meter, 534500 Meter, 535000 Meter, 535500 Meter, 536000 Meter, 536500 Meter, 537000

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin G. B., Lindenstraße 1.

Erziehungsorganisation Kinderfreunde. Mittwoch, den 1. Oktober, pünktlich abends 7 1/2 Uhr. Siedet in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 2. 1. Hof rechts, die allgemeine Befeuerung für Oktober fest. Vortrag mit Lichtbildern von Hans Grunwald über die Kontesseri-Methode. Erklären aller Helfer in Präsenz.

Abteilungsleiterzweier. Versammlung Freitag, den 3. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 2, Hof links, par. Tagesordnung: 1. Die Einigung der Mieterorganisation. 2. Bericht und Neuwahl des Ausschusses. 3. Bericht über die Arbeit der letzten Monate. 4. Stadträte und sonstigen in Betracht kommenden Genossen ihres Bezirks ein.

Kreis Charlottenburg. Dienstag, den 30. September, 7 Uhr, Zimmer 3, Sitzung der Abteilungsleiterinnen. — **Bildungsausschuss:** Sitzung heute, Dienstag, 7 1/2 Uhr, bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21. Sämtliche Abteilungen müssen vertreten sein.

Kreis Prenzlauer Berg. **Widertagsgemeinschaft der Kinderfreunde:** Dienstag, den 30. September (heute) 8 Uhr, findet im Schulhaus, Dunderstraße 61, der Kinderfreunde-Widertagsgemeinschaft „Das Arbeiterkind“ statt. Referent Max Godeanu. Eintritt 25 Pf. Der Ertrag dient zur Anschaffung von Büchern für die Kinderfreunde-Leihbibliothek Prenzlauer Berg. — **Beamtensprechstunde:** Mittwoch, den 1. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Adamer, Simonstr. 23, Versammlung.

Kreis Kreuzberg. Heute, Dienstag, den 30. September, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung bei Rade, Nollstr. 29. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Mitglieder der Rettungskommission treffen sich 1 Stunde früher. — **Kreis Schulgemeinde:** Freitag, den 3. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Meier, Diefenbachstr. 76, Generalversammlung. Tagesordnung: Unsere nächsten Aufgaben. — **Berichtswahl.** Die Obdienten laden hierzu ein.

und 11. Kreis. Konsumgenossenschaftsleiter: Heute, Dienstag, den 30. September, 7 1/2 Uhr, bei Wll. Mecklenburger-Str. 69, Versammlung. Mitgliedsbuch und Eintrittskarte legitimiert.

Kreis Tempelhofer Park. Mittwoch, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Frauentagung im Rathaus, Paradenstr. 2, Zimmer 26.

Heute, Dienstag, den 30. September:

47. **Abt. Bezirksleiter:** Abrechnen beim Genossen Schmidt, Wolkenbrotke 41.

48. **Abt. Schönberg.** 8 Uhr beim Ersten Grammatik. Tanspacht. 5. Hof. Erweiterte Sitzung des Abteilungsverbandes mit den Funktionären. Die Kommissarien müssen vertreten sein.

Jugendabteilung Gruppe Siedenberg: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Parfleur 10, Mitgliederversammlung.

Morgen, Mittwoch, den 1. Oktober:

28. **Abt. Kreuzberg** abends und Herabend zur Gewinnung neuer Mitglieder für die Bezirke 237 und 238 bei Rosch, Prenzlauer Allee 232; Bez. 238, 240 und 241 bei Bartel, Wörther Str. 19; Bezirk 242 bei Richter, Dogenauer Str. 3; Bez. 244 und 245 bei Meier, Odeberger Str. 29. Formärts-Befehl willkommen.

29. **Abt. 7 1/2 Uhr** bei Borsisch, Friedenstr. 88, Sitzung der 13. Kommission. — **Donnerstag, den 2. Oktober, 7 1/2 Uhr** bei Bauer, Große Frankfurter Straße 1, Sitzung.

46. **Abt. 7 1/2 Uhr** bei Eichholz, Euvorstr. 23, Sitzung der Funktionäre, Ordner und weiblichen Konstitutionskommissionen.

61. **Abt. Friedenau.** Sozialistisches Seminar: 8 Uhr im Restaurant Riade, Handwerker 60-61, Einführungsabend.

82. **Abt. Steglitz.** 8 Uhr wichtige Funktionärensitzung mit den Gewerkschaftsfunktionären bei Thiel, Albrechtstr. 87. Tagesordnung: Organisationsfragen.

92. **Abt. Prenzlau.** Pünktlich 8 Uhr Funktionärensitzung bei Radeck, Janstr. 8. Die Bezirksleiter müssen die Gruppenleiter einladen.

103. **Abt. Oberschöneweide.** 7 1/2 Uhr Funktionärensitzung bei Imberg, Wilhelminenhofstraße.

43. **Abt. Donnerstag, den 2. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr.** Sitzung aller Elternbeiräte und Kandidaten bei Dierler, Diefenbachstr. 76. Wichtige Tagesordnung.

117. **Abt. Siedenberg.** Vorbereitungsversammlung Donnerstag, den 2. Oktober abends 7 1/2 Uhr in der Schule Pöcher, 60. Vortrag des Genossen Merzins-Königsberg: „Was uns not tut“.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr:

Köpenick: Jugendheim Grünauer Str. 5, Vortrag wird auf freies Geheiß übergeben. — **Reuthen III:** Jugendheim Rosgäßch. 33, Vortrag: „Arbeitsdienstpflicht“. — **Karicendorf:** Alte Schule, Dorfstraße, Vortrag: „Das Schwere-

hängigkeitsdenken und seine Bedeutung. — **Kochel I:** Schöke, Köpenick, 40, Vortrag: „Reifen und Reife in der Natur“. — **Kochel II:** Schule, Pöcher Str. 23, Vortrag: „Genossenschaftsbewegung und Sozialismus“. — **Kochel III:** Schöke, Köpenick, 40, Vortrag: „Genossenschaftsbewegung und Sozialismus“. — **Kochel IV:** Schöke, Köpenick, 40, Vortrag: „Genossenschaftsbewegung und Sozialismus“. — **Kochel V:** Schöke, Köpenick, 40, Vortrag: „Genossenschaftsbewegung und Sozialismus“.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Montag, den 29. September.

1. **Kennen.** 1. Fliegender Holländer (Dertel), 2. Egel (Simpfing), 3. Sander (Vader), Foto: 29: 10. Platz: 14, 15, 15: 10. Ferner liefen: Kapit Martin, Adol II, Gallipoli II, Diamant.

2. **Kennen.** 1. Abteilung: 1. Garoga Gora (Grabisch), 2. Blumfeld (V. Ludwig), 3. Weiterbeze (Kranzle), Foto: 29: 10. Platz: 15, 27, 25: 10. Ferner liefen: Friedhelm, Silberbogen, Quas, Calderon, Duceu Mary. — 2. Abteilung: 1. Spaniola (S. Schmidt), 2. Frau (Staudinger), 3. Grofa (Kaltenberger), Foto: 14: 10. Platz: 10, 11: 10. Ferner liefen: Doktor Kabule, Staffeld, Liebesgehauke, Büdday, Arianta.

3. **Kennen.** 1. Givilst (v. Herden), 2. Käuferum (v. Sorfe), 3. Saobard (R. v. Weiterbeze), Foto: 19: 10. Platz: 13, 20: 10. Ferner lief: Trugshütz.

4. **Kennen.** 1. Sobredner (Rufalles), 2. Geißles (Dertel), 3. Dentstein (Kale), Foto: 70: 10. Platz: 31, 14: 10. Ferner liefen: Morlois, Quenole, Cabinet Noir.

5. **Kennen.** 1. Willenburger (Dertel), 2. Erbalumke (Wurf), 3. Gisterne (Walter Deuer), Foto: 61: 10. Platz: 19, 21, 31: 10. Ferner liefen: Puppenfer, Tzotep, Kadel, Minameier, Etus, Bericda, Cho, Kaimond.

6. **Kennen.** 1. Kappelkopf (v. Ederberg), 2. Sommerfor (v. Berfe), 3. Jrrwahn (Dr. Müller), Foto: 14: 10. Drei liefen.

7. **Kennen.** 1. Walfraum (Rufalles), 2. Benuemäygen (Dertel), 3. Laon (Hilrich), Foto: 107: 10. Platz: 23, 19, 23: 10. Ferner liefen: Kundschen, Berla, Penelope, Dettor, Kadel, Kehlade.



Rahma

MARGARINE

buttergleich

Preis pro 1/2 Pfund nur 50 Pf

Das Beste für Tafel und Küche. Höchster Nährwert. Feinster Brotaufstrich. Immer frisch.

Überall erhältlich

Man verlange beim Einkauf von „Rahma — buttergleich“ gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco“.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Donnerstag, den 2. Oktober, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandsbüros, Einienstr. 83/85:

Versammlung aller Handwerker der chemischen Industrie Groß-Berlins.

Pünktliches Erscheinen oder in Präsenz. Die Tagesordnung.

Auf Kredit!

Kleinste An- und Abzahlung Teppiche, Gardinen, Stores, Bett-, Tisch-, Diwanddecken, Vorleger, Federbetten

äußerst preiswert!

MÖBEL-COHN

im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58 5 Minuten vom Alexanderplatz

im Norden: Badstraße 47-48 5 Min. vom Bahnhof Gesundbr.

CURT GROTTWITZ

Sonntage eies Großstädts in der Natur

Ganzleinen 2.25 ark

Zu haben: **J. H. W. Dietz Nachf.** Lindenstraße 2

Verlangen Sie beim Einkauf ausdrücklich den echten **Kapitan-Kautabak.** Nur dann sind Sie sicher, ein erstklassiges bestes Fabrikat zu erhalten. In den meisten Geschäften erhältlich. Neue Niederlage, richtet ein C. Röcker, Berlin, Lindenstraße 72 (Kgl. 1881).



Leiterwagen

u. alle ander. Transportgeräte liefert billigst.

Großer Vorrat.

Georg Wagner

Köpenicker Str. 71.

Tele. Lohmühl.

Keine Schaufenster-Reklame. Auswärtlich billigere Preise

Trauerpendeln

jeber Art liefert preiswert

Paul Gollets,

vormalig Hans Mey, Mariannenstr. 2, am Rosigpl. 10000



Craco Valleder 4.50

Rindled-Saffian 9.00

Auto-Rindlack 12.00

Aktenbüchse Rind. 4.50

Reisler Rind. 50 in 25.00

Yakari Kasse, Lederstift und Fing. zu haben

Richte Geschäfte ein

Schiller, Seebemann, Fortitäre, Großes Sport Ritterstr. 88.

DAS FÜR

Hofstfleidung

KOHLEN & JÖRING

Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12.

Zweiggeschäfte:

Rosenthaler Straße 83, Landsberger Allee 145, Boxhagener Straße 90
 Brunnenstraße 126, Frankfurter Allee 223, Neukölln, Bergstraße 68
 Friedrichshagen, Friedrichstraße 76

Heute besonders billiges Angebot:

Paletots u. Ulster f. Herbst u. Winter in groß. Auswahl, 65., 49., 45., 38.	29⁰⁰	Arbeitskittel Lehnungsgrößen, erprobte Qualitäten	3⁰⁰
Herr-Stoffanzüge Leil. Gr. (auch f. stark. Herr.) 76., 64., 55., 49., 38.	25⁰⁰	Monteuranzüge Lehnungsgrößen, elegant, leicht, luft- u. waschecht. 70., 90.	7⁰⁰
Winter-Bodenjoppen m. warm. Futter, 39., 33., 29., 25., 19.	12⁰⁰	Friseurmäntel weiß u. creme-farbig	7⁰⁰
Arbeitsjoppen in haltbaren Qualitäten	3⁰⁰	Staubmäntel Normalgrößen, weiß und farbig	7⁰⁰
Herrnhosen in modernen Stoffen	5⁰⁰	Normalhemden in Qualitäten	2⁰⁰
Bodenmäntel für Damen und Herren 39., 33., 26., 23.	19⁰⁰	Oberhemden mit 2 Kragen, Zephyr und Perkal	6⁰⁰

Größtes Spezial-Geschäft für Arbeits- u. Berufs-Kleidung

Eigene Fabrikation! En gros - En detail!

250.

Preussisch-Süddeutsche

Jubiläums-Klassenlotterie

320000 Lose mit 110000 Gew. u. 1 Prämie in 5 Klassen = 21 140 000 R.-Mk.

Höchstgewinn gem. § 9 = R.-Mk.

1 Million

1 Pr. **500000**

1 Pr. **500000**

1 Pr. **300000**

1 Pr. **200000**

1 Pr. **150000**

6 Pr. **100000**

usw. Alle Los-Nr. u. Gewinne werden jetzt wieder einzeln gezogen.

Ziehung 1. Kl. am 10. u. 11. Oktober.

Los-Preise: für alle 5 Kl.

achtel = 3 Mk.	achtel = 15 Mk.
viertel = 6 Mk.	viertel = 30 Mk.
halbe = 12 Mk.	halbe = 60 Mk.
ganze = 24 Mk.	ganze = 120 Mk.

Original-Lose zu haben bei

Fr. Müller

St. Lott.-Einnehmer l. Fa. Lud. Müller & Co. Berlin C 19 Jerusalemstr. 18.

Poerschek-Konto: Berlin 31158.

Unserem Vorstehenden **Hermann Hartung** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit. Genossen der 7. Abteilung.

August von Berta Klitz 65. jährliche Jubiläum zur Silberhochzeit im Sa. Nr. 33. Akt.

Der Vorstand Max Ebel, Vorsitzender. Alfred Ekström, Schriftführer.

Von der Reise zurück

Dr. med. Müller-Kypke Homöopath. Arzt Charlottenburg, Bismarckstr. 3 (Knie).

Berliner Ulk-Trio Neukölln, Lahnstr. 74/75 L.

Hühneraugen-Lebewohl

Hühneraugenleidende sollten daher beim Einkauf unbedingt auf den Namen „Lebewohl“ achten und andere Mittel, welche nicht aus den oben abgebildeten Zehenbinden bestehen, bestimmt zurückweisen, denn es gibt nichts Besseres als „Lebewohl“.

Gegen Hornhaut auf der Fußsohle verwende man **Lebewohl-Ballen-Scheiben**

diese helfen in den härtesten Fällen. Durch die Deckscheibe ist ein Verrutschen und das löstige Festkleben am Strumpf ausgeschlossen. Bei empfindlichen Füßen, Schweißgeruch und Wundlaufen verwende man **Lebewohl-Fußbade-Pulver**

ein ideales Mittel für die Fußpflege. Erhältlich in Drogerien und Apotheken.

